

lvb*inform*

Zeitschrift des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

- **Einladung zur Delegierten- und Mitgliederversammlung vom 23. September 2015**
Coop Tagungszentrum, MuttENZ, 19.30 Uhr
- **(Fast) alle Jahre wieder...**
Die Analyse des LVB zu den Sparmassnahmen der Regierung
- **Eine Lanze für die Primarlehrpersonen**
Dieser Berufsstand gehört entlastet und aufgewertet!
- **Nationalratswahlen im Herbst**
Der LVB befragt Baselbieter Kandidierende
- **LCH-Berufszufriedenheitsstudie 2014**
Der Kanton Baselland als Schlusslicht

You cannot be serious!



Liebe Leserin, lieber Leser

John McEnroe ist eine Tennislegende. Zu Beginn der 1980er Jahre dominierte er die ATP-Tour und führte die Welt-rangliste an. McEnroes formidables Ballgefühl verlieh ihm einen Schuss an Genialität, den nur wenige Ikonen dieses Sports für sich in Anspruch nehmen dürfen. Als Persönlichkeit polarisierte der Amerikaner. Sein cholerisches Verhalten und das arrogant wirkende Auftreten trugen ihm Kritik und Anfeindungen ein. McEnroes an Schieds- oder Linienrichter gerichtete Schimpftirade «You cannot be serious!» («Das können Sie nicht ernst meinen!») erlangte Kultstatus und fand sogar Eingang in Werbespots.

You cannot be serious! Auch wir vom LVB müssen uns angesichts bildungs-politischer Entwicklungen immer häufiger mit dieser Phrase behelfen. Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit:

Unter dem Label «Harmonisierung» wird seit Jahren am helvetischen Schulsystem herumgeführt. Neben den Stundentafeln stellen die Fremdsprachen das einzig real existierende Koordinationsproblem für eine einheitli-

chere Schullandschaft dar. Genau hier aber versagt die Politik. Und die EDK behauptet allen Ernstes, das System 3/5 sei auch dann ein Harmonisierungserfolg, wenn die Abfolge von Französisch und Englisch offenbleibe. You cannot be serious!

Eine gute Lehrkraft verfügt über fundierte Kenntnisse in ihren Fächern – eine Selbstverständlichkeit, möchte man meinen. De facto hat die fachliche Ausbildung bei den Entscheidungsträgern derart an Stellenwert eingebüsst, dass sich der LVB mit aller Vehemenz dafür einsetzen muss, dass die Sek I nicht gänzlich zum Jekami-Betrieb wird, wo jedermann querbeet und ohne adäquate Ausbildung alle Fächer unterrichtet. You cannot be serious!

Mit fragwürdigen Vergleichsstatistiken wie PISA versetzt die OECD nationale Schulsysteme in Aufruhr. Die Politik weiss nichts Schlaues, als ihre Anstrengungen darauf auszurichten, bei der nächsten bizarren Punktejagd «besser» dazustehen. Als Kollateralschaden verschiebt sich die Planungs- und Beurteilungskompetenz betreffend Unterricht immer weiter weg von den Lehrkräften, hin zu «Expertengremien». You cannot be serious!

Ein Kult um einzelne Unterrichtsmethoden und -modelle führt dazu, dass die didaktische Freiheit der Lehrpersonen immer stärker unter Druck gerät. Was ehemals gewiss war – dass qualifiziert ausgebildete Lehrkräfte selbständig über die Ausgestaltung der Lernprozesse entscheiden – wird zunehmend utopisch. You cannot be serious!

Am 8. Juli legte die Baselbieter Regierung ihr neues Sparpaket vor – wobei sie betonte, es sei kein Sparpaket, sondern eine Finanzstrategie. Der Begriff «Strategie» kommt aus dem Altgriechischen und bedeutet «Feldherrenkunst». «Kunst» indes ist in dem Mass-

nahmenplan kaum auszumachen; die Analyse des LVB finden Sie auf Seite 16 in diesem Heft. Angesichts des dritten Sparpakets innerhalb von nur 12 Jahren fühlt man sich eher an einen Ausspruch des preussischen Heerführers Moltke erinnert: «Strategie ist ein System von Notbehelfen.» Qualitätsabbau und schlechtere Anstellungsbedingungen heisst das «Rezept»: grössere Klassen, höhere Pflichtstundenzahlen, gefährdete Skilager, weniger Lohn, steigende Elternbeiträge, gestrichene Altersentlastung, Demontage der erfolgreichen BVS 2.

Eine gute Strategie ist langfristig ausgerichtet. Bereits vor der Tür steht die Unternehmenssteuerreform III. Diese wird zu weiteren herben Einbussen bei den Staatseinnahmen führen. Was heisst das dann für die nächste «Strategie» der Regierung? Klassengrössen und Pflichtstundenzahlen von 32? You cannot be serious!

Dass die Missstimmung der Baselbieter Lehrerschaft schon vor Bekanntwerden des neuen Pakets gross war, stellte die Berufszufriedenheitsstudie des LCH eindrücklich unter Beweis (siehe S. 34 in diesem Heft). Höchste Zeit, seinem Ärger Luft zu machen! Kommen Sie am Donnerstag, dem 10. September, ab 16.30 Uhr mit uns vor das Lies-taler Regierungsgebäude und tragen Sie Ihren Unmut ins Herz der Baselbieter Politik!

I am serious about that.

Roger von Wartburg
Präsident LVB

Inhalt

Impressum

lvb.inform 2015/16-01
 Auflage 2600
 Erscheint 4-5-mal jährlich

Herausgeber

Lehrerinnen- und Lehrerverein
 Baselland LVB
 4133 Pratteln
 Kantonalsektion des Dachverbands
 Lehrerinnen und Lehrer Schweiz
 LCH
 Website: www.lvb.ch

Redaktion

LVB-Geschäftsstelle per Adresse
 Michael Weiss
 Sonnenweg 4, 4133 Pratteln
 Tel 061 973 97 07
michael.weiss@lvb.ch

Abonnemente

Für Mitglieder des LVB ist das
 Abonnement von lvb.inform im
 Verbandsbeitrag enthalten.

Layout

Schmutz & Pfister, Grafik und Design
www.schmutz-pfister.ch

Gestaltung, Textumbruch

Philipp Loretz

Lektorat

Roger von Wartburg

Druck

Schaub Medien AG, 4450 Sissach

2 Editorial: You cannot be serious!

Von Roger von Wartburg

3 Inhalt/Impressum

4 Protokoll der DV/MV vom 18. März 2015

Von Gabriele Zückert

12 LVB-Jahresrechnung 2014/2015 und Bericht der Revisionsstelle

Von Michael Weiss

16 (Fast) alle Jahre wieder:

Die Analyse des LVB zu den Sparmassnahmen der Regierung

Von der LVB-Geschäftsleitung

22 Perlenfischen

weitere Perlen auf S. 32 und 44

Von Roger von Wartburg

24 Eine Lanze für die Primarlehrpersonen

Dieser Berufsstand gehört entlastet und aufgewertet!

Von Roger von Wartburg

34 LCH-Berufszufriedenheitsstudie 2014

Der Kanton Baselland als Schlusslicht

Von Roger von Wartburg und Michael Weiss

46 Unterrichten im 1. Zyklus, Schwerpunkt Kindergarten

Die Umsetzungshilfe des AVS unter der Lupe

Von Gabriele Zückert

50 Nationalratswahlen im Herbst

Der LVB befragt Baselbieter Kandidierende

Von der LVB-Geschäftsleitung

66 Strichwörtlich

Von Michèle Shafeei-Heller

67 LVB-Informationen

70 Bericht von Pensioniertenanlässen

72 «Bekenntnisse des Schulentwicklers Felix Walldorf» – Achter Teil

Eine Fortsetzungsgeschichte von Michael Weiss

78 Der letzte Schrei: Flug übers Kuckucksnest

Von Roger von Wartburg

Einladung zur Delegierten- und Mitgliederversammlung des LVB

Mittwoch, den 23. September 2015

19.30 Uhr, Coop Tagungszentrum, Muttenz

Traktanden

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler

Statutarische Geschäfte

Stimmberechtigt sind die Delegierten. Diese erhalten eine separate Einladung per Post.

2. Protokoll der DV vom 18. März 2015

3. Jahresrechnung 2014/2015, Revisionsbericht

4. Budget und Festlegung der Mitgliederbeiträge für das Geschäftsjahr 2015/2016

5. Wahl in den Kantonalvorstand

Susanne Niederer (Sekundarschule Allschwil)

Berufspolitische Geschäfte

Stimmberechtigt sind alle anwesenden LVB-Mitglieder.

6. Ansprache der neuen Bildungsdirektorin Monica Gschwind

7. Hauptthema:

Regierungsrätin Monica Gschwind stellt sich den Fragen der LVB-Mitglieder

8. Verabschiedung von Heinz Bachmann

9. Diverses

Im Anschluss an die DV/MV wird ein Apéro offeriert.

Münchenstein, 27.08.2015

Der Kantonalvorstand

Protokoll DV/MV 2.2014/15

vom Mittwoch, 18. März 2015, 19.30–21.45 Uhr,

Coop Tagungszentrum, MuttENZ

Von Gabriele Zückert



LVB-Delegierte: total 90, anwesend 57
LVB-Mitglieder: ca. 140
Vorsitz: Roger von Wartburg

Traktanden:

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler

Statutarische Geschäfte

2. Protokoll der DV/MV vom 24. September 2014
3. Wahl in den Kantonalvorstand

Berufspolitische Geschäfte

4. Übersicht zu den laufenden Geschäften des LVB
- 4.1. Kantonsfinanzen und die Haltung des LVB
- 4.2. Umsetzung Lehrplan 21 auf kantonaler Ebene
- 4.3. Vorsorgekommission BLPK
- 4.4. Passepartout
- 4.5. Nachfolgeregelung in der GL
5. Hauptthema: Referat von Prof. Dr. Allan Guggenbühl
6. Verabschiedung einer Resolution
7. Diverses

1. Begrüssung, Übersicht, Stimmenzähler

Roger von Wartburg begrüsst die Anwesenden und freut sich über das zahlreiche Erscheinen. Im Speziellen begrüsst er die designierte Bildungsdirektorin Monica Gschwind. In einem kurzen Grusswort sagt Frau Gschwind, dass sie am liebsten jetzt schon mit der Arbeit anfangen würde. Sie müsse aber noch vieles abschliessen, damit sie sich nachher voll auf ihr Amt konzentrieren könne. R. von Wartburg begrüsst – zum letzten Mal während dessen Amtszeit – Regierungsrat Urs Wüthrich-Pelloli. Auch er richtet ein kurzes Grusswort an die Anwesenden und ruft die Lehrkräfte dazu auf, sich weiterhin an den Schulen für gute Arbeitsbedingungen zu engagieren, Verbündete zu suchen und die Reihen zu schliessen. Man müsse jetzt Klartext reden, denn die in der Resolution angetönten Gewitterwolken seien sehr dunkel. Frau Gschwind wird vom LVB ein Blumenstrauß überreicht, Urs Wüthrich-Pelloli mit zwei Flaschen Wein verabschiedet.

Weiter begrüsst R. von Wartburg namentlich den Referenten Prof. Allan Guggenbühl, Prof. Dr. emer. Gerhard Steiner der Uni Basel, Erziehungswissenschaftler Dr. Beat Kissling, Bruno Rupp von der Geschäftsleitung des LCH, Dorothee Miyoshi von der FSS, Heinz Weber vom LCH-Magazin Bildung Schweiz und die Vertreter der Medien.

Als Stimmenzähler werden Isabella Oser und Vera Loretz einstimmig gewählt.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

R. von Wartburg betont in seiner Einleitung, dass der LVB stets grossen Wert auf differenzierte und fundierte Äusserungen lege. Dies sei bei der Komplexität der Themen nötig, komme aber in der medialen Aufbereitung oft zu kurz. Daher ist der LVB immer wieder mit verknäpften, zugespitzten Darstellungen aus der Presse konfrontiert und muss nicht selten präzisierende Richtigstellungen vornehmen.

Es wäre hilfreich, wenn die Mitglieder berücksichtigten, dass jede Lehrperson vor allem ihre persönliche Schulrealität kenne, beim Verband aber Rückmeldungen und Informationen von 3000 Lehrerinnen und Lehrern eingehen. Umso wichtiger sei es, im Falle von Irritationen oder vermutetem Dissens das Gespräch mit der Geschäftsleitung zu suchen. Oft stelle sich heraus, dass die Gegensätze gar nicht so gross seien, wie man allenfalls geglaubt habe.

Da vor allem in den Bereichen Beratung und Rechtshilfe Rückmeldungen eingingen, sei es logisch, dass sich der LVB häufig mit Negativmeldungen beschäftigen müsse. Das gehöre auch zu seiner Aufgabe. R. von Wartburg hält jedoch klar fest, dass der LVB keine Probleme erfinde, nicht schwarzmale und auch keinen Fantasien unterliege, wie unlängst in den AVS-Nachrichten suggeriert worden war. Er zitiert zwecks Veranschaulichung einige Beispiele aus Zuschriften von Lehrpersonen, aber auch seitens einer

Schulleitung an den LVB. Diese in der Schulpraxis georteten Probleme müssten ernst genommen werden, und genau das mache der LVB.

R. von Wartburg erläutert weiter, dass der LVB nicht nur eine Gewerkschaft, sondern eben ein Berufsverband sei, der sich selbstverständlich auch mit pädagogischen und methodisch-didaktischen Themen auseinandersetze. Oft seien die beiden Aspekte auch gar nicht klar zu trennen. Ein bestimmtes pädagogisches Modell könne sich beispielsweise durchaus auf die Anstellungsbedingungen auswirken. Die Deutungshoheit in der Pädagogik werde andernorts viel zu stark Leuten überlassen, die nicht oder nicht mehr vor Klassen stünden. Der LVB halte das für den falschen Weg. Die Lehrerinnen und Lehrer seien die wahren Experten. Der pädagogische und methodische Diskurs müsse darum folgerichtig auch innerhalb der Berufsverbände geführt werden, damit Selbstbestimmung, Meinungsfreiheit und Pluralismus in der Ausführung unseres Berufes weiterhin gegeben seien.

Statutarische Geschäfte

Stimmberechtigt sind die Delegierten.

2. Protokoll der DV vom 24. September 2014

Fehler bei Traktandum 8: Rudolf Wächter sprach von einer Studie von Raphael Berthele (nicht Bertolet).

Das Protokoll wird mit dieser Korrektur einstimmig genehmigt, keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen und der Verfasserin Gabriele Zückert verdankt.

3. Wahl in den Kantonalvorstand

Esther Schmid Manca, Vertretung des VTGHK (Verein für textiles Gestalten, Hauswirtschaft und Kursleitung), wird einstimmig, ohne Gegenstimmen und Enthaltungen, in den Kantonalvorstand gewählt. R. von Wartburg gra-

tuliert ihr zur Wahl und wünscht ihr für die kommenden Aufgaben alles Gute.

Berufspolitische Geschäfte

Stimmberechtigt sind alle anwesenden LVB-Mitglieder.

4. Übersicht zu den laufenden Geschäften des LVB

4.1. Kantonsfinanzen und die Haltung des LVB

Die Einnahmeprognose des Kanton Baselland sieht schlecht aus, aufgrund des erfolgten Entscheides der Nationalbank noch düsterer als zuvor. Die Kantonsangestellten haben aber bereits jetzt mehrere Sparprogramme über sich ergehen lassen müssen. Mehr Arbeit geht nicht, der Berufsauftrag ist voll oder gar übertoll. Die Alternativen heissen Leistungsabbau oder Steuererhöhungen.

Der Sparbeitrag, den die Kantonsangestellten bis jetzt via nicht ausgeglichene Teuerung (inkl. GAP) geleistet haben, liegt bei 168 Mio. Franken; das darf in der politischen Diskussion nicht einfach vergessen gehen. Für Lehrpersonen war die Umsetzung der fünften Ferienwoche ein Hohn, Treueprämien wurden zusammengestrichen, durch die Reform der BLPK müssen auch die Arbeitnehmenden höhere Beiträge leisten, Vergünstigungen bei der Pensionierung sind gestrichen und eine einzelne Angestelltengruppe (Fachlehrpersonen Sek I und Sek II) ist durch die Pflichtstundenerhöhung exklusiv schlechter gestellt worden. Ausser im Lehrberuf verlangt wohl kein Arbeitgeber, dass der Arbeitnehmer die zu Hause notwendige IT-Infrastruktur aus der eigenen Tasche zahlen muss.

Diese Negativspirale hinsichtlich der Anstellungsbedingungen muss aufhören! Statt der Volksschule und der Gymnasien, die in der Vergangenheit

immer wieder bluten mussten, müssen nun auch andere Kostentreiber im Bildungsbereich einer Kosten-Nutzen-Analyse und allfälligen Anpassungen unterzogen werden: insbesondere Reformen, Schulentwicklungsprojekte und Lehrmittel.

4.2. Umsetzung Lehrplan 21 auf kantonaler Ebene

Der Bildungsrat hat wesentliche Weichenstellungen für die Sek I-Umsetzung vorgenommen. So wird der Lehrplan nach Niveaus aufgefächert werden und es werden jeweils Jahresziele gesetzt. Eine Arbeitsgruppe unter der Leitung einer Lehrperson der Sekundarstufe und des AVS wird einen Entwurf erarbeiten.

Auf Kindergarten- und Primarstufe jedoch soll, entgegen der Forderung der Vernehmlassungsantwort auf den ersten LP 21-Entwurf, nun keine Differenzierung der Kompetenzen zwischen Kindergarten und Primarschule erarbeitet werden. Das AVS hat Richtlinien entworfen, die in der Umsetzung der Arbeit an einer Basisstufe gleichen würden. Da in den Strukturen in Basel-Land aber der Kindergarten noch eine Realität ist, ist der vorliegende Entwurf für die Lehrpersonen von Kindergarten und Unterstufe in dieser Form nicht leistbar.

In der Umfrage, die der LVB an die Lehrkräfte von Kindergarten und Unterstufe geschickt hat, ist ein klarer Trend zu erkennen: Die Lehrpersonen beider Stufen wollen Anhaltspunkte darüber, wo die Kindergartenlehrpersonen die Kinder hinbringen müssen resp. wo sie die Unterstufenlehrpersonen abholen können. Sie wollen den Eltern der Kinder im Gespräch sagen können, wo ihr Kind steht und ob es reif für die 1. Klasse ist. Nur einzelne Voten sprechen sich gegen die Schaffung solcher Orientierungspunkte aus. Deswegen kann der LVB zu diesem

Zeitpunkt sich nur dafür einsetzen, dass an der Schnittstelle Kindergarten-Primar, die in unserem Kanton höchst real ist (z.B. hinsichtlich verschiedener Schulstandorte), auch reale Anhaltspunkte im neuen Baselbieter Lehrplan ausformuliert werden. Die Durchlässigkeit und die individuelle Entwicklung der Kinder waren durch den alten Lehrplan nie gefährdet und wären es auch durch eine Setzung dieser Orientierungspunkte nicht. Eine gute Kommunikation zwischen Kindergarten und Unterstufe ist unerlässlich. Der Aufwand muss aber den Ressourcen und den Realitäten angepasst werden.

4.3. Vorsorgekommission BLPK

Die Reform hat die BLPK in eine Sammeleinrichtung verwandelt. Jedes Vorsorgewerk hat seine eigene Vorsorgekommission, paritätisch aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzt. Sie legt die Verzinsung der angesparten Guthaben fest und entscheidet über allfällige Sanierungsmassnahmen. Dabei gilt es, einerseits das Interesse der Arbeitnehmenden nach einer möglichst guten Verzinsung zu berücksichtigen, andererseits aber auch darauf zu schauen, dass das Vorsorgewerk nicht in Unterdeckung gerät. Im Sanierungsfall muss entschieden werden, wie weit die Leistungen gesenkt und wie weit die Beiträge erhöht werden sollen, wobei hier ein Interessenskonflikt zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite besteht.

Für den LVB wurde Michael Weiss in die Kommission des Vorsorgewerks des Kantons gewählt. Die erste Sitzung findet am 14. April 2015 statt.

4.4. Passepartout

Aufgrund der *Dimension* der Weiterbildung – für die Einführung des Lehrmittels «Ready for English» genügte vor einigen Jahren eine eintägige

Fortbildung, für die neuen Lehrmittel «New World» bzw. «Mille feuilles» sind 12 Tage (!) veranschlagt – und der umstrittenen *Didaktik der Mehrsprachigkeit*, welche im Rahmen des Passepartout-Projektes auch auf der Oberstufe zur Anwendung kommen soll, fand am 12. Februar 2015 eine Aussprache zwischen allen beteiligten Akteuren statt. In einer unaufgeregten Diskussion zeigte sich, dass sich die Wahrnehmungen deutlich unterscheiden. Den Berichten der Passepartout-Verantwortlichen zufolge ist das Projekt auf gutem Wege. Die Rückmeldungen der bisherigen Kursteilnehmenden – den Primarlehrpersonen – seien überwiegend positiv. Dem stehen konkrete, weniger euphorische Rückmeldungen von praktizierenden LVB-Mitgliedern gegenüber.

Für den LVB ist es klar, dass für einen erfolgreichen Fremdsprachenunterricht *mehrere* Schlüssel notwendig sind. Ein *einziger* Passepartout reicht nicht. In diesem Zusammenhang ist es für den LVB ein No-Go, dass erfahrene Fremdsprachlehrpersonen ohne diese Weiterbildung ihre Unterrichtsbefähigung verlieren, insbesondere darum,

weil aussagekräftige Wirksamkeitsstudien zur Didaktik der Mehrsprachigkeit fehlen. Insbesondere diese LVB-Anliegen wurden diskutiert und aufgenommen. Die *Lehrmittel* sollen aufgrund der geäusserten Kritik überarbeitet werden.

Der LVB forderte das verantwortliche Kurskader noch einmal auf, das Weiterbildungskonzept zu überdenken und zu redimensionieren. Der Forderung des LVB, bereits auf das Schuljahr 15/16 hin eine erste Evaluation durchzuführen, wurde entsprochen. Alle Vertretungen (LVB, AKK, VSL und Passepartout) sind eingeladen, ihre Fragestellungen bis Ende April einzureichen. An der Aussprache wurde ferner aufgezeigt, dass den betroffenen Lehrpersonen durch die Entlastungsstunde und das Anrechnen des Berufsauftrages der Besuch der Fortbildung (namentlich Passepartout und MINT) innerhalb der Jahresarbeitszeit ermöglicht wird.

Die bereits eingegangenen Rückmeldungen von LVB-Mitgliedern zeigen, dass die nach der Intervention des LVB doch noch gesprochenen zweckge-



Passepartout: Für den LVB ist es klar, dass für einen erfolgreichen Fremdsprachenunterricht mehrere Schlüssel notwendig sind.

bundenen Gelder im Umfang von 2.6 Mio. an den verschiedenen Schulstandorten unterschiedlich verteilt werden. Der LVB ruft die von der Weiterbildung betroffenen Lehrpersonen (insbesondere Fremdsprachen und MINT) zu einer gemeinsamen Haltung auf. Sie sollen das Gespräch mit den Schulleitungen suchen und eine gerechte Verteilung der gesprochenen Ressourcen einfordern. Die Daten der Kurse sollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleisten.

Ein dem LVB zugetragenes Konzept sieht diese Schritte vor: Die Schulleitung legt fest, wer im Schuljahr 2016/17 eine 7. Klasse in den Fremdsprachen unterrichtet. Der Stundenplanverantwortliche wird angewiesen, dass die betroffenen Lehrpersonen an den Kursdaten keinen Unterricht haben. Den betroffenen Lehrpersonen wird eine Jahreslektion gutgeschrieben. Der darüber hinausgehende Aufwand wird mit dem Berufsauftrag verrechnet. Der LVB begrüsst diese Lösung.

4.5. Nachfolgeregelung in der GL

Heinz Bachmann (Ressort Rechtshilfe und Beratung) wird aus gesundheitlichen Gründen aus der GL ausscheiden. Die Ausschreibung der Stelle ist erfolgt. Es sind mehrere vielversprechende Bewerbungen eingegangen. Mitte April wird die GL eine Vorauswahl treffen und dann den KV beratend beiziehen. Das neue Mitglied der GL wird seine Arbeit am 1. August 2015 aufnehmen und von Heinz Bachmann eingearbeitet werden. Die DV wird im September das neue GL-Mitglied bestätigen können.

5. Hauptthema:

Referat von Prof. Dr. Allan Guggenbühl: Moderne Unterrichtskonzepte aus entwicklungspsychologischer Sicht

R. von Wartburg stellt den Referenten

Allan Guggenbühl kurz vor. Vor allem mit seinen pointierten Wortmeldungen zu schulischen Themen aus der Optik der Jugendpsychologie hat er das Interesse des LVB geweckt.

Eine kritische Betrachtung der aktuell hoch im Kurs stehenden Vorstellungen über Lehren und Lernen im Geiste von Individualisierung, Selbstorganisation und Selbstreflexion der Schülerschaft mitsamt deren Implikationen für den Lehrberuf

Allan Guggenbühl arbeitet unter anderem als Therapeut für Jugendliche. Seine Erfahrungen bringt er auch an der Pädagogischen Hochschule ein, die sich zur Zeit stark mit Schulreformen beschäftigt. A. Guggenbühls Verhältnis zu den Reformen ist insgesamt kritisch. Mit Beispielen aus der Vergangenheit illustriert er, dass radikale Reformvorhaben, die angeblich grosse Probleme lösen sollten, die Qualität der Schule nicht verbessert haben. Dass die Schule immer wieder als Gesellschafts- und Öffentlichkeitsthema auftauche, liege daran, dass jeder die Schule aus eigener Erfahrung kenne und ein kollektives Sich-Echauffieren eine Gesellschaft entscheidend untereinander verbinde. Dies könne sogar dazu führen, dass die Lehrpersonen plötzlich selbst daran glauben würden, was die Öffentlichkeit behaupte.

Der Lehrberuf erfordere sehr viel Kreativität, Erfahrung und eine Vielzahl an Kompetenzen. Aber seit einiger Zeit sei dieser Beruf im Fokus von Ausseninstanzen: der Bildungstheorie und Erziehungswissenschaft. Diese Instanzen hätten über die Jahre hinweg eine Eigendynamik entwickelt und sich eine eigene Welt mit grosser Realitätsferne geschaffen. Es würden Begrifflichkeiten ohne neuen Inhalt (z.B. Kompetenzen) geschaffen, die keinen Erkenntnisgewinn brächten. Die Instanzen versuchten aber nun, den Schulunter-

richt fremd zu definieren. Unterrichten sei in Wahrheit immer ein halbchaotischer Zustand. Wenn zu viele Standards verlangt würden, gebe es Probleme. Im Unterricht brauche es eine möglichst grosse Freiheit für die Lehrpersonen in der Wahl ihrer Mittel und Methoden.

Die Schule sei die einzige Institution, die die ganze Breite der Bevölkerung erfassen müsse. Dies ziehe nach sich, dass ganz viele schwierige Einflussfaktoren eine Rolle spielten: problematische Kinder und Jugendliche oder solche, die gar keine Schule bräuchten; verschiedene Erziehungsvorstellungen der Eltern; verschiedene Geschlechter mit unterschiedlicher Entwicklung etc. Speziell seitdem man Elternarbeit besonders hochhalte, sei das Unterrichten noch schwieriger geworden. Er sei der Meinung, man müsse den Einbezug der Eltern überdenken und die Elternarbeit vom Schulbetrieb trennen.

Für Schüler sei das Lernen in der Schule ein Nebenschauplatz. Das Wichtigste dort seien die Kolleginnen und Kollegen, und der Lernwillen hänge stark davon ab, ob dieser Faktor für das Kind stimme. Kinder würden Schule ganz anders erleben als Lehrpersonen. Um Kinder aber für die Erwachsenen, Eltern wie Lehrpersonen, begreifbar zu machen, würden diese häufig psychologisch abgeklärt, wobei oft falsche oder unpräzise Diagnosen gestellt würden.

A. Guggenbühl geht im Folgenden auf die Rolle der Lehrperson ein. Entscheidende Erfolgsfaktoren seien: Performanz, Echtheit in Übereinstimmung mit dem Inhalt, Blickkontakt und nonverbale Signale, sprich eine gute Präsenz, die die Kinder wissen lasse: «Da bin ich und ich nehme dich wahr!» Die Lehrperson solle für die Schüler eine wichtige Person darstellen, ein Vor-

bild, auch eine Art «Oberbandenchef», der den Tarif durchgebe. Die Lehrperson könne ein alternatives Rollenvorbild zu den oft nicht vorhandenen Vorbildern in der Familie darstellen. Dies gebe dem Kind, dem Jugendlichen Entwicklungsmöglichkeiten.

Zwischen Lehrperson und Schüler oder Schülerin müsse eine Beziehung hergestellt werden, damit gelernt werden könne. Denn Lernen sei ein emotionaler Prozess. Dazu gehöre auch, dass die Lehrperson durchaus Unmögliches und Verrücktes in den Unterricht einbaue und dass es manchmal auch «krawe». Für die Schüler sei es wichtig, dass die Lehrkräfte Emotionen, auch Ärger zeigen könnten. Dies rege die Schüler an, hier entstünden neue Ideen. Denn oft werde eher zufällig gelernt und nicht das, was die Lehrperson beabsichtigt habe. Deshalb sei auch die Papierflut an Hochschulen und in der Schule, die das Lernen dokumentieren solle, eine reine Legiti-

mationshandlung. Wenig davon werde jemals wieder gelesen. Es sei eine Inszenierung, die wenig Relevanz für die Praxis habe. Wichtig sei auch, vermehrt in Prozessen und Phasen zu denken und entwicklungspsychologisch bedingte «Tauchphasen» der Schüler und Schülerinnen, in denen es schulisch kaum vorangehe, auszuhalten.

A. Guggenbühl hält fest, dass es für die Lehrpersonen enorm wichtig sei, «Palaverorte» zu haben, um ihren emotionalen Ballast abladen zu können. Ausserdem sei es wichtig, zu wissen, wie man als Lehrperson funktioniere. Es gebe verschiedene Typen, z.B. den «Trickster» mit ungewöhnlichen, plötzlichen Einfällen; den Zereemonienmeister als planvollen Werkstatt- oder Lernlandschaftsorganisator; den Künstler, der Prozesse sich entfalten lasse. Diese Typen müssten auch die für sie geeigneten Methoden anwenden dürfen. Man müsse wegkommen von der Idee eines Standard-

lehrers. Unterrichtsgestaltungs- und Methodenfreiheit seien essenziell für eine gute Performanz. Dazu gehöre auch eine gute Reflexionsfähigkeit.

Ressourcenmanagement könne ein Burnout verhindern. Lehrpersonen leisten in den Augen von A. Guggenbühl fantastische Arbeit, denn nichts sei schwieriger als die Arbeit mit Menschen.

R. von Wartburg bedankt sich nach lang anhaltendem Applaus bei A. Guggenbühl und überreicht ihm ein Präsent.

6. Verabschiedung einer Resolution

R. von Wartburg erläutert, dass es mehr als nur Vereinsfolklore sei, an fast jeder Delegiertenversammlung eine Resolution zu verabschieden. Die beiden letzten Resolutionen hätten konkrete Resultate hervorgebracht. Beim Umbau auf 6/3 wurde eine Frei-



stellung von je zwei Wochen für Primarlehrpersonen, die das erste Mal eine 6. Klasse übernehmen, erreicht. Die zweite habe bewirkt, dass auch die Sekundarlehrpersonen für verordnete Weiterbildungen im Zuge von HarmoS entlastet würden. Die heutige Resolution sei ein Extrakt aus den im Laufe der Versammlung erläuterten Themen.

- **Keine weitere Verschlechterung der Anstellungsbedingungen der Baselbieter Lehrkräfte!**

- **Ein Moratorium für verordnete Bildungsreformen als Beginn einer Phase der Konsolidierung und der Kosten-Nutzen-Analyse!**

Seit vielen Jahren verschlechtern sich die Anstellungsbedingungen der Baselbieter Lehrkräfte kontinuierlich – und dies bei einer stetig steigenden Belastung, vorrangig bedingt durch eine Fülle an Reformvorhaben und Schulentwicklungsprojekten, wie es die Schulen seit ihrem Bestehen noch nie erlebt haben.

Durch nicht gewährte Teuerungsausgleiche mussten die Kantonsangestellten seit 1998 auf fast 170 Mio. Fr. Lohn verzichten. Die Reform der BLPK führt zu höheren Beiträgen, wogegen attraktive Vergünstigungen komplett gestrichen wurden. Treueprämien für verdiente Mitarbeitende wurden drastisch gekürzt. Im Rahmen des Entlastungspakets 12/15 wurden die Lehrkräfte der Sek I und Sek II durch Pflichtstundenerhöhungen exklusiv als einzelne Angestelltengruppe schlechter gestellt. Auch im Bereich der Umsetzung der 5. Ferienwoche wurde das Gebot der Gleichbehandlung in Bezug auf die Lehrpersonen missachtet.

Immer dann, wenn die Ausgabenseite unter Druck gerät, konkrete Vorstellungen jedoch fehlen, werden die Di-

rektionen aufgefordert, *linear* zu sparen. Gerade die BKSD hat aber mit der Universität Basel und der PH FHNW gewaltige Posten zu stemmen, bei denen sie gar nicht eigenmächtig sparen *kann*. Bei einer linearen Sparübung bluten daher jeweils einseitig Volksschule und Gymnasien, die in Wahrheit seit langem – mit Ausnahme der Sonderschulung – konstante oder gar sinkende Kosten pro Schülerin und Schüler ausweisen.

Angesichts der aktuellen und prognostizierten Finanzlage des Kantons Basel-Landschaft ist zu befürchten, dass die Politik versucht sein wird, die Negativspirale hinsichtlich der Anstellungsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer weiterzudrehen. Das ist jedoch der falsche Weg! Stattdessen gilt es zunächst, den Überblick über die Flut an Reform- und Schulentwicklungsprojekten, welche Kosten in Millionenhöhe verursachen, zurückzugewinnen. Hierfür erforderlich ist ein Moratorium für verordnete Bildungsreformen – analog dem Beschluss des Solothurner Kantonsrates. Das bedeutet konkret:

1. Begonnene Reformen werden sauber und *ohne* zusätzlichen ideologischen Ballast umgesetzt und an die bestehenden Baselbieter Schulverhältnisse angepasst (z.B. dreigliedrige Sekundarschule sowie Trennung zwischen Kindergarten und Primarschule).
2. In den letzten Jahren durchgeführte Reformen (z.B. Frühfremdsprachen) werden zeitnah einer validen Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen, und zwar unter grösstmöglichem Einbezug der tatsächlichen Umsetzungsverantwortlichen: den Lehrerinnen und Lehrern.
3. Solange die Prozesse 1. und 2. nicht abgeschlossen sind, werden keine zusätzlichen Projekte verordnet. Ganz generell muss die Schulent-

wicklung der Zukunft wieder «auf die Füße gestellt werden»: Entscheidungs- und Steuerungskompetenz weg von der Bürokratie, hin zu den Handelnden aus der Schulpraxis. Veränderungen müssen als Konsequenz von Bedürfnissen aus dem Schulalltag von unten her wachsen, nicht von oben herab diktiert werden.

Nach einer Verständnisfrage aus dem Publikum wird die Resolution einstimmig, ohne Gegenstimme, bei einer Enthaltung angenommen.

7. Diverses

R. von Wartburg führt eine Konsultativabstimmung zur Anfangszeit der DV/MV durch: Für die Beibehaltung des Beginns um 19.30 Uhr stimmen 45 Personen, für einen Beginn bereits um 19.00 Uhr votieren 59 Personen. Die GL wird dieses Resultat in die Planung der nächsten DV einbeziehen.

M. Weiss weist noch darauf hin, dass Werbe- und Informationsmaterial für alle Kontaktpersonen und Delegierten bereitliege. Sie sollen sich doch bitte bedienen.

R. von Wartburg bedankt sich bei allen Anwesenden für die Teilnahme und schliesst damit die Sitzung.

Im Anschluss an die DV/MV wird ein Apéro offeriert.

Willkommen an Bord, Isabella Oser!

Das neue LVB-Geschäftsleitungsmitglied im Portrait

Von der LVB-Geschäftsleitung



Aufgrund des gesundheitlich bedingten Rücktritts von Heinz Bachmann standen LVB-Geschäftsleitung und -Kantonalvorstand diesen Frühling vor der Aufgabe, innerhalb kurzer Frist ein Ausschreibe- und Bewerbungsverfahren in die Wege leiten zu müssen. Trotz des Zeitdrucks fanden die Verbandsverantwortlichen sich auch diesmal in die komfortable Lage versetzt, aus mehreren sehr guten Bewerbungen auswählen zu können. Die Wahl fiel schliesslich auf die 46-jährige Isabella Oser, welche am 1. August 2015 ihre Tätigkeit als neue Ressortleiterin «Beratung und Rechtshilfe» aufgenommen hat.

Isabella Oser wuchs in Biberist und Derendingen auf und schloss ihre Matura (Typus Latein) an der Kantonsschule Solothurn ab. An der Universität Bern absolvierte sie die Ausbildung zur Sekundarlehrerin in den Fächern Mathematik, Biologie, Chemie, Zeichnen und Sport. Seit 1993 unterrichtet sie im Niveau P des Gymnasiums Laufental-Thierstein.

Isabella Oser ist verheiratet und wohnt in Röschenz. In ihrer Freizeit widmet sie sich gerne dem Bergwandern, Biken und Skifahren; Lesen, Politik, Gartenarbeit und Kochen zählen ebenfalls zu ihren Hobbys.

Schon früh begann sich Isabella Oser auch für berufspolitische Belange zu interessieren und wurde 1999 in den LVB-Kantonalvorstand gewählt, dem sie bis zum heutigen Tag ohne Unterbruch angehört hat. Zwischen 1994 und 1999 war sie Vorstandsmitglied der LVB-Regionalsektion Laufental und seit zwei Jahren zählt sie zu den LVB-Delegierten der Basellandschaftlichen Pensionskasse BLPK.

Auch an ihrer Schule engagierte sich Isabella Oser immer wieder in verschiedenen Bereichen, so etwa im Vorstand des Lehrerkonvents, als Organisationsverantwortliche für Wintersport-Grosslager oder in diversen Projekten im Rahmen von Themen- und Landschulwochen.

Als vielseitig interessierter Mensch beschäftigt sich Isabella Oser nicht ausschliesslich mit dem Bereich Schule. Diverse Weiterbildungen in Volks- und Betriebswirtschaft, Buchhaltung, Recht und Psychologie kennzeichnen ihre Biographie. 2003 schloss sie den Lehrgang zur Personalfachfrau erfolgreich ab. Zudem verfügt Isabella Oser über die vom Kantonalen Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit Baselland (KIGA) ausgestellte Bewilligung zum Personalverleih. Neben ihrer Unterrichtstätigkeit fungiert Isabella Oser seit 1999 als Mitinhaberin der o.s.i.s.a. GmbH, einer IT-Firma, wo sie für das Finanz- und Personalwesen verantwortlich zeichnet.

LVB-Geschäftsleitung und -Kantonalvorstand sind davon überzeugt, in der Person Isabella Oser eine hervorragende Nachfolgerin für Heinz Bachmann gefunden zu haben. Nicht nur ihr beeindruckendes persönliches Engagement und ihr reichhaltiger Erfahrungsfundus zeichnen sie aus, sondern auch ihre Hartnäckigkeit und Wissbegierde. Wir heissen Isabella ganz herzlich in der Geschäftsleitung willkommen und wünschen ihr in ihrer neuen Tätigkeit viel Befriedigung und Erfolg.

Hinweis: Die in der letzten Ausgabe angekündigte Würdigung Heinz Bachmanns verschiebt sich aus redaktionellen Gründen auf die zweite Ausgabe des neuen Schuljahres.

LVB-Jahresrechnung 2014/2015

Bilanz per 30.06.2015

	30/06/2015		30/06/2014	
	Soll	Haben	Soll	Haben
AKTIVEN				
VEREINSKASSE				
Kasse	380		1'571	
Post Verein	138'113		84'454	
Post «Sympathiebeiträge»	6'222		275	
Bank Verein	91'714		105'762	
IT-Anlage	3'667		5'768	
Aktive Rechnungsabgrenzung	87'499		13'306	
Total VEREINSKASSE	327'595		211'136	
JUBILARENKASSE				
Bank Jubilaren	16'651		24'287	
Aktive Rechnungsabgrenzung	13'301		4'151	
Total JUBILARENKASSE	29'952		28'438	
KAMPFKASSE				
Bank Kampf	100'000		86'720	
Aktive Rechnungsabgrenzung	24'042		37'149	
Total KAMPFKASSE	124'042		123'869	
RECHTSSCHUTZKASSE				
Bank Recht	158'358		236'677	
Aktive Rechnungsabgrenzung	61'690		270	
Total RECHTSSCHUTZKASSE	220'049		236'947	
TOTAL AKTIVEN	701'638		600'392	

PASSIVEN				
FREMDKAPITAL				
Darlehen BLKB		150'000		0
Total FREMDKAPITAL		150'000		0
VEREINSKASSE				
Passive Rechnungsabgrenzung		243'677		130'088
Rückstellungen		0		5'000
Kapital am Anfang		76'048		75'697
Bilanzgewinn/-vortrag		-142'131		351
Total VEREINSKASSE		177'595		211'136
JUBILARENKASSE				
Passive Rechnungsabgrenzung		0		0
Kapital am Anfang		28'438		24'250
Bilanzgewinn/-vortrag		1'514		4'188
Total JUBILARENKASSE		29'952		28'438
KAMPFKASSE				
Passive Rechnungsabgrenzung		0		0
Kapital am Anfang		123'869		102'786
Bilanzgewinn/-vortrag		172		21'083
Total KAMPFKASSE		124'042		123'869
RECHTSSCHUTZKASSE				
Passive Rechnungsabgrenzung		0		13'183
Kapital am Anfang		223'764		249'907
Bilanzgewinn/-vortrag		-3'716		-26'143
Total RECHTSSCHUTZKASSE		220'049		236'947
TOTAL PASSIVEN		701'638		600'392
	701'638	701'638	600'392	600'392

Erfolgsrechnung 01.07.2014 bis 30.06.2015

13

	Erfolgsrechnung Vorjahr		Erfolgsrechnung 2014/2015		Budget 2014/2015		Budget Folgejahr	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
VEREINSKASSE								
Erlös Mitgliederbeiträge		374'712		402'732		390'000		415'000
Erlös Diverses		6'227		5'406		5'000		5'000
a.o. Ertrag Auflösung Reserve aus Rechtsschutzkasse		0				105'000		
Betriebsertrag	380'940		408'139		500'000		420'000	
Personalaufwand	334'077		371'396		370'000		372'000	
Ausfinanzierung Unterdeckung BLPK	0		0		255'000		0	
Übriger Personalaufwand	6'027		2'568		8'000		6'000	
Bruttoergebnis nach Personal	40'836		34'175		133'000		42'000	
Administrationsaufwand	15'825		8'521		15'000		10'000	
Aufwand für Drittleistungen	2'119		425		1'500		1'500	
Aufwand Veranstaltung	21'619		15'263		21'000		15'000	
Aufwand Pensionierte	4'836		2'750		4'500		3'000	
Aufwand Verbandszeitschrift	38'703		38'207	200	38'000		38'000	
Bruttoergebnis nach Kernprozessen		42'266		30'791		213'000		25'500
Aufwand Sachversicherungen	463		463		500		500	
Informatikaufwand	8'813		8'074		6'000		8'000	
Werbung	6'884		9'896	4'500	5'000		5'000	
Prozessaufwand	0		21'229	25'000	20'000		0	
Aufwand Rechnungsrevision	4'795		5'357		3'500		3'500	
Betriebsergebnis		63'221		46'310		248'000		42'500
Finanzerfolg		435		521		400		400
Zinsen BLKB-Darlehen			671				1'250	
Betriebsergebnis nach Finanzerfolg		62'786		46'460		247'600		43'350
Abschreibungen Informatik	3'189		2'398		3'000		3'000	
Betriebsergebnis nach Abschreibungen		65'975		48'858		250'600		46'350
Erlös Sunrise			1'091	6'200		0		1'500
Erlös Visana		68'440		69'472		60'000		60'000
Betriebsergebnis nach Neben- betrieben	2'465		25'723		250'600		15'150	
a.o. Aufwand Ausfinanzierung BLPK			166'829				0	
Erfolg VEREIN vor Steuern	2'465		141'106		250'600		15'150	
Steueraufwand	2'114		1'024		0		0	
Erfolg VEREIN	351		142'131		250'600		15'150	
JUBILARENKASSE								
Erlös Beiträge		9'504		9'150		9'000		9'000
Aufwand Auszahlungen/Feier	5'353		7'676		6'000		8'000	
Finanzerfolg		37		40		30		50
Erfolg JUBILARENKASSE	4'188		1'514		3'030		1'050	
KAMPFKASSE								
Erlös Beiträge		36'027		0		0		0
Veranstaltungen	0				5'000		5'000	
Unterstützung Kampagnen	15'102				5'000		5'000	
Beratung	0				3'000		3'000	
Diverser Aufwand	0				3'000		3'000	
Finanzerfolg		158		172		0		150
Erfolg KAMPFKASSE	21'083		172		16'000		15'850	
RECHTSSCHUTZKASSE								
Erlös Beiträge		0		0		0		0
Personalaufwand	13'183		0		0		0	
Diverser Aufwand	14'029		4'031		10'000		10'000	
a.o. Aufwand Ausfinanzierung BLPK								
Finanzerfolg		1'069		315		0		350
Erfolg RECHTSSCHUTZKASSE		26'143		3'716		10'000		9'650
Erfolg Gesamtorganisation	497'130	496'609	667'868	523'708	783'000	569'430	500'750	491'450
		521		144'160		213'570		9'300
	497'130	497'130	667'868	667'868	783'000	783'000	500'750	500'750

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung 2014/2015



Bericht der Revisionsstelle zur eingeschränkten
Revision an die Generalversammlung des
Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland

Vereinsjahr 2014/2015

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland für das am 30. Juni 2015 abgeschlossene Vereinsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vereinsvorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach dem Schweizer Standard zur eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Verein vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Statuten entsprechen.

CENTRA TREUHANDGESELLSCHAFT AG

Paul Hagmann, Revisionsexperte
Leitender Revisor

4450 Sissach, 18. August 2015

LVB-Mitglieder profitieren
von bis zu 45% Rabatt
aufs Mobilabo.

Gleich
anmelden auf
lvb.ch/sunrise

(Fast) alle Jahre wieder: Die Analyse des LVB zu den Sparmassnahmen der Regierung

Von der LVB-Geschäftsleitung

Olympische Spiele finden im Vierjahresrhythmus statt. Zum dritten Mal innerhalb von 12 Jahren schnürt die Baselbieter Regierung ein Sparpaket (wenn auch diesmal semantisch als «Finanzstrategie» verhüllt) – eine durchaus olympiataugliche Kadenz also. Im Unterschied zu den Olympischen Spielen moderner Prägung sind keine neuen Disziplinen auszumachen. Einmal mehr sollen Schülerinnen und Schüler, Lehrerschaft, Eltern, aber auch die Lehrbetriebe die Zeche zahlen. Höher (werden die Hürden für KMUs auf der Suche nach geeigneten Lehrlingen)! Schneller (werden insbesondere im Niveau A der Sek I durch vergrösserte Klassen unzumutbare Zustände herrschen)! Weiter (verschlechtert sich die Konkurrenzfähigkeit der Anstellungsbedingungen von Baselbieter Lehrkräften)!

Lesen Sie unsere Analyse zu den wichtigsten Massnahmen im Schulbereich:

Massnahme

Kommentar des LVB

BKSD-OM-1: Verstetigung Erhöhung Pflichtlektionen Sek I und Sek II

Eine Erhöhung der Pflichtstundenzahl bedeutet Qualitätsabbau, weil den Lehrkräften dadurch innerhalb ihrer Jahresarbeitszeit weniger Zeit pro Unterrichtseinheit zur Verfügung steht.

Wenn tatsächlich dauerhaft mehr Pflichtstunden unterrichtet werden sollen, dann muss auf der anderen Seite von der Regierung verbindlich definiert werden, was dafür innerhalb des Berufsauftrags an anderem Aufwand wegfällt. Und das darf nicht – wie beim letzten Sparpaket – der Teilautonomie überlassen werden, sonst wird am Ende an den allermeisten Orten nur wieder darüber geredet, aber nichts gestrichen.

Generell gilt: Die Negativspirale mit stetig wachsendem Pflichtenheft bei gleichzeitig sich verschlechternden Anstellungsbedingungen muss durchbrochen werden!

BKSD-OM-3: Restriktive Steuerung des separativen Angebotes der Speziellen Förderung

Sollte damit die vollständige Abschaffung der Kleinklassen gemeint sein, lehnt der LVB diese Pläne entschieden ab.

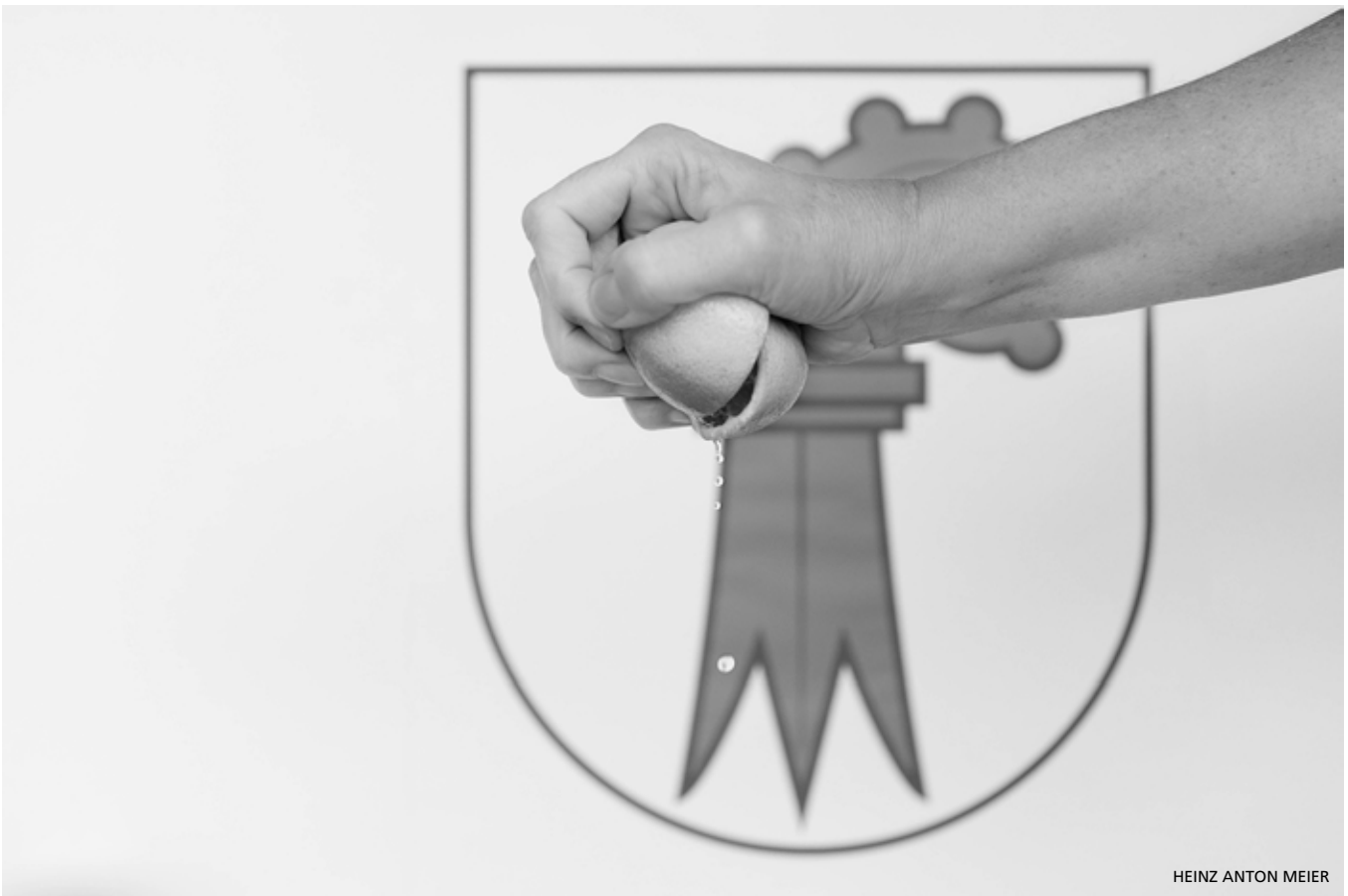
Es wird immer Kinder geben, die in einem separativen Schulsetting besser aufgehoben sind als in einer Regelklasse. Dies zeigen auch Erfahrungen aus anderen Kantonen, wo vorschnell alle «Spezialklassen» abgeschafft wurden.

BKSD-OM-7: Handhabung Instrumentalunterricht an den Gymnasien erfolgt analog Musikschulen

Aus Sicht des LVB widerspricht diese Massnahme Artikel 67a der Bundesverfassung, weil dadurch der Zugang zu musikalischer Bildung erschwert wird. Wenn die Eltern die Kosten für den Instrumentalunterricht übernehmen müssen, wird die Nachfrage sinken.

BKSD-OM-12: Verzögerte Wiederbesetzung von vakanten Stellen

Soll damit erreicht werden, dass noch mehr Lehrkräfte nur noch mit befristeten Verträgen ausgestattet werden? Dann verstösst der Kanton gegen seine eigenen Grundsätze aus der Personalverordnung §5 ff.: «Der Arbeitsvertrag ist in der Regel unbefristet abzuschliessen.»



Auf der Sek I haben infolge der Umstellung auf 6/3 schon während der letzten Jahre junge Lehrkräfte keine Festanstellung mehr finden können. Wenn das so weitergeht, droht in diesem Alterssegment eine bleibende Lücke zu klaffen.

Der Kanton Baselland verliert als Arbeitgeber weiter an Attraktivität – obwohl die demographisch bedingten Wellen des Lehrpersonenmangels noch keineswegs ausgestanden sind.

BKSD-WOM-1: Abbau von 2 Stellen im AVS

An der «Unterrichtsfront» sollen durch grössere Klassen und dauerhaft höhere Pflichtstundenzahlen ca. 25 Vollzeitstellen eingespart werden.

Demgegenüber steht ein Abbau von gerade einmal zwei Stellen bei der Verwaltung – wobei mit der neuen Kommunikationschefin in der BKSD bereits ein zusätzlicher Posten geschaffen wurde.

Die Prioritäten liegen falsch und dienen nicht der Qualität des Schulsystems.

BKSD-WOM-7: Erhöhung der maximalen Klassengrösse Sek IIII alle Niveaus 26 / 24

Aus pädagogischer Sicht ein absolutes Unding, nicht nur, aber im Besonderen für das Niveau A der Sek I: Die Chancen derjenigen, die ohnehin die grössten Schwierigkeiten haben, sich in die Arbeitswelt zu integrieren, werden weiter sinken, da die individuelle Unterstützung bei der Stellensuche durch die Lehrkräfte nicht mehr im heutigen Mass gewährleistet werden kann. Das ist sozialer Sprengstoff und kostet auf Dauer viel mehr, als kurzfristig eingespart werden kann!

Aus politischer Warte ist die Idee unlauter, denn vor nur gerade drei Jahren hat sich der Souverän (notabene auf Vorschlag der Regierung hin!) für die Senkung

der maximalen Klassengrösse auf 24 ausgesprochen. Diese Sparmassnahme entspricht mit Sicherheit nicht dem Auftrag und dem Willen der Bevölkerung!

Infrastrukturell ist die Umsetzung ohnehin unmöglich: Die Klassenzimmer in vielen Baselbieter Schulen sind nicht einmal für die Klassengrösse 24 geschaffen.

Als Vergleich: Pro Person im Klassenzimmer werden 2.5 bis 3 Quadratmeter veranschlagt – das entspricht in etwa dem Tierschutzgesetz für die Haltung von Kleinvieh! Die Norm für Büros liegt übrigens bei 6-10 Quadratmetern pro Person! In vielen Schulzimmern lassen sich aus Sicherheitsgründen die Fenster kaum öffnen – es drohen gesundheitlich bedenkliche Zustände.



aus dem Tierschutz-Kontrollhandbuch¹

EINZELHALTUNG VON ZIEGEN

Erfüllt wenn:

- folgende Mindestmasse eingehalten werden:

	Ziegen 23-40 kg	Ziegen und Böcke 40-70 kg	Ziegen und Böcke über 70 kg
Boxenfläche m ²	2.0 m ²	3.0 m ²	3.5 m ²

Mehr Schüler generieren automatisch eine höhere Arbeitszeit (Korrekturen, Beratung, Elterngespräche). Die Klassengrösse steht in unmittelbarem Zusammenhang zwischen zeitlicher und emotionaler Beanspruchung der Lehrkräfte und wirkt so auch auf die Unterrichtsqualität zurück. Das weiss jede Lehrperson aus eigener Erfahrung – auch wenn praxisferne BildungsökonomInnen das regelmässig in «Studien» in Abrede stellen.

Hinzu kommt, dass grössere Klassen zu einer Einschränkung der Methodenvielfalt führen; Halbklassenunterricht oder Gruppenarbeiten sind ab einer bestimmten Klassengrösse kaum noch organisierbar – erst recht nicht angesichts der ohnehin prekären Platzverhältnisse an vielen Schulen.

*BKSD-WOM-8: Reduktion
Freifachangebot an den Gymnasien*

Ein eindeutiger Verlust an Attraktivität und keineswegs verursachergerecht, waren doch die Gymnasien noch nie ein Kostentreiber in der Bildung.

Auf keinen Fall darf das kulturelle Angebot der Gymnasien (Chor, Theater usw.) dadurch geschmälert werden.

*BKSD-WOM-11: Reduktion
Altersentlastung Lehrpersonen*

Festzuhalten ist: Die «Altersentlastung» war schon bisher keine wirkliche Entlastung, sondern eine Umverteilung der Arbeitszeit – dies im Gegensatz zu

anderen Kantonen, wo Altersentlastung auch wirklich Entlastung im Sinne einer niedrigeren Arbeitszeit bedeutet.

Das nun ausgesendete Signal – mit Baselland als schweizerischem Schlusslicht im Umgang mit verdienten Mitarbeitenden – ist für den Kanton als Arbeitgeber fatal. Ganz allgemein ist es ein Trauerspiel, wie sämtliche Zeichen der Wertschätzung für das langjährige Personal (man denke etwa an die Treueprämien) zwischen den verschiedenen Sparpaketen zerrieben werden.

Dass ein Teil der bisherigen Ressourcen dem Schulpool zugeschlagen wird, macht die Sache für die Betroffenen nicht besser. Auf diese Weise sind sie auf den Goodwill ihrer jeweiligen Schulleitung angewiesen, um eventuell zu einer Form von Unterrichtsentlastung (im Tausch gegen andere Arbeiten) zu kommen. Es fehlt an Verbindlichkeit für die Arbeitnehmenden und an der Sicherstellung für deren Gleichbehandlung.

*BKSD-WOM-14: Überführung der
BVS 2 in einjähriges Brückenangebot*

Die sich in der Umsetzung befindliche Neukonzeption der Brückenangebote ist sinnvoll. Aber die BVS 2 ist kein Brückenangebot! Sie ist schulisch klar anspruchsvoller als das eigentliche Brückenangebot SBA und erfüllt dadurch erfolgreich die wertvolle Aufgabe als Sprungbrett in anforderungsreiche Lehrstellen – was den Baselbieter Lehrbetrieben resp. der Wirtschaft zugutekommt.

Es sei daran erinnert: Das Stimmvolk wollte diese Form von Abbau nicht. Ein leistungsfähiges Angebot zwischen dem Ende der obligatorischen Schulzeit und der Berufslehre deckt exakt die Bedürfnisse eines bestimmten Segments der Schulabgängerinnen und -abgänger ab – und jene von Lehrbetrieben, die oft intensiv nach geeigneten Lehrlingen suchen.

Auch für das Niveau A der Sek I ist die BVS 2 wichtig – als Ansporn und Ziel für starke Schülerinnen und Schüler. Ohne die BVS 2 würde der Druck in Richtung E noch einmal grösser werden und das Niveau A drohte definitiv zu einer Art «Restschule» für jene Schülerinnen und Schüler zu werden, denen nur ganz vereinzelte Perspektiven bleiben; mit den entsprechenden Konsequenzen für das Lern- und Arbeitsklima.

*BKSD-WOM-19: Entwicklung und
Aufbau einer Zugangssteuerung zu
WMS und FMS*

Eine Zugangssteuerung zu den weiterführenden Schulen existiert bereits: Die Schülerinnen und Schüler der Sek I müssen die geforderten Noten in den entsprechenden Fächern erbringen.

Es gibt keine Indizien dafür, dass Absolvierende von WMS und FMS auf dem Arbeitsmarkt schlecht reüssieren würden. Entsprechend ist der Zweck dieser Massnahme nicht ersichtlich. Zu befürchten ist eher dieses Szenario: hohe Entwicklungs- und Konzeptkosten ohne Spareffekt am Ende.

*BKSD-WOM-21: Streichung
Lageraufstockung Sek I und Sek II*

Eine persönliche Frage: Wie viel ist Ihnen der Babysitter Wert, der auf Ihre Kinder aufpasst, wenn Sie weg sind? Bezahlen Sie ihn nur für einen Teil seiner Einsatzzeit?

Trotz Aufstockung ist die Arbeitszeit der Lehrpersonen in Lagern schon heute nicht vollständig bezahlt – Lager bedeuten mehr oder weniger eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung und -Verantwortung.

Diese Massnahme ist im Kern ein Frontalangriff auf Schullager. Denn wenn diese Arbeit, die für die soziale Entwicklung der Kinder von grosser Bedeutung ist, derart geringgeschätzt und nicht einmal mehr halbwegs anständig ent-

löhnt werden soll, dann ist die Botschaft der Regierung klar: Lager sind ein Luxus, den sich die Baselbieter Schulen nicht mehr leisten sollen. Es ist sehr zu bezweifeln, dass die Erziehungsberechtigten das gleich einschätzen.

Dir-WOM-1: Reduktion Material- und Warenaufwand um 5%

Was heisst das für die Schulen? Dass für den praktischen Unterricht (naturwissenschaftliche Praktika, Werken, Bildnerisches Gestalten, Sport etc.) noch weniger Material vorhanden sein soll? Dass irgendwann im Laufe des Semesters nicht mehr kopiert werden darf?

Bevor man über solche Massnahmen nachdenkt, sollte man sich einmal vergegenwärtigen, warum gerade die Kopierkosten an den Schulen derart angestiegen sind: Der Hauptgrund besteht darin, dass so gut wie alle «modernen» Lehrmittel mit viel zu wenig Übungsmaterial ausgestattet sind (oder sie liegen nur in elektronischer Form resp. als Kopiervorlage vor, sodass man sie ohnehin vervielfältigen muss). Lehrpersonen, die sich dem Lernerfolg ihrer Schüler verpflichtet fühlen, bleibt daher gar nichts anderes übrig, als ständig Kopien zu erstellen. Denn ohne Üben gibt es kein nachhaltiges Lernen und keine Automatisierung.

Gescheiter (und wesentlich kostengünstiger) wäre es, nicht mehr so viele praxisuntaugliche Lehrmittel einzukaufen und diese dann auch noch als obligatorisch zu taxieren. Lehrmittel sollten dem Unterricht dienen, nicht dem Profit der Lehrmittelindustrie.

Dir-WOM-3: Lohnkürzung um 1%

Vor 15 Jahren war der Kanton Baselland betr. Anstellungsbedingungen in der Nordwestschweiz eine sehr gute Adresse. Seither verschlechtern sich die Bedingungen permanent, während in manchen Nachbarkantonen die Entwicklung in die Gegenrichtung zeigt.

Auf rund 170 Mio. Fr. Lohn hat das Kantonspersonal aufgrund nicht ausgeglichener Teuerung in den letzten 15 Jahren bereits verzichten müssen. Hinzu kamen zusammengestrichene Treueprämien und die höheren Abzüge im Zuge der Reform der BLPK etc.

Und jetzt noch einmal eine generelle Lohnkürzung obendrauf? So wird der Kanton das Personal, das er braucht, um aus seiner Finanzkrise herauszukommen, nicht halten und erst recht nicht rekrutieren können.



HEINZ ANTON MEIER

¹ <http://www.blv.admin.ch/themen/tierschutz/00744/00750/index.html>

Fazit: Einmal mehr versucht die Regierung, einen Qualitätsabbau zu verschleiern, indem sie von den Lehrpersonen mehr Leistung für weniger Lohn verlangt.

Landrat und Regierung müssen wissen, dass wir bei diesem falschen Spiel nicht mitmachen!

Auch Sie sind aufgerufen, unserem gemeinsamen Ärger über dieses konzeptlose Machwerk namens «Finanzstrategie» Luft zu machen:

**Wir alle demonstrieren
am 10. September ab 16.30 Uhr
vor dem Landratsgebäude in Liestal!**

Von Roger von Wartburg

Perle 1: «Kompetent, aber denkfaul?»

Wo: Südtiroler Wirtschaftszeitung

Wer: Hartmut Volk interviewt Prof. Jochen Krautz von der Bergischen Universität Wuppertal

Wann: 12. Juni 2015

«Jeder will heute einen «kompetenten» Menschen als Ansprechpartner. Ob Arzt, Bankberater, KFZ-Mechaniker oder Verkäufer, alle sollen sie kompetent sein. Was soll also schlecht daran sein, wenn bereits die Schüler auf Kompetenz hin unterrichtet werden, fragt sich der Laie. Nun, schlecht daran ist, dass das in den Schulen und Universitäten eingeführte Kompetenzkonzept massiv das Bildungsverständnis verändert. Bildung zielte auf Selbstständigkeit im Denken auf der Grundlage von Wissen und Können. Die Vermittlung von Kompetenzen hingegen zielt auf vordergründiges Funktionieren, auf Anpassungsbereitschaft an globalen Wandel beziehungsweise auf das, was bestimmte Kreise dafür halten. Das ist jedoch hoch problematisch, zumal aus den Betrieben zunehmend die Klage kommt, dass dieses selbstständige Denken faktisch ab- anstatt zunimmt, wie es die Verfechter des Kompetenzkonzeptes versprechen. [...] Den Psychologen zufolge, die den Kompetenzbegriff in seiner aktuellen Fassung erfunden haben, geht es dabei um kognitive Fähigkeiten zur anwendungsbezogenen Problemlösung. Damit fällt ein grosser Teil dessen, worum es in Schule gehen sollte, schon einmal unter den

Tisch. Ziel dieser Verkürzung war es schlicht, Bildung messbar zu machen. Kompetenzen lassen sich nun zwar messen, das aber nur unter Vernachlässigung aller anderen Dimensionen von Bildung. Da Kompetenzen als funktionale Fähigkeiten prinzipiell inhaltsneutral sind, wird zunehmend gleichgültig, woran ich sie erwerbe. Lesekompetenz kann ich an einem anspruchsvollen Gedicht, aber auch an WhatsApp-Nachrichten üben. So lange ist es noch gar nicht her, da galt die Auffassung, dass Goethe oder Schiller noch etwas mehr zu bieten haben als SMS-Texte, etwa Fragen nach Glück und Verantwortung, nach Lebenssinn und Empfinden für eine ästhetische Sprachform. Und genau das ist kein überflüssiges Brimborium, sondern hilft dabei, einen eigenen, verantwortlichen Ort in der Welt zu finden. Quid ad me? Was geht mich das an? Das war einmal eine didaktische Leitfrage: Wie können junge Menschen von etwas angesprochen werden? Wie können sie zu einem Verstehen, Wissen und Können kommen, das ihnen hilft, selbstbestimmt und verantwortlich durchs Leben zu gehen? Von all dem weiss Kompetenz nichts. [...] Hinzu kommt: Kompetenzen sind auch ethisch neutral. [...] Bildung und Erziehung fallen im kompetenzorientierten Unterricht zunehmend auseinander. Mit der Folge, dass es nun für Sozialkompetenz bereits Sondertrainings gibt. Lehrpläne werden zur aberwitzigen Ansammlung von Teilkompetenzen, nach denen man nicht mehr unterrichten kann. Auch diese Klage erfahrener, nicht von Ideologie vernebelter Pädagogen ist zutreffend. Zu Recht weisen sie darauf hin, dass mit der Kompetenzorientierung die sachliche Logik der Fächer und

HEINZ ANTON MEIER



hunger fallen im kompetenzorientierten Unterricht zunehmend auseinander. Mit der Folge, dass es nun für Sozialkompetenz bereits Sondertrainings gibt. Lehrpläne werden zur aberwitzigen Ansammlung von Teilkompetenzen, nach denen man nicht mehr unterrichten kann. Auch diese Klage erfahrener, nicht von Ideologie vernebelter Pädagogen ist zutreffend. Zu Recht weisen sie darauf hin, dass mit der Kompetenzorientierung die sachliche Logik der Fächer und

Laut OECD, die für den PISA-Test und dieses Kompetenzkonzept verantwortlich ist, geht es ganz ausdrücklich nicht um geistige Selbstständigkeit, sondern um «Anpassungsfähigkeit».

damit auch die Struktur des Denkens verloren geht, dass Schule so zum Trainingslager für segmentierte Teilfertigkeiten wird und nicht mehr der Ort ist, an dem über relevante Inhalte und Fragen gemeinsam nachgedacht wird. Bildung zielt aber, wie gesagt, auf eigenständiges Verstehen, nicht auf das Abarbeiten und Antrainieren von funktionalen Fertigkeiten. Laut OECD, die für den PISA-Test und dieses Kompetenzkonzept verantwortlich ist, geht es ganz ausdrücklich nicht um geistige Selbstständigkeit, sondern um «Anpassungsfähigkeit» – wörtlich! [...] Das vollzieht sich subtil, aber deutlich. [...] Junge Menschen lernen zunehmend zu funktionieren und das Gegebene nicht zu hinterfragen. Damit sinkt zugleich das Interesse an den Dingen. Man studiert dann, um fertig zu werden. Die Sache aber, das eigene Fach, das interessiert einen eigentlich nicht mehr. Fragen nach Wahrheit und Geltung, die Unterscheidung von Meinung und Argument, die Reflexion von Methoden werden kaum mehr angenommen, weil sie in dieser funktionalistischen Welt überflüssig erscheinen. Auch auf der Ebene der Berufsausbildung geschieht Ähnliches. Handwerker müssen heute komplexe technische und organisatorische Zusammenhänge verstehen, beurteilen und sinnvoll ausführen. Dazu braucht es Fachkenntnis, Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit. Unterhalten Sie sich heute mal mit betrieblichen Ausbildern, mit gestandenen Handwerksmeistern oder völlig genervten Altgesellen. Wenn die tief Luft holen und von den haarsträubenden Defiziten und Fehlleistungen ihrer Auszubildenden berichten, fällt die schöne neue Welt der «Kompetenzen» ganz schnell wie ein angestochener Luftballon in sich zusammen. [...] Seit dem sogenannten «PISA-Schock» wird [...] das ganze Bildungssystem auf diese Kompetenzen umgestellt, damit alle bei PISA besser werden. Was damit verbunden ist, wurde aber nicht diskutiert. Der ganze Vorgang zeigt klassische Elemente von Propaganda. Man inszeniert ein Ereignis wie diesen PISA-Schock. PISA testet aber nach eigener Aussage nicht das, was in unseren Lehrplänen steht, sondern das eigene Kompetenzkonzept. PISA hat also eigentlich wenig oder nur zufällige Aussagekraft über das, was unsere Schüler können. Gleichwohl wurde das vermeintlich schlechte Abschneiden beispielsweise Deutschlands aber genutzt, um nun radikal Reformen anzustossen, wozu die Politik gerne auf die fertigen Konzepte der OECD zurückgriff. Während die PISA-Tests also eine bloße Scheinwelt angeblich «objektiver» Aussagen über den Bildungsstand inszenierten, waren die Reaktionen darauf sehr wohl Realität. Man nennt das «governance by comparison», Steuerung durch Vergleich. Die OECD weiss, dass sie eigentlich keinen legitimen Einfluss auf die nationalen Bildungssysteme hat und nutzt diese Taktik nach eigenem Bekunden, um die Souveränität der Staaten zu unterlaufen. Sol-

che «soft governance», Techniken sanfter Steuerung, sind undemokratische, letztlich manipulative Methoden, mit denen ein neues Leitbild von Bildung durchgesetzt wird, das einer plumpen ökonomistischen Logik folgt. [...] Vor-dergründig könnte man meinen, die Kompetenzorientierung bedient die Interessen «der Wirtschaft», weil die OECD als Wirtschaftsorganisation auftritt. [...] Tatsächlich funktional sind so ausgebildete künftige Arbeitnehmer jedoch nur für globale Konzerne, die ihr «Humankapital» weltweit nach standardisiertem Format gefertigt vorfinden wollen. Unternehmen also, in denen streng nach Guidelines gearbeitet wird, wenig selbstständig gedacht werden soll, man aber für die permanenten Umstrukturierungen auch ein bisschen «Kreativität» und viel «Flexibilität» benötigt. Für alle anderen Unternehmen ist das Unsinn. Und deshalb beklagen sich ja auch das produzierende Gewerbe, Mittelstand und Handwerk zunehmend lautstark über das Niveau der Absolventen von Schulen und Hochschulen. [...] Das ist [...] die bittere Ironie der Geschichte: Ein angeblich im Namen «der Wirtschaft» auf Kurs gebrachtes Bildungssystem wird zunehmend dysfunktional gerade für die Bedürfnisse der Wirtschaft selbst. Man schießt sich in der Tat ins eigene Knie, schreit dann laut auf und bemerkt nicht, dass man den Revolver selbst in der Hand hält. Zu lange hat die Wirtschaft den Bildungsökonom in den Bildungsabteilungen der eigenen Interessenverbände vertraut, die diesen Unsinn seit 15 Jahren in einer Flut von Gutachten und Expertisen propagieren. [...] Eberhard von Kuenheim, lange Jahre Chef von BMW, hat [...] darauf aufmerksam gemacht. Es wird Zeit, dass sich gerade die Wirtschaft überlegt, was sie ernsthaft will: geistige Eunuchen oder demokratiefähige Bürger, die etwas wissen und können. In weiterer Perspektive wird man zudem fragen müssen, was dieser Kulturkampf, den die OECD weltweit führt, eigentlich soll. Wem dient die geistige Verarmung und kulturelle Entwurzelung ganzer Länder? [...] Den Menschen, ihrer Kultur, der Demokratie und eben auch einer menschwürdigen Wirtschaft sicher nicht. Ich fürchte auch, dass es dabei um mehr geht, als die Privatisierung einiger profitabler Bereiche im Bildungswesen. Das sind – zumindest im deutschsprachigen Raum – Nebeneffekte für daran interessierte Konzerne. Letztlich scheint es um die Steuerbarkeit und Steuerung von Menschen zu gehen, indem man ihnen das Denken abgewöhnt.»

Eine Lanze für die Primarlehrpersonen: Dieser Berufsstand gehört entlastet und aufgewertet!

Von Roger von Wartburg

Von allen Lehrerinnen und Lehrern haben sie die heterogensten Klassen und die höchsten Pflichtstundenzahlen – und sie unterrichten alle Fächer. Von den Grossreformen der letzten Jahre, man denke etwa an die Integrative Schulung, waren sie am stärksten betroffen – und verdienen weiterhin am schlechtesten. Die Erwartungshaltung von Gesellschaft und Politik ihnen gegenüber wird grösser und grösser – während Umfang und Struktur ihrer Ausbildung diesen Ansprüchen unmöglich gerecht werden können. Das Wichtigste für die Ausübung des Berufes wären Zeit für das einzelne Kind und die kreative Arbeit – stattdessen führen eine steigende Regulationsdichte und unausgeglichene Neuerungen zu Hektik und Frustration. Der Berufsstand der Primarlehrpersonen¹ hat wahrlich Besseres verdient!

Bossard und Camus

Als der Autor dieses Artikels vor einigen Wochen den Text «Der Glaube an Plan und Papier»² aus der Feder des Gründungsrektors der PH Zug, Carl Bossard, las, musste er aus zweierlei Gründen schmunzeln: Einerseits erkannte er in Bossards Primarschülerinnen so manches wieder, was er in seiner eigenen Schulzeit ganz ähnlich erlebt hatte (beispielsweise das «Fräulein», welches mit Leib und Seele und voller Hingabe die 1. und 2. Klasse unterrichtete); andererseits fand in Carl Bossards Essay ein literarisches Primarlehrerportrait Eingang, welches auch dem Verfasser dieses Artikels seit vielen Jahren in bester Erinnerung geblieben ist: dasjenige des Monsieur Bernard aus Albert Camus' autobiographischem Roman «Der erste Mensch»³.

Über einen seiner Primarlehrer sinniert Bossard mit folgenden Worten: «Warum blieb uns der damalige Lehrer in Erinnerung? Es war seine unbedingte Leidenschaft, seine vitale Präsenz, die absolute Konsequenz, mit der er seiner Berufung, Lehrer zu sein, gefolgt ist. Er konnte uns begeistern und für eine Sache interessieren, in vielem vielleicht sogar Flügel verleihen.»

Camus schreibt: «Bei Monsieur Bernard war der Unterricht aus dem einfachen Grund, dass er seinen Beruf leidenschaftlich liebte, ständig interessant.»

Monsieur Bernards Methode habe darin bestanden, «im Betragen nichts durchgehen zu lassen und seinen Unterricht hingegen lebendig und amüsant zu machen.» Ausserdem habe er in ihnen «den Hunger nach Entdeckung» geweckt. In Monsieur Bernards Klasse hätten sie zum ersten Mal gefühlt, «dass sie existierten und Gegenstand höchster Achtung waren: Man hielt sie für würdig, die Welt zu entdecken.»

Lehrerinnen und Lehrer prägen ihre Schulkinder

Natürlich sind Camus' Beschreibungen teilweise regelrecht schwärmerisch und selbstverständlich blendet wohl auch Carl Bossard im Rückblick die weniger schönen Dinge etwas stärker aus – obwohl an einer Stelle sehr ehrlich von «didaktischen Albträumen» die Rede ist. Ganz generell braucht der Lehrerberuf nicht unnötig überhöht zu werden: Nicht jeder Lehrer kann oder muss für jeden Schüler das bedeuten, was Monsieur Bernard in Algier für den kleinen Albert – der Vater tot, die Mutter eine fast taubstumme Analphabetin – war.

Dennoch ist eines heute mehr denn je klar und wird auch von der Wissenschaft gestützt: Die einzelne Lehrerin, der einzelne Lehrer, ihre Persönlichkeit und menschliche Souveränität, ihr Unterricht und ihre Beziehung zur Klasse sind von entscheidender Bedeutung. Daher wäre es eben nur fol-

gerichtig, Sorge zu tragen zu diesem Berufsstand mitsamt seinen Anstellungs- und Arbeitsbedingungen.

Es steht fest: Lehrerinnen und Lehrer vermögen die ihnen anvertrauten Kinder nachhaltig zu prägen, und zwar sowohl bewusst als auch unbewusst. Das allein verdeutlicht die Wichtigkeit dieses Berufes. Und womöglich ist diese Art der Lehrer-Schüler-Prägung durch das «Klassenlehrer-Allrounder-System» und die entwicklungspsychologischen Gegebenheiten auf der Primarstufe sogar noch wesentlicher als auf den Sekundarstufen. Vertrauenswürdig und glaubwürdig müssten Lehrer sein, schreibt Bossard, und giesst diese Konstellation in einen wunderbaren Satz: «Lernen basiert auf Vertrauen in den Lehrenden.»

So weit, so schön, die Sonntagsrede auf den «schönsten aller Berufe» wäre damit gehalten. Allein: So einfach ist das nicht. Denn die Liste der Problem- und Konfliktfelder ist mannigfaltig:

Heterogenität, Halbklassenunterricht, Nacherziehung und Pflichtstundenzahl

Primarschulklassen sind naturgemäss ausgesprochen heterogen. Die Verschiedenheit der Kinder hinsichtlich Entwicklungsstand, Vorwissen und sozialer Reife ist enorm. Das ist einer der Gründe, weshalb dieser Beruf schon immer anspruchsvoll war.

Durch die schulischen Reformen der jüngeren Vergangenheit respektive der Gegenwart wurde und wird die Heterogenität noch einmal drastisch erhöht. Im Zeichen der Integrativen Schule sowie der Abschaffung von Einführungs- und Kleinklassen treffen Primarlehrpersonen heute ohne Einschränkung auf die gesamte Bandbreite kindlicher respektive menschlicher Realität: körperliche, sensorische und geistige Behinderungen; ausgeprägte Leistungsschwäche und Hochbegabung; hochgradige Verhaltensauffälligkeiten; Fremdsprachigkeit. Unabhängig davon, wie man persönlich zu

(Teilen) dieser Entwicklung steht, steht ausser Frage, dass dadurch der Beruf noch anspruchsvoller und je nach Klassenkonstellation auch belastender geworden ist.

Die Ressourcierung für den Umgang mit der erhöhten Heterogenität ist von Gemeinde zu Gemeinde höchst unterschiedlich. Je nach Schulstandort existiert beispielsweise keine spezielle Klasse für fremdsprachige, neu in die Schweiz gekommene Kinder mehr. Stattdessen werden sie von Anfang an – und damit ohne jegliche Deutschkenntnisse! – in die Regelklasse einge-

teilt. Der Deutschunterricht findet dann parallel zum Regelunterricht statt, mit der Folge, dass diese Kinder einen nicht unerheblichen Teil des Schulunterrichts verpassen – eine zusätzliche Hürde neben dem rein sprachlichen Handicap.

Eine ähnliche Problematik zeigt sich hinsichtlich der unzureichenden Begleitung von ISF-Schülerinnen und -Schülern, wie dem LVB von betroffenen Lehrkräften gemeldet wird. In der Regel reichen die Ressourcen gerade einmal für einige wenige Lektionen pro Woche und Kind – in der restlichen



Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb Primarlehrkräfte weiterhin mit einer markant höheren Pflichtstundenzahl konfrontiert sind als ihre Kolleginnen und Kollegen der Sekundarstufen.

Für die betroffenen Lehrkräfte wirkt es deprimierend und demotivierend, wenn sie Kindern mit speziellen Bedürfnissen, die ihnen anvertraut werden, aufgrund mangelnder Fördermöglichkeiten nicht gerecht werden können.

Zeit sind sowohl die Klassenlehrperson als auch das Kind mit speziellem Förderbedarf gewissermassen auf sich alleine gestellt. Das Bildungsgesetz, das jedem Kind eine seinen Fähigkeiten entsprechende Förderung garantiert, wird daher im ISF-Bereich schlicht mit Füssen getreten. Wer Ja sagt zur Integrativen Schule, kann die erforderlichen Ressourcen für die individuelle Förderung nicht einfach unter den Teppich kehren.

Für die betroffenen Lehrkräfte wirkt es deprimierend und demotivierend, wenn sie Kindern mit speziellen Bedürfnissen, die ihnen anvertraut werden, aufgrund mangelnder Fördermöglichkeiten nicht gerecht werden können. Eine erfahrene Lehrperson formuliert es so: «Politik und Verwaltung haben die Integration verordnet. Und damit hatte es sich dann. Die Verantwortlichen kommen nie bei uns vorbei. Sie wollen nicht wissen, ob respektive wie sich die Integrative Schule in der Praxis bewährt. Es kümmert sie nicht, ob die zur Verfügung gestellte Förderung den Ansprüchen genügt. Lehrkräfte und Schüler werden sich selbst überlassen.»

Engagierte Kindergarten- und Primarlehrkräfte berichten ausserdem davon, wie viele der als «Regelschüler» eingestuft Kinder sie heute zuerst einmal im eigentlichen Sinne «(nach-)sozialisieren» müssen, um überhaupt ein ansprechendes Miteinander und einen gelingenden Unterricht in der Gruppe angehen zu können. Der Aufwand der Lehrpersonen im Bereich des Erzieherischen, bedingt durch erhebliche Defizite bei der Sozial- und Selbstkompetenz eines gestiegenen Prozentsatzes der Kinder, hat in den letzten Jahren eindeutig stark zugenommen.

Es steht zu befürchten, dass sich die Situation mit der Einführung des auf dem Lehrplan 21 basierenden Lehr-

plans der Volksschule Basel-Landschaft und dem damit verbundenen Wegfall des Einschulungsentscheids am Ende des Kindergartens weiter zuspitzen wird, da damit auch die Einführungsklassen nicht mehr da sein werden, die bisher Kinder mit einem Entwicklungsrückstand pädagogisch durchdacht aufzufangen vermochten.⁴

Angeichts all der geschilderten Entwicklungen ist es erst recht nicht nachvollziehbar, weshalb Primarlehrkräfte weiterhin mit einer markant höheren Pflichtstundenzahl konfrontiert sind als ihre Kolleginnen und Kollegen der Sekundarstufen, während gleichzeitig der Halbklassenunterricht – in heterogenen Lerngruppen ein wirksames Instrument! – erheblich heruntergefahren wurde.

Der enorm gewachsenen Belastung der Primarlehrpersonen muss endlich Rechnung getragen werden. Vordringlich sind hierbei:

- die Senkung der im internationalen Vergleich ohnehin extrem hohen Pflichtstundenzahl
- die Anhebung des Halbklassenunterrichts auf das einstige Niveau

Klar ist, dass eine einzelne Lehrperson dann nicht mehr allein den gesamten Unterricht in einer Klasse abdecken könnte; es sei denn, man würde die Stundentafeln der Schülerinnen und Schüler massiv redimensionieren. Da dies jedoch kaum eine Option darstellen dürfte, müssen zukünftig pro Klasse deutlich mehr Stellenprozente zur Verfügung stehen als bis dato. Kurt Reusser von der Universität Zürich empfiehlt in diesem Zusammenhang für eine Schulklasse mit 26 Kindern 200 Stellenprozente.⁵

Reformen: einmal vor und zurück

Die Folge des bildungspolitischen Bekenntnisses zu möglichst vollständiger Integration und noch mehr Heteroge-

nität in den einzelnen Klassen war sodann der Ruf nach spezialisiertem Personal in den Klassenzimmern, um den unterschiedlichen Bedürfnissen der Schülerschaft auf diese Weise gerecht werden zu können. Wer diesem Vorgang, insbesondere mit Verweis auf die Gefährdung des für die Primarstufe hinsichtlich Beziehungsarbeit so eminent wichtigen Klassenlehrerprinzips, mit Skepsis begegnete, sah sich alsbald als rückständig oder veraltet tituliert und gebrandmarkt. Und so kamen sie dann in grosser Zahl an die Schulen (oder wurden zunächst für teures Geld dafür ausgebildet): Heil- und Sozialpädagogen, Lerntherapeutinnen, DaZ-Lehrkräfte etc. Aus «Eine Klasse – ein Lehrer» wurde «Eine Klasse – viele Spezialisten».

Nur wenige Jahre dauerte es, bis die Entscheidungsträger ihrem eigenen Paradigmenwechsel nicht mehr so richtig zu trauen schienen. Wahrscheinlich hatte man festgestellt, dass «Spezialisierung» auch «Zersplitterung» bedeuten kann. Am deutlichsten zeigt sich dies bislang im Kanton Zürich. Mit dem 2014 lancierten Schulversuch «Fokus Starke Lernbeziehungen» beabsichtigt man der durch die Reform entstandenen Unruhe in den Klassenzimmern dadurch Herr zu werden, dass die Zahl der Lehrpersonen pro Klasse wieder auf zwei gesenkt wird. Dafür werden die Stellenprozente der Spezialistinnen auf die zwei Klassenlehrpersonen umgelagert. Und erst wenn diese nicht mehr weiterwissen, wenden sie sich an die Förderlehrkräfte.

Das muss man sich noch einmal vor Augen führen: Für viel Geld wird das System umgekrempelt. Als man der Fehlentwicklung gewahr wird, gibt man Gegensteuer in Richtung dessen, was vor der Systemänderung gegolten hatte. Damit das nicht zu sehr auffällt, stellt man die Rückkehr zu einem Modell mit wenigen Bezugspersonen als

Just in jener Zeit, als sich durch das neue Leitprinzip «Integration vor Separation» die Primarstufe ohnehin in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess befand, fühlte sich die Politik bemüssigt, auch noch den Einstieg in das schulische Fremdsprachenlernen vorzuverschieben.

neu erfundenen Schulversuch dar. Ein Paradebeispiel für das, was Roland Reichenbach von der Universität Zürich «erfolgreich scheiternde Bildungsreformen» nennt.

Und wer befindet sich inmitten dieser Irrungen und Wirrungen sozusagen im Auge des Sturms? Genau: die Primarlehrpersonen. In Phase 1 mussten sie mit zahlreichen spezialisierten Kolleginnen und Kollegen zusammenarbeiten, Absprachen treffen und Dokumentationen erstellen und so ganz nebenbei weiterhin die Klasse «im Griff» behalten und die Hauptverantwortung tragen. In Phase 2 bürdet man ihnen nun zu ihrem ohnehin schon ausladenden Pflichtenheft auch noch diverse Aufgaben ebendieser

Spezialisten auf. Und woher sollen sie die Ressourcen für eine fachlich fundierte Zusatzausbildung nehmen?

Im Kanton Baselland, aktuell verglichen mit dem Kanton Zürich noch in Phase 1 befindlich, beschwerten sich die Primarlehrpersonen hauptsächlich über eine als übertrieben und/oder unbewältigbar empfundene Anzahl an verordneten Sitzungen und Teamabsprachen – ein «Zeitfresser» par excellence, der oftmals Effizienz behindert, anstatt sie, wie propagiert, zu befördern.

Ein daraus resultierender Nebeneffekt besteht darin, dass in Teilzeit angestellte Primarlehrkräfte sich ebenfalls 8 bis 10 Halbtage pro Woche freihal-

ten müssen, da sie auch an Tagen, an denen sie nicht unterrichten, jederzeit zu Sitzungen aufgeboden werden können. Dass dies die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich schmälert, liegt auf der Hand.

Frühfremd

Die Frage nach den Ressourcen stellt sich auch im Bereich der Frühfremdsprachen. Just in jener Zeit, als sich durch das neue Leitprinzip «Integration vor Separation» die Primarstufe ohnehin in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess befand, fühlte sich die Politik bemüssigt, auch noch den Einstieg in das schulische Fremdsprachenlernen vorzuverschieben, konkret in das 3. Primarschuljahr für die erste Fremdsprache und in das 5. Primar-

Im Auge des Sturms: Die Primarlehrpersonen

PIXABAY



Dem Fundament von Unterricht und Elternarbeit gebührt der Vorrang gegenüber dem Verfassen von allerlei «wissenschaftlichen» Abhandlungen.

schuljahr für die zweite Fremdsprache. Dadurch gerieten die Primarlehrkräfte – auch diejenigen ohne Affinität zu Fremdsprachen – unter Zugzwang, umfangreiche Weiterbildungen zu absolvieren, um weiterhin in einem Vollpensum arbeiten zu können. Für jene Primarlehrpersonen, die kein Flair für Französisch und/oder Englisch haben, stellt der Fremdsprachenunterricht eine zusätzliche Belastung dar.

Andere Primarlehrkräfte wiederum, welche die Fremdsprachenweiterbildung (trotz ansehnlicher Ressourcierung durch den Arbeitgeber noch immer unter sehr hohem persönlichen Einsatz) absolviert hatten, durften fortan nicht mehr als Klassenlehrpersonen arbeiten, sondern wurden gegen ihren Willen zu reinen Fachlehrpersonen für Französisch oder Englisch umfunktioniert, um den Bedarf an Fremdsprachenlehrpersonen kurzfristig überhaupt abdecken zu können.

Ausbildung und Lohn

Offensichtlich entspricht es dem Willen der Politik, dass zukünftige Primarlehrkräfte in Personalunion auch Fremdsprachenlehrpersonen und Heilpädagoginnen respektive -pädagogen sind. Wenn dem so ist und wenn Qualität mehr sein soll als eine Floskel, dann wäre es aber nur ehrlich, einzugestehen, dass dies mit der bislang bestehenden Bachelor-Ausbildung nicht in Einklang zu bringen ist.

Wer Kindern den Einstieg in eine Fremdsprache vermitteln soll, muss die entsprechende Sprache auch wirklich gut beherrschen. Andernfalls muss damit gerechnet werden, dass den Kindern von Anfang an Fehler antrainiert werden, die später nur schwerlich wieder zu beseitigen sind.

Dasselbe gilt sinngemäss für den Umgang mit integrierten Kindern und deren speziellen Bedürfnissen: Wer-

den diese nicht von entsprechend gut heilpädagogisch ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet, besteht die Gefahr, dass die Integration bereits im Kindergarten oder an der Unterstufe der Primarschule irreparabel scheitert. Angesichts dessen ist es offensichtlich, dass die Bachelorausbildung für Primarlehrpersonen nicht mehr genügen kann, und zwar weder auf der Stufe Kindergarten/Unterstufe noch auf der Mittelstufe.

Die «nackte» zeitliche Verlängerung des Studiums allein führt allerdings noch nicht zum Erfolg. Neben den durch die politischen Gegebenheiten auszubauenden Inhalten hinsichtlich Fremdsprache(n) und Heilpädagogik ist nicht etwa eine verstärkte «Akademisierung» das Ziel einer gewinnbringenden Primarlehrerausbildung. Die Menge an theoretischen Arbeiten, welche die Studierenden der Pädagogischen Hochschulen verfassen müssen, übersteigt schon heute ein vernünftiges Mass.

Vielmehr muss eine noch viel stärkere Praxisorientierung im Vordergrund stehen. Statt die heute üblichen Tandem-Praktika zu überstrapazieren, müssen die Studierenden im Rahmen ihrer Ausbildung vermehrt auch wieder 1:1 jener Unterrichtssituation ausgesetzt, die sie nach Abschluss ihres Studiums erwartet. Das bedeutet, dass Einzelpraktika über mehrere Wochen, in denen die Studierenden die Verantwortung und Belastung des Berufsalltags selbst erleben, wieder Teil der Ausbildung werden müssen.

Ebenfalls ins Zentrum gerückt gehören Basics wie Jahres-, Quartals-, Wochen-, Tages- und Lektionenplanungen sowie Klassenführung – alles Dinge, die früher im mittlerweile abgeschafften Fach «Allgemeine Didaktik» gelehrt wurden. Im Weiteren gebührt der Gesprächsführung mit Erziehungsberech-

tigten ein fixer Platz inmitten der Studieninhalte, erst recht vor dem Hintergrund gewachsener Ansprüche und gestiegener Beschwerdekadenz seitens mancher Eltern.

Primarlehrerinnen und Primarlehrer sollen auch in Zukunft zuallererst «Praktikerinnen und Praktiker» sein, und entsprechend sollen weiterhin nicht nur Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, sondern mindestens im gleichen Mass auch Absolventinnen und Absolventen der Fachmaturitätsschulen diesen Beruf ergreifen. Dem Fundament von Unterricht und Elternarbeit gebührt der Vorrang gegenüber dem Verfassen von allerlei «wissenschaftlichen» Abhandlungen.

Mit einem Masterabschluss liesse sich ausserdem ein weiterer erwünschter Effekt verknüpfen: eine bessere Entlohnung. Dass z.B. im Kanton Basel-Land die Primarlehrkräfte jährlich 25'000 bis 40'000 Fr. weniger verdienen als ihre Kolleginnen und Kollegen der Sekundarstufen I und II, hat primär damit zu tun, dass innerhalb der kantonalen Lohnsystematik die formale Ausbildung einen sehr einflussreichen Parameter darstellt.

Solange in unserer Gesellschaft Männer im Durchschnitt weiterhin deutlich mehr bezahlte Erwerbsarbeit und entsprechend weniger unbezahlte Hausarbeit leisten als Frauen, werden Männer dem Lohn tendenziell auch einen höheren Stellenwert beimessen als Frauen. Dass immer weniger Männer Primarlehrer werden möchten, hängt daher sicher auch damit zusammen, dass das Gehalt einer Primarlehrkraft angesichts stagnierender oder gar rückläufiger Löhne und steigender Lebenshaltungskosten heute als Hauptverdienst einer Familie im Vergleich zu anderen Berufen, die eine ähnliche Qualifikation erfordern, nicht mehr konkurrenzfähig ist; erst

recht nicht, wenn man Lohn und Arbeitsbedingungen zueinander ins Verhältnis setzt.

Der auch in der Politik immer wieder geäusserte Wunsch, wonach Männer auch auf der Primarstufe unterrichten sollen, lässt sich daher ohne eine deutliche Erhöhung der Löhne nicht realisieren. Auch dies spricht für eine Masteraus- und Weiterbildung.

Fehlende Unterstützung seitens der kantonalen Behörden ...

Zusätzlich zu den bereits erwähnten Themen von nationaler Tragweite stösst es dem LVB auch sauer auf, wie in den vergangenen Jahren auf kantonaler Ebene von Seiten der Behörden mit der Primarlehrerschaft umgesprungen wurde. Eines der schlagendsten Beispiele hierfür war die Einführung der neuen Baselbieter Laufbahnverordnung.

Besagte Laufbahnverordnung für Primarschule und Kindergärten wurde im Kanton Baselland zwar offiziell per 1. August 2014 in Kraft gesetzt, die Schulen aber hinsichtlich der Umsetzung derselben zu grossen Teilen alleine (oder eher: im Stich) gelassen. Konkret:

- Die Laufbahnverordnung fusst auf anderen Reglementarien (Lehrplan 21, Sonderschulung), die ihrerseits im August 2014 noch gar nicht beschlossen waren. Dadurch finden sich in der Laufbahnverordnung Begriffe (Kompetenzorientierung und -raster; Verstärkte Massnahmen), die nicht mit der bestehenden Realität übereinstimmen.
- Hinsichtlich der Beurteilung mit Prädikaten stehen neu vier statt drei Prädikate zur Verfügung. Zwei davon beziehen sich auf Leistungen, welche die Grundanforderungen übertreffen, nämlich «hohe Anforderungen erfüllt» und «erweiterte

Anforderungen erfüllt». Nur: Wo die Grenze zwischen diesen beiden Prädikaten verläuft, wurde nirgendwo definiert! Einmal mehr galt das Motto: Ihr müsst halt selber schauen, wie ihr das macht.

- Die Beurteilungskriterien für die Gesamtbeurteilung in den Standortgesprächen wurden vom AVS im Rahmen einer Handreichung erst Mitte November 2014 zur Verfügung gestellt, also dreieinhalb Monate nach dem Inkrafttreten der Verordnung – und damit zu einem Zeitpunkt, als an vielen Schulen bereits Standortgespräche stattgefunden hatten. Nicht unterschlagen werden soll, dass ab November 2014 dann zumindest Weiterbildungen zur neuen Laufbahnverordnung angeboten wurden, die von den Teilnehmenden als inhaltlich zufriedenstellend taxiert werden.
- Wandten sich Primarlehrkräfte im Kontext der Laufbahnverordnung direkt an das AVS, wurden sie dort nicht selten telefonisch mit dem unbrauchbaren Verweis auf «Teilautonomie und lokale Deutungshoheit» abgewimmelt. So etwas passiert, wenn das Verwässern von Verantwortung Methode hat. Zahlreiche Betroffene meldeten sich deswegen erzürnt beim LVB.

Die Frage muss erlaubt sein: Wäre man mit Gymnasiallehrpersonen gleich umgegangen wie mit den Primarlehrkräften? Fest steht jedenfalls, dass die neue Bildungsdirektorin zwingend verhindern muss, dass ihre Verwaltung auch in der neuen Legislatur derart misslungene Prozesse lostritt, wenn eine verbesserte Stimmung an den Schulen und ein grösseres Vertrauen der Lehrerschaft in die kantonalen Behörden angestrebt werden soll.

... und Probleme mit Schulleitungen

Als Berufsverband der Lehrpersonen

werden dem LVB in Bezug auf unerfreuliche Vorgänge und Ereignisse an den Schulen in der Regel nur die Versionen der betroffenen Lehrkräfte zugetragen. Dessen ist sich der LVB bewusst. Ebenfalls weiss der LVB darum, dass es für eine Schulleitung unmöglich ist, organisatorisch die Fäden in der Hand zu behalten und gleichzeitig alle Wünsche aller Mitarbeitenden zu erfüllen. Trotzdem müssen wir nüchtern konstatieren, dass Schulleitungen den Arbeitsalltag der Lehrpersonen nicht einfach pauschal erleichtern, sondern diesen durchaus auch erschweren können – schlimmstenfalls bis zur Unerträglichkeit.

Wir erinnern uns: Mit der Einführung geleiteter Schulen installierte man bewusst Schulleitungen, denen weitreichende Weisungsbefugnisse nicht nur organisatorischer, sondern auch pädagogischer Art zugesprochen wurden. Diese Konstellation hat zu einem Bündel potenzieller Konfliktherde zwischen Schulleitung und Kollegium beigetragen, welches wir in unserer Analyse zur LCH-Berufszufriedenheitsstudie in diesem Heft (S. 34) ausführlich beleuchten.

Aufgrund der Ergebnisse der LCH-Studie, aber auch einer Fülle von Meldungen betroffener Mitglieder kommt der LVB nicht um die Feststellung herum, dass es einige Schulleitungen in unserem Kanton geben muss, die mit ihrer anspruchsvollen Funktion überfordert sind – was andererseits nicht verwunderlich ist, wenn man bedenkt, wie schwierig sich die Suche nach geeigneten Führungspersonlichkeiten auch in der Privatwirtschaft oft gestaltet. Im Zentrum der Kritik steht dabei die Thematik der Personalführung in all ihren Schattierungen. Aus Sicht des LVB spricht daher vieles dafür, dass sowohl Ausbildung als auch Rolle der Schulleitungen überdacht und in einigen Aspekten neu definiert werden müssen.

Etwas polemisch könnte man sagen, dass Politik, Verwaltung und Forschung drauf und dran sind, auch noch die letzten Überreste dessen, was den Primarlehrerberuf einst für dafür Berufene so attraktiv gemacht hat, zu zerstören.

Letzte Refugien der Berufszufriedenheit unter Beschuss

Die zuvor skizzierten Elemente fokussieren auf die negativen Aspekte des Primarlehrerberufs. Natürlich widerspiegelt das nicht die berufliche Tätigkeit in ihrer Gesamtheit. Der Primarlehrer Nicolas de Kinkelin sah sich in der NZZ zu erläutern veranlasst, weshalb er seinen Beruf immer noch für einen der schönsten hält: «Wenn ich – wie viele meiner Kolleginnen – trotzdem gerne Schule gebe, dann nicht, weil ich gegen Widrigkeiten immun bin. Im Gegenteil. Ich komme immer wieder an meine Grenzen, die Burn-out-Zahlen machen mir Sorgen, und ich wünschte mir Reformen, die uns mehr Zeit für die Schüler verschaffen. Nein. Ich bin gerne Lehrer, weil das Unterrichten von Kindern wunderbare Seiten hat, die alle Schattenseiten noch immer aufwiegen. Das hat mit Vielfalt, Gestaltungsfreiraum, Menschlichkeit und Lebensnähe zu tun. [...] Geradezu herrlich sind für mich die Gestaltungsmöglichkeiten. Ich kann beinahe alles selbst gestalten. Vom Arbeitsblatt über die Unterrichtsform, den Tagesablauf und das neue Thema bis zur Theaterprojektwoche. [...] Ich schätze die Freiheit, meine Arbeit neben dem Unterricht selbst einzuteilen. Ich arbeite zwar viel neben den Schulzeiten, auch in den Ferien, aber es ist ein Plus, selber zu entscheiden, wann und wo ich das tue.»⁶

Der Befund ist eindeutig: Neben der Freude an der Arbeit mit den Kindern sind es die Freiheit und der Freiraum in

der Gestaltung seines Unterrichts und in der Einteilung seiner Arbeitszeit, die de Kinkelin trotz der vielseitigen Belastungen im Lehrerberuf halten. Nur: Sein Artikel erschien vor fünf Jahren. Seither sind exakt diese Freiheiten und Freiräume unter massiven Beschuss geraten: Die verordnete Kooperation ist auf dem Vormarsch und wird als alternativloses Nonplusultra der Unterrichtsvor- und -nachbereitung lobgepriesen; hinzu kommt ein spürbar um sich greifender Methodenfetischismus, welcher den schulischen Gestaltungsfreiraum zu erdrücken droht.

Etwas polemisch könnte man sagen, dass Politik, Verwaltung und Forschung drauf und dran sind, auch noch die letzten Überreste dessen, was den Primarlehrerberuf einst für dafür Berufene so attraktiv gemacht hat, zu zerstören. Dagegen kämpft der LVB an. Aus Überzeugung. Und aus Notwendigkeit.

Den richtigen Zeitpunkt gibt es nicht

Ein Gedanke zum Schluss: Womöglich halten Sie, geschätzte Leserin, geschätzter Leser, es für naiv und realitätsfremd, in einer Zeit tabuloser Sparbestrebungen bessere Anstellungsbedingungen für Primarlehrkräfte zu fordern. Dem sei entgegengehalten: Jetzt erst recht müssen diese Forderungen gestellt werden! Die Rahmenbedingungen an den Primarschulen wurden in den vergangenen 15 Jahren – politisch gewollt – massiv abgeändert. Die Anstellungsverhältnisse da-

gegen unterlagen bestenfalls kosmetischen Anpassungen. Das darf kein Dauerzustand bleiben!

Der LVB hält sich in seiner Argumentation an Tatsachen. Gemäss Aldous Huxley lassen sich Tatsachen nicht dadurch aus der Welt schaffen, dass man sie ignoriert. Wegsparen kann man sie übrigens auch nicht.

¹ Lehrpersonen der Kindergärten sind ausdrücklich mitgemeint

² Carl Bossard, Der Glaube an Plan und Papier, Journal 21, 15.04.2015

³ Albert Camus, Der erste Mensch, Rowohlt Taschenbuch Verlag, 1997

⁴ Mehr Informationen dazu finden Sie im Artikel «Unterricht im 1. Zyklus; Schwerpunkt Kindergarten» im vorliegenden Heft.

⁵ Zwei Lehrer pro Schulklasse sollen es richten, Tages-Anzeiger, 04.07.2013

⁶ Nicolas de Kinkelin, «Ich bin gerne Lehrer», Neue Zürcher Zeitung, 21.11.2010

Dieser Text wurde vor der Publikation einer stattlichen Anzahl an Primarlehrpersonen zum Gegenlesen vorgelegt und mit deren Anregungen ergänzt. Diesen Lehrpersonen gilt an dieser Stelle unser ausdrücklicher Dank. Die LVB-Geschäftsleitung ist interessiert an weiteren Rückmeldungen der Kolleginnen und Kollegen an den Primarschulen, um das Argumentarium des Verbands zu schärfen und die daraus abgeleiteten Forderungen zu konkretisieren. Es stellen sich daher die folgenden Fragen:

- **Deckt sich der Inhalt dieses Artikels mit Ihren eigenen Erfahrungen?**
- **Haben wir etwas Wichtiges übersehen?**
- **Ist die Argumentation an einer Stelle nicht stimmig?**

Bitte schreiben Sie uns an info@lvb.ch. Für Ihre Mithilfe danken wir Ihnen bestens.

Die Forderungen des LVB zu Ausbildung und Arbeitsbedingungen der Primarschullehrpersonen

1. Die Ausbildung der Primarlehrerinnen und Primarlehrer schliesst mit einem Master ab. Sie ist betont praxisnah und ausserdem so konzipiert, dass eine Primarlehrperson nach Abschluss ihres Studiums in einer Schulklasse in einem halben oder einem vollen Pensum unterrichten kann. Für die Stufe Kindergarten/Unterstufe beinhaltet sie obligatorisch eine heilpädagogische Ausbildung, für die Mittelstufe die fundierte Ausbildung in einer Fremdsprache. Altrechtlich ausgebildeten Primarlehrpersonen wird es ermöglicht, den Masterabschluss berufsbegleitend nachzuholen, wobei bereits geleistete Weiterbildungen in den Bereichen Heilpädagogik und Fremdsprachen selbstredend zu 100% anerkannt werden.
2. Das Pflichtpensum beträgt für Klassenlehrpersonen 24 Lektionen, für Primarlehrkräfte ohne Klassenlehramt 26 Lektionen.
3. Der Halbklassenunterricht wird wieder auf das frühere Niveau hinaufgefahren. Zusammen mit Forderung 2 bedingt dies eine deutliche Aufstockung der pro Schulklasse zur Verfügung stehenden Stellenprozente.
4. Die Klassengrösse orientiert sich am Richtwert von 20 Kindern. Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen (mangelnde Deutschkenntnisse; geistige, körperliche, sensorische oder soziale Defizite, welche einen besonderen Betreuungsaufwand verursachen) werden hierbei doppelt gezählt. Es wird eine bedürfnisgerechte Betreuung der ISF-Schülerinnen und -Schüler sichergestellt.
5. Das Klassenteam erhält ein Mitspracherecht hinsichtlich der Aufnahme von Integrationsschülerinnen und -schülern.
6. Das Klassenteam organisiert die notwendigen Absprachen weitestgehend selbst.
7. Ausbildung und Rolle der Schulleitungen werden überprüft und gegebenenfalls in Teilen neu definiert.

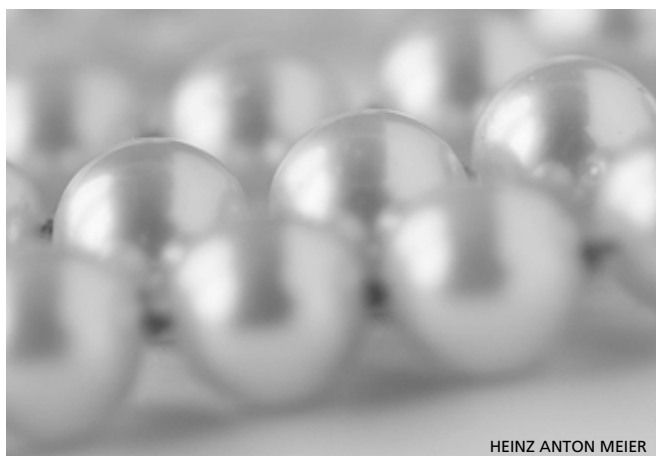
Perlenfischen

Perle 2: «Warum Bildung unnütz sein muss»

Wo: Basler Zeitung Online

Wer: Philippe Weber; Historiker, Gymnasiallehrer und Dozent für Fachdidaktik
Geschichte

Wann: 29. Juni 2015



HEINZ ANTON MEIER

«Wenn über die Matura-Quote diskutiert wird, geht es scheinbar um Sein oder Nicht-Sein. Die Zukunft, so die eine Seite, gehöre der Wissensgesellschaft. Wenn die Schweiz im Kampf um diese Zukunft die Nase vorn haben möchte, so müssen die Matura- und die Akademikerquoten dringend angehoben werden. Die Berufslehre stamme aus der Vergangenheit der Handwerks- und Industriegesellschaften. Die andere Seite will in solchen Predigten Irrlehren erkennen, die uns arbeitslose Akademiker, unnötige Beamte und praxisferne Chefs bescheren. Auch in der Zukunft brauche es praxisnahe Berufsleute. Das duale Bildungssystem weise deshalb den Weg in eine goldene Zukunft. Beide Positionen verpassen zielsicher eine grundlegende Dimension von Bildung, wie sie seit dem 19. Jahrhundert im bürgerlichen Denken geprägt worden ist. Bildung definierte sich darin gerade in Abgrenzung zur Nützlichkeit, zur Verwertung. Die allgemeine Schulpflicht realisierte gegen massiven Widerstand genau diesen Gedanken. Die Kinder sollten der Welt der Erwachsenen entzogen werden, um sich einer unnützen Sache zu widmen: Der Auseinandersetzung mit der Welt, der Natur und der Kultur. Wer über die Zukunft der Bildung nachdenkt, sollte das bürgerliche Erbe des 19. Jahrhunderts nicht leichtfertig ausschlagen. [...] Ihr Wert ergibt sich [...] weiterhin durch den Aufschub von Verwertungsstrategien. Bildung war und ist vorerst ein Ziel an sich, der Nutzen der Bildung liegt in der Bildung. Alle weitergehenden Ziele von Bildung – wirtschaftliche, staatsbürgerliche oder ethische – setzen diesen vorübergehenden Verzicht auf Nützlichkeit voraus. Genau das unterscheidet Bildung von Ausbildung. Der Fokus auf Bildung als unnütze Sache ermöglicht einen ande-

ren Blick auf die Schweizer Bildungslandschaft nach der obligatorischen Schulzeit: Die Berufsschulen bieten nicht nur eine Berufsausbildung, sondern auch Allgemeinbildung an, und mit der Berufsmatura wurde diese Ausrichtung für interessierte Jugendliche noch verstärkt; die Gymnasien führen nicht nur zur Hochschulreife, sondern lassen die Jugendlichen in die Welt des Wissens eintauchen; die nicht-gymnasialen Mittelschulen (u.a. Wirtschafts- bzw. Handelsmittelschulen und Fachmittelschulen) bereiten nicht nur auf Berufsfelder vor, sondern befriedigen und entfachen mit vielfältigen Inhalten die Neugier junger Menschen. Alle nachobligatorischen Schulen schaffen also auf unterschiedliche Weise jene Freiheit, für die im 19. Jahrhundert ein neuer Lebensabschnitt erfunden wurde: die Jugend. Wenn wir es ernst mit der Freiheit nehmen, muss die Vielfalt der Bildungsangebote verteidigt und ausgebaut werden. Die Möglichkeit einer Vollzeit-Schule sollte deshalb nicht für die leistungsstärksten Schülerinnen und Schüler reserviert bleiben, sondern mit den nicht-gymnasialen Mittelschulen noch verstärkt anderen geeigneten Jugendlichen offen stehen. Umgekehrt sollte die Berufsmatura dank einem anspruchsvollen Bildungsangebot auch für die Leistungsstärksten attraktiv sein. Und schliesslich sollte der Anteil der Allgemeinbildung an den Berufsschulen ausgebaut werden. Bildung für alle, darum geht es! Dreh- und Angelpunkt einer Bildungsoffensive muss also nicht zwangsläufig die Matura-Quote sein. [...] Entscheidend ist [...] vielmehr, dass die Schulen nicht von Interessen der direkten Verwertbarkeit vereinnahmt werden. Die Funktion des Gymnasiums darf nicht darin bestehen, ausschliesslich Kompetenzen für das Hochschulstudium oder gar einer bestimmten Studienrichtung aufzubauen, und der Ausbau der Allgemeinbildung in der Berufslehre darf nicht gestoppt werden. Sie glauben, dass meine Position weltfremd ist? Unterschätzen Sie nicht die Strategien des Bürgertums im 19. Jahrhundert. Bürgerliche Denker entdeckten damals die offene Zukunft: Die Entwicklung der Persönlichkeiten und der Märkte ist ungewiss, und deshalb muss jede Investition in die Zukunft auch ein wenig unnütz sein.»

Für LCH-Mitglieder:

25% Rabatt beim Anlegen



LCH-Mitglieder sparen 25%* bei Depotgebühren und Courtage. Noch mehr Vorzugskonditionen finden Sie unter www.bankcoop.ch/lch.

fair banking
bank coop

* Minimalgebühr pro Depot CHF 45.– statt CHF 60.–, Minimumcourtage für Transaktionen an der CH-Börse CHF 67.50 statt CHF 90.–.

LCH-Berufszufriedenheitsstudie 2014: Der Kanton Baselland als Schlusslicht

Von Roger von Wartburg und Michael Weiss

Hinsichtlich der LCH-Berufszufriedenheitsstudie der Lehrkräfte für das Jahr 2014 liegt der Kanton Baselland im Vergleich mit 19 anderen Deutschschweizer Kantonen gesamthaft am Ende der Tabelle. An der Studie haben insgesamt über 14'000 Lehrpersonen aller Schulstufen teilgenommen, davon rund 600 aus Baselland. Es handelt sich hierbei um die erste grosse Berufszufriedenheitsstudie seit 2006. Eine Suche nach Ursachen für die Malaise.

Wo Negativabweichungen zu lokalisieren sind

In «klassischen Bereichen» wie dem Unterricht mit der eigenen Klasse, der Elternarbeit oder der Unterstützung durch spezialisierte Dienste weisen die Lehrpersonen in BL keine Auffälligkeiten im Vergleich zur restlichen Deutschschweiz aus.

Über alle 14 in der Studie erfassten Teilbereiche hinweg kommt der Baselbieter Mittelwert auf einer Skala von 1 bis 6 bei 4.03 zu liegen – was der «roten Laterne» entspricht. Die Kantone mit den positivsten Auswertungen erreichen einen Durchschnitt von 4.49.

Die Baselbieter Lehrerschaft zeigt dabei nicht etwa pauschale Frustrationsercheinungen: In «klassischen Bereichen» des Berufsstandes wie dem Unterricht mit der eigenen Klasse, der Elternarbeit oder der Unterstützung durch spezialisierte Dienste weisen die Lehrpersonen aus unserem Kanton keine Auffälligkeiten zur restlichen Deutschschweiz aus.¹

Hingegen manifestieren sich in anderen Bereichen teilweise eklatante Negativabweichungen, am deutlichsten in den Bereichen «Weiterbildung», «Ausstattung am Arbeitsplatz» sowie «schulische Reformen».

Dem Arbeitgeber ebenfalls zu denken geben sollten weitere, wenn auch weniger markante Negativabweichungen hinsichtlich «Schulleitungen» und «Balance Arbeits-/Erholungszeit». In vielen Teilbereichen unterscheiden sich die Baselbieter Resultate im Übrigen zwischen den einzelnen Schulstufen sowie nach Alterskategorien und Beschäftigungsgrad der Lehrpersonen nur unwesentlich.

Weiterbildung, Ausstattung am Arbeitsplatz und schulische Reformen

Die umfassenden Reformen in den vergangenen zehn Jahren sind massgeblich verantwortlich für das negative Abschneiden in der LCH-Berufszufriedenheitsstudie.

Aus Sicht des LVB müssen diese drei Themen, welche die auffallendsten Negativabweichungen zeigen, zusammenhängend betrachtet werden. Als Ursprung ist – neben reinen Finanzfragen – eine Anzahl umfassender Reformen zu betrachten, die in den vergangenen zehn Jahren in hoher Kadenz und mit weitreichenden Folgen die Baselbieter Schulen erfasst haben:

Strukturreform ohne Mehrwert

Das erfolgreiche Modell 5/4 wurde der landesweiten Schulharmonisierung geopfert. Der einzig wirkliche Harmonisierungsknackpunkt, die Fremdsprachenthematik, bleibt ungelöst.

Der landesweiten Schulharmonisierung wurde das in Baselland bewährte und von vielen Seiten geschätzte Modell 5/4 geopfert – nüchtern betrachtet eine reine Strukturreform ohne pädagogischen Mehrwert, dafür aber mit hohen Mehrkosten vor und während des Systemwechsels (Schulbauten, Fortbildungsbedarf). Hinsichtlich Qualität und Akzeptanz des bestehenden Schulsystems bestand – im Unterschied zu gewissen anderen Kantonen – an sich kein Anlass für diese Umstellung, auch nicht gemäss der Einschätzung der Mehrheit der Baselbieter Lehrpersonen. In deren Wahrnehmung hat sich Baselland hier bereitwillig als Lokomotive eines Vereinheitlichungszuges einspannen lassen –

ohne zu bedenken, was dabei an Bewährtem verloren geht, während der einzig wirkliche Harmonisierungsknackpunkt, die Fremdsprachenthematik, ungelöst bleibt. Auf der Sek I führte der Systemwechsel ausserdem zum Abbau eines Viertels aller Stellen, was Ängste vor Arbeitslosigkeit und sehr schlechte Perspektiven für junge Lehrpersonen auf dem Arbeitsmarkt nach sich zog. Übrigens: Der Kanton Tessin hat für sein 5/4-Modell gekämpft – und kann es auch in Zukunft weiterführen.

Der Spardruck hat zu einem gewaltigen Investitionsstau geführt. Viele Baselbieter Schulen sind vollkommen veraltet. Gleichzeitig werden riesige Summen in die Bauten der FHNW investiert.

Veraltete Infrastruktur

Das ewige Hickhack zwischen Gemeinden und Kanton betr. der Zuständigkeit für die Sekundarschulbauten sowie der Spardruck haben zu einem gewaltigen Investitionsstau in diesem Bereich geführt. Selbst überfällige Sanierungsmassnahmen werden auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben – in der Presse wurde unlängst darüber berichtet. Aus diesem Grund ist die Infrastruktur vieler Baselbieter Schulen (dies aber nicht nur auf der Sek I) vollkommen veraltet. Am Gymnasium Münchenstein musste gar die Schülerschaft öffentlichkeitswirksam demonstrieren, damit endlich der politische Wille entstand, den unzumutbaren Rahmenbedingungen Abhilfe zu schaffen. Lehrpersonen, die aus einem anderen Kanton ins Baselbiet wechseln, melden sich beim LVB, um sich zu erkundigen, ob die Infrastruktur hier flächendeckend derart antiquiert sei wie an ihrem neuen Arbeitsort. Ein paar Stichwörter zur Thematik: von den Wänden rieselnder Putz; fehlende oder sich in desolatem Zustand befindliche sanitäre Anlagen; inexistenten Isolation der Gebäude (unerträgliche Hitze im Sommer, empfindliche Kälte im Winter); in Klassenzimmer eindringender Regen; Nagetierbefall, zu kleine Schulzimmer, durch Abbau beim Reinigungspersonal bedingte prekäre hygienische Situation etc. Gleichzeitig liest die Lehrerschaft als Kontrastprogramm, was für Kosten die Bauten der FHNW auslösen – und kommt aus dem Staunen kaum mehr heraus. Nicht, dass man der Tertiärstufe eine schlechte Infrastruktur wünschte, aber wenn einem ständig vorgehalten wird, wie stark die Bildungskosten ansteigen würden, man im Alltag aber feststellen muss, dass davon bei einem selber nichts ankommt, dann schlägt dies auf die Moral.



Viele obligatorische Lehrmittel können wegen der unzureichenden ICT-Situation an etlichen Schulen nicht wie vorgesehen eingesetzt werden. Die Chancengerechtigkeit wird verunmöglicht.

Unzureichende ICT-Mittel

Ebenfalls vollkommen unzureichend ist die ICT-Situation. Viele obligatorische Lehrmittel setzen auf digitale Medien, deren Einsatz mangels entsprechender Infrastruktur an etlichen Schulorten aber gar nicht oder jedenfalls nicht im vorgesehenen Mass möglich ist. Auch darüber wurde bereits in der Presse berichtet. Auf diese Weise wird Chancengerechtigkeit zwischen den Schülerinnen und Schülern verunmöglicht. Ausserdem erteilt man so den Lehrkräften verbindliche Aufträge, die sie aufgrund der Rahmenbedingungen gar nicht erfüllen können. Weitere Stichwörter: veraltete Office-Programme (.docx oder .pptx lassen sich nicht öffnen); instabiler Internetzugang; eine Handvoll Computer für mehrere Dutzend Lehrkräfte an einem Schulstandort etc. Die Folge: Viele Lehrper-



Die neue Stundentafel reduziert die gezielte Berufswahlvorbereitung im Niveau A der Sek I. Der Einstieg ins Berufsleben wird erschwert.

Obwohl es bei weitem nicht genügend ausgebildete Heilpädagoginnen und Heilpädagogen gibt, hat das integrative Modell das Schulsystem verteuert.

Extrem verhaltensauffällige Kinder und divergierende Vorstellungen zwischen Klassenlehrpersonen und Heilpädagogen führen zu Konflikten.

Für einen Teil der Primarlehrpersonen bedeuten die (Früh-)Fremdsprachen eine Belastung.

sonen, die ohnehin schon jede(r) für sich zuhause eine in hohem Masse für ihren Unterricht genutzte Büroinfrastruktur auf eigene Kosten unterhalten, müssen ihre privaten portablen Geräte ohne irgendeine Entschädigung auch noch in die Schule mitnehmen, da es ihnen dort an funktionstüchtiger Hard- und Software fehlt. Und die entsprechende Dienststelle für ICT des Kantons ist notorisch unterbesetzt.

Qualitätsabbau im Bereich Berufswahlvorbereitung

Mindestens ein Teil der jüngsten Reformen wird ganz klar zu einem Qualitätsabbau führen – und die betroffenen Lehrkräfte wissen das. Nehmen wir die Berufswahlvorbereitung im Niveau A der Sek I: Mit der neuen, für alle Niveaus einheitlichen Stundentafel (als Vereinheitlichung zwischen BS und BL konzipiert) soll angeblich die Durchlässigkeit zwischen den drei Sek-Niveaus erhöht werden – welch Exempel technokratischer, praxisferner Ideologie! Dafür geopfert hat man eine realistische Ausrichtung der jeweiligen Niveaus auf die Bedürfnisse so gut wie aller dort zu unterrichtenden Schülerinnen und Schüler. Für die Unterstützung beim Einstieg ins Berufsleben wird auf dem Niveau A künftig deutlich weniger Zeit als bis anhin bleiben, was den tatsächlichen Erfordernissen vollständig zuwiderläuft. Genau solche Auswüchse sind es, die gestandene Lehrkräfte unzufrieden werden lassen.

Integrative Schulung: Anforderungen und Kosten

Der Systemwechsel hin zur integrativen Schulung hat für einen Teil der zu integrierenden Kinder zu einer Verbesserung geführt. Integration ist ein komplexes, situativ zu beurteilendes Unterfangen, das gelingen oder misslingen kann. Grad und Art(en) des Unterstützungsbedarfs sowie die tatsächlich zur Verfügung stehende spezielle Unterstützung eines Kindes halten sich vielerorts nicht die Waage – mit entsprechender Mehrbelastung für die Regellehrpersonen. Inner-schulisch hat die Integration zudem neue Konfliktfelder eröffnet, z.B. verursacht durch extrem verhaltensauffällige Kinder, aber auch hinsichtlich stark divergierender Vorstellungen zwischen Klassenlehrpersonen und den ihnen zur Seite gestellten Heilpädagoginnen und Heilpädagogen. Von Letzteren gibt es im Übrigen nach wie vor viel zu wenige, sodass die integrative Förderung an zahlreichen Standorten von nicht adäquat ausgebildetem Personal besorgt werden muss. Und: Entgegen der Beteuerungen im Vorfeld hat das integrative Modell das Schulsystem nicht etwa kostengünstiger gemacht, sondern vielmehr verteuert, was den ohnehin bestehenden Kostendruck auf die Schulen in naher Zukunft zusätzlich erhöhen wird.

Frühfremdsprachen an der Primarschule

Die Einführung der Frühfremdsprachen – deren Mehrwert zumindest als fraglich gilt – hat die Primarlehrpersonen (und darunter eben auch eine stattliche Anzahl ohne Affinität zu Fremdsprachen) faktisch dazu gezwungen, die umfangreichen Fortbildungen dafür zu absolvieren, wenn sie weiterhin in einem Vollpensum arbeiten wollten. Primarlehrpersonen haben sich aber im Rahmen ihrer persönlichen Berufswahl nicht bewusst dafür entschieden, Fremdsprachen unterrichten zu wollen. Durch die Umstellung auf (mehr) Frühfremdsprachen hat man sie nachträglich in diese Rolle gedrängt. Ein Teil von ihnen macht das gerne und hat ein Flair für Fremdsprachen – für die anderen jedoch ist es ein Muss oder gar eine als Belastung empfundene Zusatzaufgabe.



Die Fortbildungsgefässe für Passepartout und die neuen Sammelfächer zeugen von Konzeptlosigkeit.

Fragwürdiges Fortbildungskonzept

Auf der Sek I müssen alle Lehrpersonen, die Fremdsprachen unterrichten, in den kommenden Jahren bis zu 24 Halbtage lang eine verordnete Fortbildung absolvieren, nur um weiterhin jene Fächer unterrichten zu dürfen, die sie jahrelang studiert und erfolgreich abgeschlossen haben. Notabene: Andernfalls verlieren sie ihre Unterrichtsberechtigung! Das sorgt für Kopfschütteln und Frustration; erst recht, wenn man im Vergleich dazu sieht, mit was für einer unzureichenden Ausbildung Lehrpersonen der Sek I dafür «fit» gemacht werden sollen, eines der neuen Sammelfächer (z.B. Biologie/Chemie/Physik) zu unterrichten, obwohl sie nur einen Teilbereich des Sammelfaches studiert haben. Man vergleiche: Eine Fremdsprachenlehrerin, die 4 Jahre lang an der Universität Französisch und Englisch studiert und abgeschlossen hat, muss 24 Halbtage in die Fortbildung, sonst darf sie nicht mehr weiter Fremdsprachen unterrichten. Ein Physiklehrer ohne jegliches Studium der Fächer Biologie und Chemie dagegen soll sich künftig nach einer Schnellbleiche im Umfang von 10 ECTS-Punkten (ein Masterstudium an der Universität umfasst 270 bis 300 ECTS-Punkte) auch als Biologie- und Chemielehrer bezeichnen dürfen. Beide Weisungen kommen vom gleichen Arbeitgeber. Wer soll das verstehen?



Immer weniger Fachlichkeit, immer mehr Management.

Individuelle Weiterbildung im Abseits

Die persönliche professionelle Entwicklung der Lehrpersonen innerhalb ihres Berufs hat massiv an Bedeutung verloren. Konnten die Lehrpersonen früher weitgehend selbst bestimmen, in welche Richtung sie sich weiterbilden wollten oder sollten, nehmen verordnete Fortbildungen heute einen derart grossen Raum ein, dass für eine individuelle Entwicklung gar keine Zeit mehr da ist. Auffällig ist im Weiteren der offensichtliche Abbau an fachspezifischen Weiterbildungsmöglichkeiten zulasten von Angeboten in den Bereichen Schul-, Organisations- und Qualitätsmanagement.

Der LVB hat in der Vergangenheit, gestützt auf die Rückmeldungen der Basis, die BKSD immer wieder auf die Unzufriedenheit der Lehrkräfte in den genannten Bereichen hingewiesen. Die Stossrichtung der Antworten war stets dieselbe: Das stimme nicht mit den BKSD-eigenen Evaluationen überein; in Wahrheit sei die Lehrerschaft grossmehrheitlich zufrieden mit den Entwicklungen; Veränderungen würden halt immer Ängste und Ablehnung hervorrufen; der Kanton Baselland sei insgesamt bestens auf Kurs.

Der Arbeitgeber muss die Kritik der Basis endlich ernst nehmen!

Spätestens nach dieser Studie sollte der Arbeitgeber endlich genauer hinsehen. Betrachtet man nämlich beispielsweise den Bereich «schulische Reformen» im

Detail, dann erkennt man, dass die Teilbereiche mit den eklatantesten Negativabweichungen allesamt direkt im Einflussbereich der kantonalen Bildungsdirektion liegen:

- **Steuerung der Reformen durch den Kanton**
- **Ressourcen zur Umsetzung (u.a. Personal und Knowhow)**
- **seriöse Einführung und Umsetzung der Reformen im Schulwesen**

Schulleitungen und Balance Arbeits-/Erholungszeit

Mit dem 2003 eingeführten neuen Bildungsgesetz veränderte sich das Machtgefüge an den Schulen entscheidend: Aus dem Schulleiter als «Primus inter pares» wurde ein Vorgesetzter in einer veritablen «Chefrolle». Die nun steilere Hierarchie erteilte den teilautonom gewordenen Schulleitungen Weisungsberechtigung in personeller, administrativer und organisatorischer Hinsicht. Damit wurden auf einen Schlag an jedem noch so kleinen Schulstandort eine oder mehrere Führungspersönlichkeiten erforderlich, die über eine Vielzahl an sehr anspruchsvollen Kompetenzen (menschlich, fachlich, organisatorisch) verfügen sollten. 2010 wurde den Schulleitungen vom Kanton auch noch die pädagogische Weisungsberechtigung übertragen.

Die Hierarchisierung der Schulstrukturen führt mancherorts zu üblen Zerwürfnissen.



FOTOLIA

Die Beurteilung ihrer Schulleitungen durch die Baselbieter Lehrerschaft liegt zwar insgesamt noch im knapp genügenden Bereich, dennoch zeigt sich auch hier eine Negativabweichung im Vergleich zum LCH-Durchschnittswert. Zu vermerken ist, dass im Kanton Baselland die Schulleitungen der Gymnasien höher bewertet wurden als jene an der Volksschule.

Die Situation an den Schulen präsentiert sich heute höchst unterschiedlich. Es gibt Schulen, wo sich innerhalb des neuen Systems eine gute, wertschätzende Schulkultur etabliert hat. Es liegt dem LVB daher fern, pauschale Vorwürfe an die Adresse der Schulleitungen zu erheben. Selbstredend ist es auch nicht die Absicht des LVB, jeden an einer Schule entstehenden Konflikt einfach den Schulleitungen in die Schuhe schieben zu wollen.

Dennoch muss sich ein Berufsverband in dieser Situation auch auf die Suche nach Erklärungen für die Baselbieter Negativabweichung im Bereich der Schulleitungen machen. In diesem Kontext verfügt der LVB über eine massgebliche Quelle: die Fallstatistik des LVB-Ressorts «Beratung und Rechtshilfe». Darauf ba-

sierend – und ohne über entsprechendes Datenmaterial aus anderen Kantonen zu verfügen – interpretiert der LVB die in der Studie zum Ausdruck kommende Unzufriedenheit entlang der folgenden Konfliktherde:

Was ist schlimmer als das Ausbleiben von Partizipation? Scheinpartizipation.

Scheinpartizipation: Pluralismus unerwünscht

Innerhalb des Bereichs «Schulleitungen» wird an der Volksschule die «Mitsprache des Kollegiums bei relevanten Inhalten» mit grossem Abstand am negativsten bewertet. Aus Sicht des LVB sind gute Lehrkräfte echte Persönlichkeiten. Starke Schulleitungen können starke Persönlichkeiten (nicht zu verwechseln mit Querulanten) und abweichende Meinungen akzeptieren und im besten Falle gewinnbringend einbinden. Höchst problematisch ist es, wenn hinsichtlich der Schulentwicklung zwar der Eindruck eines hohen Masses an Partizipation erweckt wird, die Lehrkräfte im Nachhinein aber feststellen müssen, dass in Wahrheit Pluralismus und kritisches Denken unerwünscht sind und die von ihnen in die Mitwirkung investierte Zeit nur dazu diente, den Anschein von Partizipation zu wahren. Wenn in Wirklichkeit zu jenem Zeitpunkt, wo z.B. das Kollegium über ein Schulentwicklungsprojekt informiert wird, längst schon alles entschieden ist und etwaige Anpassungen gar nicht eingeplant sind, dann wird Partizipation in ihr Gegenteil verkehrt. Solche Erfahrungen führen zu einem tiefgreifenden Motivations- und Vertrauensverlust.

Der Zwang zu Methoden und Vorgehensweisen, die der eigenen Überzeugung zuwiderlaufen, ist ein veritabler Krankmacher.

Pädagogische Weisungsberechtigung der Schulleitung

Die 2010 (nachträglich) den Schulleitungen zugeschlagene Weisungsberechtigung in pädagogischer Hinsicht erweist sich – wie vor deren Realisierung vom LVB prognostiziert – im Schulalltag als Gordischer Knoten. Aus Sicht des LVB ist eine pädagogische Weisungsberechtigung der Schulleitung dort gerechtfertigt, wo es um übergeordnete Themen geht (z.B. Regeln des Disziplinarwesens). In der Realität entzünden sich emotionale Konflikte aber dort, wo die pädagogische Weisungsberechtigung mit methodisch-didaktischen Inhalten vermischt wird, wenn also z.B. ein Schulleiter, der für das entsprechende Fach gar nicht ausgebildet ist, einem Mathematiklehrer im Detail verordnen will, welche Methoden dieser in seinem Unterricht anzuwenden habe – und zwar nicht etwa, weil der Unterricht dieses Lehrers tatsächlich Mängel aufweisen würde, sondern weil der Vorgesetzte seinem Angestellten eine bestimmte Konzeption überstülpen will. Auch hier gilt wieder: Im übergeordneten Sinne (z.B. wertschätzender Umgang mit den Schülerinnen und Schülern) ist dies aus Sicht des LVB zulässig, nicht aber in Bezug auf das eigentliche «Unterrichtshandwerk». Unterrichten ist eine sehr persönliche Tätigkeit; dabei zu einer Vorgehensweise verknürrt zu werden, die im Widerspruch zur eigenen Überzeugung und Berufserfahrung steht, ist ein veritabler «Krankmacher» und zeugt von einem fragwürdigen Führungsverständnis. Zudem: In pädagogischer Hinsicht sind Schulleitungsmitglieder nicht besser ausgebildet als Lehrkräfte.

Unterrichten ist ein hochkomplexes Geschehen, das nicht anhand einiger willkürlich gewählter Indikatoren beurteilt werden kann.

Einschränkung der Methodenfreiheit

Ganz generell wird aktuell viel Aufhebens gemacht, was bestimmte Methoden und/oder Unterrichtsformen resp. -modelle betrifft (Stichwörter: selbstorganisiertes und kooperatives Lernen). Dies führt dazu, dass es Schulleitungen gibt, die Lehrpersonen vorschreiben wollen, welche Methoden diese in ihrem Unterricht zu priorisieren haben – im suboptimalsten Fall gar unabhängig von Fach, Stufe, Klasse, Unterrichtssituation, Thema, Präferenzen und Erfahrung der einzelnen Lehrperson. Das führt so weit, dass bei Unterrichtsbesuchen oder dem sogenannten «Classroom Walkthrough» (wobei der Schulleiter unangemeldet 5-10 Minuten durch den Unterricht spaziert) reduktionistisch auf das Verwenden dieser bestimmten Methoden geachtet und daran die Beurteilung der Lehrperson – auch im MAG! – festgemacht wird. Unterricht ist nun wahrlich ein komplexeres Geschehen, als dass er auf diese Weise bewertet werden könnte! Die Folge: In ihrem Beruf erfolgreiche Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich gegängelt und in ihrer Professionalität nicht ernst genommen. Zudem entzünden sich

Lehrpersonen sind zuallererst dem Lernerfolg ihrer Schülerinnen und Schüler verpflichtet – nicht aber pädagogischen Modeerscheinungen.

Auch für die Schule gilt:
First things first!

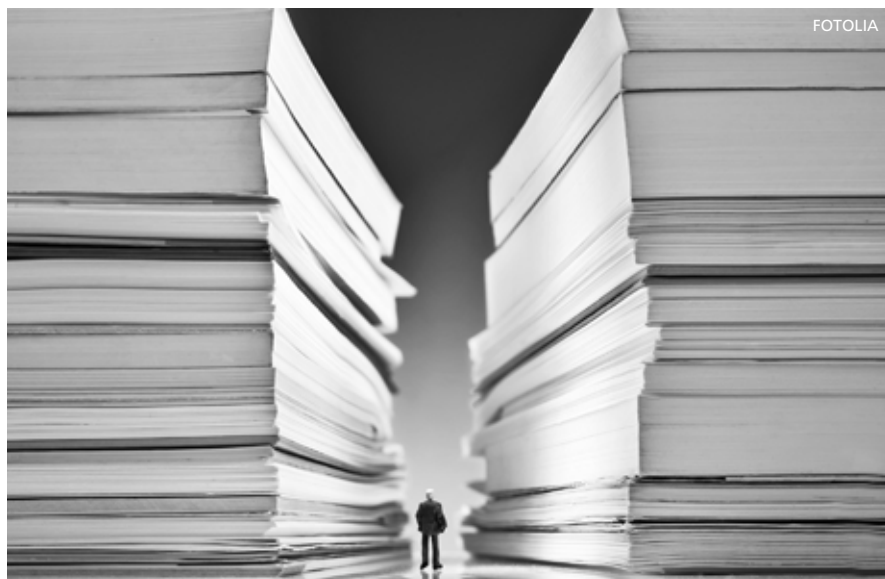
«Wenn sich die Bürokratie weiter so ausbreitet wie bisher, wird Gott die nächste Sintflut nicht mit Wasser, sondern mit Papier veranstalten.»
(C. N. Parkinson)

Konflikte zwischen ganz jungen Lehrpersonen, die auch aufgrund fehlender eigener Expertise besonders rasch für derartige Anweisungen empfänglich sind, und erfahrenen Lehrpersonen, die wissen, dass sie dem Lernerfolg ihrer Schülerschaft in jedem Falle mehr verpflichtet sind als pädagogischen und methodischen Modeerscheinungen inkl. ungeeigneter Lehrmittel. Der LVB bekennt sich zur methodischen Freiheit der Lehrpersonen; dies in der Überzeugung, dass guter Unterricht auf verschiedene Arten möglich ist. Entscheidend sind die pädagogische Haltung und das Engagement der Lehrpersonen.

Schulentwicklungsprojekte: Die Basics kommen zu kurz

Lehrpersonen benötigen von ihren Schulleitungen im Alltag primär grundlegende Unterstützungsleistungen, die es für einen funktionierenden Schulbetrieb braucht: Rückendeckung im Umgang mit schwierigen Schülern und Eltern; Organisation von Stellvertretungen im Krankheitsfall; zeitnahe und vollständige Information der Kollegien über für sie relevante Neuerungen; korrekter Umgang betr. Arbeits- und Anstellungsbedingungen. Konflikte entzündeten sich dort, wo die Lehrkräfte das Gefühl haben, diese elementaren Basics des Schulbetriebs kämen zu kurz, weil ein zu grosser Teil der Ressourcen in einzelne Schulentwicklungsprojekte fliesst und diesen alles andere untergeordnet wird.

Überbordende Bürokratisierung und Regulierungsdichte



Ein weiterer Konfliktherd ist die mancherorts immer grösser werdende Regulierungsdichte, z.B. im Bereich der Arbeitszeit. Zu den attraktivsten Aspekten des Lehrerberufs gehört es, zu einem guten Teil selber darüber entscheiden zu können, wann und wo die Unterrichtsvor- und -nachbereitung geleistet wird. Unter dem Stichwort «Pädagogische Kooperation» wird nun an verschiedenen Schulen den einzelnen Lehrpersonen immer detaillierter vorgeschrieben, wann, wo und sogar mit wem gemeinsam sie dies zu leisten haben – als ob dies pauschal eine Garantie für besseren Unterricht wäre! Teilweise werden dafür eigens neue Zwischenhierarchien geschaffen, die darüber Rechenschaft ablegen sollen, ob auch alles genau so befolgt wird wie verordnet. Die Bürokratie ist auf dem Vormarsch. Es gilt festzuhalten: Kooperation unter Lehrkräften ist eine Selbstverständlichkeit. Sie bis ins Detail vorzuschreiben, ist ein Affront gegenüber all jenen Lehrkräften, die tadellose Arbeit liefern und selber darüber befinden, wann, mit wem und in welcher Form gewinnbringend zusammengearbeitet werden kann und soll. Lehrkräfte haben sich bewusst für einen Beruf entschieden, der ihnen mehr Freiräume belässt als andere Berufsfelder. Eine Schule kann nicht geführt werden wie eine Fließbandfabrik. Lehrpersonen müssen bei der

Wer immer lauter nach «Dienst nach Vorschrift» ruft, bekommt am Ende: Dienst nach Vorschrift.

Ausübung ihres Berufes tagtäglich unzählige pädagogische und organisatorische Entscheide treffen. Man sollte sie daher nicht so behandeln, als wären sie unmündig. Anstatt damit die Leistung der schwarzen Schafe, wie sie in jedem Berufsstand vorkommen, zu steigern, ramponiert man mit einem auf ausserndem Misstrauen und bürokratischer Kontrolle basierenden Menschen- und Führungskonzept vielmehr die Motivation der grossen Mehrheit. Davon ganz abgesehen: Die Infrastruktur an den Baselbieter Schulen ist bei Weitem nicht dazu in der Lage, den Lehrkräften genügend Arbeitsplätze vor Ort in ausreichender Qualität zur Verfügung stellen zu können.

Sinkende Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Der generell zu beobachtende Trend zu immer mehr Reglementierung, Bürokratie und mannigfaltigen Arbeitsgruppen führt auch dazu, dass in Teilzeit angestellte Lehrpersonen aufgrund von immer mehr Sitzungen an immer mehr Tagen pro Woche vor Ort verfügbar sein müssen. Dadurch sinkt die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – ein weiterer Grund für Unzufriedenheit.

Mangelnde Transparenz



Sobald Geld im Spiel ist, ist Transparenz unabdingbar.

Weitere Konflikte entzündeten sich dort, wo es an Transparenz hinsichtlich der Verwendung der schuleigenen Geldmittel (Schulpool oder HarmoS-Gelder) fehlt. Sinn des Schulpools ist es, Lehrkräfte via Schulpool für ihnen übertragene Aufgaben zu entschädigen, welche aufgrund ihres Umfangs nicht über den Berufsauftrag abgegolten werden können (z.B. Bibliothek, ICT-Support, Stundenplanlegung etc.). Um eine sinnvolle und transparente Verwendung dieser Gelder zu gewährleisten, gilt gemäss der kantonalen Verordnung über Schulvergütungen, dass der Konvent anzuhören ist, *bevor* die Schulleitung die Verteilung dieser Mittel vornimmt. Rückmeldungen an den LVB deuten darauf hin, dass dies nicht überall geschieht – und dann böses Blut dort entsteht, wo unklar bleibt, welche Lehrpersonen für welche Zusatzaufgaben welche Vergütung erhalten – und welche nicht.

Harmonisierung und Teilautonomie beissen sich

Aus Sicht des LVB ist der politisch-gesellschaftliche Auftrag an die Schule weiterhin nicht geklärt. Gleichzeitig «Harmonisierung» und «Teilautonomie» als Leitfäden propagieren – das kann am Ende eigentlich nicht aufgehen. Die Teilautonomie treibt die Schulen nämlich teilweise in so unterschiedliche Richtungen, dass auf der anderen Seite von Harmonisierung keine Rede mehr sein kann. Änderungen, die vor nicht allzu langer Zeit längst als «Schulversuch» taxiert worden und mit Konzeptpflicht, einer Auswertung und strikten Bewilligungs-

Harmonisierung oder Teilautonomie?
Was hat denn nun den Vorrang?

regeln belegt worden wären, können heute von Schulleitungen und Schulräten en passant beschlossen werden. Wenn Teilautonomie aber so verstanden wird, dass am Ende der Wechsel von einer Baselbieter Schule zu einer anderen mit grösseren Veränderungen verbunden ist als ein Wechsel des Wohnkantons, dann müsste man konsequenterweise allen Eltern schulpflichtiger Kinder zustehen, ihre Kinder auf jene Schule schicken zu können, deren pädagogisches Profil ihnen am meisten zusagt – was jedoch weder praktikabel ist noch dem politischen Willen entspricht.

Worüber nachgedacht und wo gehandelt werden muss

Die Lehrkräfte definieren den Entwicklungsbedarf.

Die pädagogische Weisungsberechtigung der Schulleitung muss einschränkend präzisiert oder rückgängig gemacht werden.

Schulentwicklung muss wieder primär als Bottom-up- und nicht als Top-Down-Prozess betrieben werden. Das heisst: Lehrkräfte definieren den Entwicklungsbedarf aufgrund ihrer Erfahrungen im Schulalltag. Und nicht: Vorgesetzte Behörden verordnen den Entwicklungsbedarf mit Bezug auf punktuelle Studien aus der Erziehungswissenschaft oder auf Verlangen der Verwaltung. In diesem Sinne ist auch die pädagogische Weisungsberechtigung der Schulleitungen entweder einschränkend zu präzisieren oder rückgängig zu machen.

Die Infrastruktur der Schulen muss in Schuss gehalten werden.

Ein Verzicht auf fragwürdige Reformen würde viel mehr Geld einsparen, als es kosten würde, die schulische Infrastruktur in Schuss zu halten.

Die (im Übrigen sehr selektive) Knauserei bei der schulischen Infrastruktur und den Unterrichtsmitteln (z.B. marode Schulen mit mangelhafter und den Lehrmitteln nicht angepasster Infrastruktur; Kopierbeschränkungen; Materialbudgets in der Grössenordnung von 10 Fr. pro Jahr und Schüler; keinerlei Beiträge an die persönlich zu wartende Infrastruktur mit Büro, Lehrmitteln, IT-Ausrüstung) muss dringend ein Ende haben. Ein Verzicht auf fragwürdige Reformen würde weitaus mehr Geld einsparen, als es kosten würde, die Infrastruktur der Schulen in Schuss zu halten; und der Bildungsqualität wären solche Investitionen mit grosser Wahrscheinlichkeit förderlicher.

Die Dauerreform der Volksschule muss beendet werden.

Schule und Unterricht müssen nicht permanent neu erfunden werden.

Die Dauerreform der Volksschule, verbunden mit dem permanenten Vorwurf an die Lehrerschaft, aller bisherige Unterricht sei mehr oder weniger unzureichend und unwirksam gewesen, muss beendet werden und darf nie wieder auch nur annähernd das heutige Mass annehmen. Schulleitungen machen einen guten Job, wenn sie dafür sorgen, dass der Schulbetrieb rund läuft und allen Schulbeteiligten ein erspriessliches Arbeits- und Lernumfeld zuteilwird. Man sollte den Schulen und ihren leitenden Angestellten nicht permanent zu verstehen geben, jeder und jede von ihnen müsse im Halbjahresrhythmus die Schule neu erfinden.

Die pädagogische und methodische Freiheit muss gestärkt werden.

Angehört zu werden ist nett.
Mitentscheiden zu können, ist
gescheiter.

Die individuelle pädagogische und methodische Freiheit der Lehrkräfte muss gestärkt werden. Der Rahmen dieser Freiheit wird durch die Lehrpläne und die Bildungsgesetzgebung abgesteckt – das genügt. Auf der Ebene der einzelnen Schulstandorte sollten die Konvente bei der Genehmigung des Schulprogrammes nicht nur angehört werden müssen, sondern man sollte ihnen ein verbindliches Mitentscheidungsrecht einräumen. Schulentwicklung gegen einen substantiellen Teil des Lehrkörpers zu betreiben, ist immer zum Scheitern verurteilt.

Die Grenzen der Teilautonomie müssen definiert werden.

«Anything goes» ist kein taugliches
Ordnungsprinzip für staatliche
Institutionen.

Es muss verbindlich geklärt und definiert werden, wo die Teilautonomie der einzelnen Schule anfängt und wo sie aufhört. «Anything goes» ist kein taugliches Ordnungsprinzip für staatliche Institutionen. Es ist nicht zielführend, wenn sich die kantonalen Behörden mit Verweis auf die Teilautonomie von jeglicher Verantwortung lossagen können.

Das Sparpaket darf die Berufszufriedenheit nicht weiter absenken.

Weitere Sparmassnahmen werden die
Berufszufriedenheit noch weiter sinken
lassen.

Gerade in Anbetracht des bevorstehenden neuen Sparpaketes der Regierung wäre es vollkommen verkehrt, durch unüberlegte Massnahmen die durch die LCH-Studie dokumentierte tiefe Berufszufriedenheit der Baselbieter Lehrerschaft weiter abzusenken. Die Anstellungsbedingungen haben sich – auch abseits der grossen Reformprozesse – in den vergangenen 20 Jahren in unserem Kanton ohnehin erheblich verschlechtert (z.B. durch ausbleibenden Teuerungsausgleich auch in Jahren mit ausgewiesener Teuerung, Pflichtstundenerhöhungen, zusammengestrichene Treueprämien etc.).

Die bedürfnisgerechte Weiterbildung muss garantiert bleiben.

100% (oder noch mehr...) verordnete
Weiterbildung kann kein Dauerzustand
sein.

Es muss gewährleistet bleiben, dass Lehrpersonen sich in ihrem Beruf auch nach ihren eigenen Bedürfnissen entwickeln und entsprechende Weiterbildungen besuchen können. Weiterbildung darf nicht allein durch die Interessen und Prioritäten vorgesetzter Stellen bestimmt werden, sondern muss ausgehandelt werden.

Perlenfischen

Perle 3: «Ohne gute Autorität geht es nicht»

Wo: Tages-Anzeiger

Wer: Alexandra Kedves

Wann: 10. Juli 2015

«Hatten Sie auch so einen Lehrer? Einen, der in seiner allerersten Stunde stramm ins Klassenzimmer marschierte, seine Bücher aufs Lehrerpult knallte wie einen Tusch und dann, so zur Eingewöhnung, mal eben jeden Einzelnen vor der ganzen Klasse eine Aufgabe lösen und sein persönliches Waterloo erleben liess? Bei uns wars der Lateinlehrer. Er kam über uns wie ein Orkan – und sollte sich doch mit der Zeit als einer der besten Lehrer überhaupt entpuppen: streng, exakt, fordernd; nie die Zügel aus der Hand gebend, mit bissiger Ironie jeden Schüler trotz zermalmend, aber dennoch fair; stets auf Zack, immer jeden Schüler im Blick behaltend – und gerade dadurch total motivierend. Es war ihm nicht egal, ob man die Konjugationen konnte oder den Seneca-Brief verstand. Er sammelte lateinische Sinnsprüche, wir mussten sie alle auswendig lernen, da war er gnadenlos (ich nerve meine eigenen Kinder heute noch mit den Sentenzen). Als es dann, ein paar Jahre nach dem knallharten Kaltstart mit diesem Lehrer, zur Profilwahl kam, entschied sich ein grosser Teil meiner Klasse für – Latein. Denn man wusste, dass der Orkan der Lehrer sein würde. Eben dies scheint ob der wilden Spekulationen rund um den Erfolg und Niedergang finnischer Schülerleistungen in den Pisa-Studien [...] gern vergessen zu gehen: dass der Lehrerberuf nach einer Art Künstlerberufung verlangt; sprich, dass die Methode weniger entscheidend ist als der Mensch, der sie umsetzt. Dass es grundsätzlich beim Lehren zu einem nicht geringen Teil um Beziehung geht. Oder, um mal ein grosses Wort zu verwenden: um Liebe [...]. Um die Liebe zum Fach, aber noch wichtiger: um die Liebe zum Lehren, also dazu, Schülern zu Aha-Erlebnissen zu verhelfen und sie nicht allein zu lassen mit einem Wust an Wissen. Der [...] deutsche Pädagoge Wolfgang Bergmann sprach hier von «guter Autorität» – in Abgrenzung zu einer schwarzen, strafenden, das Kind erniedrigenden Pädagogik [...]. Aber die «gute Autorität» steht auch im Unterschied zu einem führungslosen, wurstigen Laissez-faire, wo beispielsweise in wenig effektiver Gruppenarbeit Referate auf Minimalniveau zusammengeschustert werden, die dann als Lehrstoff für alle durchgehen müssen – die Vermittlungsleistung der Lehrperson bewegt sich in solchen Fällen gegen null. Ohne die «gute Autorität» gibt es Schwierigkeiten im Klassenzimmer. Sie kann mütterliche Züge tragen, libertäre oder auch scharfzüngig-intellektuelle – aber ohne sie geht es nicht. Gerade die völlig zu Recht geforderte «kognitive Aktivierung» der Schüler, ihre Einbindung, ihr Mitdenken [...] erreicht man ohne diese Autorität kaum. Auch und besonders Gruppenarbeit will geführt sein. «Autorität» meint nicht

«psychologisches Drauflosprügeln», genauso wenig wie Frontalunterricht sich im einschläfernden Predigen erschöpft. Die viel gepriesene Interaktion funktioniert auch – nein, häufig sogar besser – im Plenumsunterricht. Ähnlich sieht es Peter Labudde, [...] der in Deutschland, Finnland und der Schweiz die Unterrichtsweisen untersucht hat. In Finnland sei der Unterricht viel stärker vom Lehrer geleitet, viel strukturierter und dabei trotzdem besser fokussiert auf den individuellen Schüler. Man lasse nicht zu, dass ein Schüler einfach abhänge, abgehängt werde. [...] Ein solcher Unterricht ist anspruchsvoll – nicht nur für den Schüler, sondern viel mehr noch für den Lehrer. Und einen solchen Unterricht bekommt man nur, wenn man den Lehrern so attraktive Bedingungen bietet, dass man unter zahlreichen Anwärtern die Besten aussuchen kann – die engagiertesten, wachsamsten, die, denen das Lernerlebnis jedes einzelnen Schülers am Herzen liegt. Die mit dieser Lehreraura halt. Es darf auch ein Orkan sein.»



HEINZ ANTON MEIER



Im Internet stets vergünstigt einkaufen!
Mit Cashback und Gutscheinen von Shariando



Bei fast 200 Internethändlern erhalten LCH-Mitglieder stets Rabatt, wenn Sie sich über Shariando zum Shop weiterleiten lassen. Registrieren Sie sich kostenlos und unverbindlich auf www.lch.shariando.ch

www.lch.shariando.ch



► **zalando** **ebookers.ch** **QUELLE.** www.quelle.ch **swisscom** ...und viele mehr!

Unterrichten im 1. Zyklus, Schwerpunkt Kindergarten: Die Umsetzungshilfe des AVS unter der Lupe

Von Gabriele Zückert

Formell ist alles klar geregelt: Der erste Zyklus der Primarstufe besteht in Baselland aus zwei Jahren Kindergarten und zwei Jahren Primarschule. Gleichzeitig gilt aber neu der auf dem Lehrplan 21 basierende Lehrplan der Volksschule Baselland, der den ersten Zyklus als Einheit betrachtet. Die Umsetzungshilfe des Baselbieter Amts für Volksschulen (AVS), welche zwischen diesen unterschiedlichen Konzeptionen vermitteln soll, gleicht einem unmöglichen Spagat.

Übergang Kindergarten-Primarschule: Vom Zusammenwachsen ...

Mit der Einführung des Lehrplans 21 an der Primarschule müssen sich die Lehrpersonen des sogenannten ersten Zyklus, der in Baselland aus zwei Jahren Kindergarten und den ersten beiden Jahren der Primarschule besteht, nicht nur mit Kompetenzen und Kompetenzstufen vertraut machen, sondern auch mit einem angeblich unverzichtbaren neuen Verständnis der Zusammenarbeit zwischen dem Kindergarten und den ersten zwei Schuljahren der Primarschule.

Strukturell bleibt alles beim Alten: Es wird weiterhin, vielerorts räumlich von der Primarschule abgetrennt, zwei Jahre lang im Kindergarten unterrichtet, bevor die Kinder an die Primarschule wechseln. Inhaltlich aber sollen die Stufen stärker vereinigt werden, wie es in der kantonalen Umsetzungshilfe heisst: «Im Lehrplan Volksschule Baselland ist die Entwicklung der Kompetenzen innerhalb des ersten Zyklus über vier Schuljahre festgehalten. Damit die Schülerinnen und Schüler die am Ende der 2. Klasse der Primarschule vorgegebenen Grundansprüche erreichen können, soll der Wechsel vom Kindergarten in die Primarschule harmonisch erfolgen. Kindergarten und Primarschule werden näher zusammenwachsen. So gelingt es, dem individuellen Entwicklungsstand des Kindes gerecht zu werden.»

Das wirft Fragen auf: Was beinhaltet dieses nähere *Zusammenwachsen* konkret? Was stellen sich die Verfasser

dieses Dokuments darunter vor? Denn genau da liegt ja der Hase jeweils im Pfeffer: Wie werden sich Neuerungen im Schulalltag manifestieren? Welche fassbaren Veränderungen gehen damit einher?

Allerdings scheint der direkt nachfolgende Abschnitt das Geforderte so gleich wieder zu relativieren: «Die Eigenständigkeiten des Kindergartens und der Primarschule werden erhalten bleiben und der Wechsel vom Kindergarten in die Primarschule wird für das Kind weiterhin ein wichtiger Übergang sein.» Bleibt zu hoffen, dass diese Formulierung nicht nur zur Beschwichtigung beunruhigter Kindergarten- und Unterstufenlehrkräfte dienen soll.

... und von der Harmonie

Doch kehren wir noch einmal zum ersten Zitat aus der Umsetzungshilfe zurück: Von einem *harmonischen* Wechsel vom Kindergarten in die Primarschule ist dort die Rede. War der Übergang bis jetzt denn disharmonisch? Und was genau ist mit diesem «harmonisch» überhaupt gemeint?

Die Umsetzungshilfe gibt dazu die folgende Antwort: «Die Zusammenarbeit der Lehrerinnen und Lehrer des Kindergartens und der Primarschule und der Austausch über die stufenspezifische Arbeit sowie über Erwartungen und Haltungen gehören zum professionellen Umgang und stehen im Kontext mit dem Berufsauftrag. Mit der Aufhebung von verbindlichen Kriterien am Ende des Kindergartens und der Festlegung der zu erreichenden Grund-

kompetenzen am Ende der zweiten Klasse der Primarschule verantworten die Lehrerinnen und Lehrer des Kindergartens und der ersten und zweiten Klasse der Primarschule gemeinsam die Erreichung der Grundansprüche.»

Der Todesstoss für die Einführungsklassen

Das müssen wir uns noch einmal vor Augen führen: Es gibt also am Ende des Kindergartens *keine* verbindlichen Kriterien mehr, mithilfe derer die Kindergartenlehrperson den Eltern mitteilen könnte, ob ihr Kind aus Sicht der Lehrkraft dazu in der Lage ist, in die reguläre erste Klasse überzutreten. Mit dieser Formulierung wird gleichzeitig der Einführungsklasse, einer an sich hochwirksamen Errungenschaft des Kantons, der Todesstoss versetzt, denn die bewährte Handhabe, ein Kind am Ende des Kindergartens einer Einführungsklasse zuteilen zu können, wird abgeschafft.

Das lässt nur eine Schlussfolgerung zu: Jedes Kind wird künftig in jedem Fall nach zwei Jahren Kindergarten in die reguläre erste Klasse übertreten. Ob es aber in einer regulären Klasse mit integrierter spezieller Förderung gelingen kann, die von einem Entwicklungsrückstand betroffenen Kinder ähnlich gut zu unterstützen und voranzubringen wie in einer spezifisch dafür konzipierten Einführungsklasse, muss klar in Frage gestellt werden.

Noch mehr Heterogenität an der Primarschule

Die Schulleitungen dürften damit eine

Erleichterung in ihrer Arbeit erfahren: Beschwerden, schwierige Diskussionen und Gespräche mit «uneinsichtigen» Eltern fallen weg.

Die Primarlehrpersonen der Unterstufe müssen sich aber durch das neue Zyklusverständnis auf eine noch einmal grösser werdende Heterogenität in ihren Klassen einstellen. Diejenigen Lehrpersonen, die für die ersten vier Unterrichtsjahre ausgebildet wurden, dürften es in dieser Hinsicht einfacher haben als jene, die ausschliesslich entweder über das Primar- oder das Kindergarten Diplom verfügen. Nicht zu vergessen ist ausserdem, dass hierzu noch die Integration behinderter Kinder hinzukommt.

Die Schulreife hat ausgedient

Eine summative Beurteilung am Ende des Kindergartens ist also offenbar nicht mehr erwünscht: Die Einschulung fällt laut § 8a der Verordnung für den Kindergarten und die Primarschule mit dem Eintritt in den Kindergarten zusammen. Somit stellt gemäss dem neuen Verständnis der Wechsel in die erste Klasse der Primarschule keinen Schuleintritt dar und es wird vorgängig auch nicht mehr über die «Schulreife» befunden.

Das Kind durchläuft demnach den vier Jahre umfassenden ersten Zyklus, ohne dass es dafür jemals als «schulreif» eingestuft werden müsste. Dieses Wort darf es anscheinend gar nicht mehr geben.

Wer ist wofür verantwortlich?

Jene Kinder, welche am Ende des ersten Zyklus die Grundanforderungen erreichen, treten in die 3. Klasse über. Was aber passiert mit den Kindern, die die Grundanforderungen in den 4 Jahren nicht erreicht haben? Da die Lehrpersonen des ersten Zyklus gemäss Umsetzungshilfe das Erreichen der Grundanforderungen *gemeinsam* ver-



Doch wieder eine verkappte Basisstufe? Eine jährliche Umwälzung des Klassengefüges würde zur Regel, was ein Novum für die Unterstufen-Lehrpersonen darstellen würde und mit einiger Unruhe verbunden wäre.

antworten sollen, steckt hierin eine gewisse Brisanz:

- Wer führt zu welchem Zeitpunkt die Elterngespräche betreffend Grundanforderungen?
- Was, wenn es zu Schuldzuweisungen kommen sollte?
- Müssten im Prinzip aufgrund der ihnen zugewiesenen *gemeinsamen* Verantwortung nicht sämtliche Lehrpersonen, die das Kind bis zu jenem Zeitpunkt betreut haben, an diesem Gespräch teilnehmen?
- Wie soll eine Lehrperson den Unterricht einer Kollegin respektive eines Kollegen mitverantworten?
- Wie soll eine Lehrperson die schulische Entwicklung eines Kindes während zweier Jahre mitverantworten, wenn sie es in dieser Zeitspanne gar nicht unterrichtet hat?

Kindergartenlehrkräfte verlieren Beurteilungskompetenz

Offizielle Dokumente hinsichtlich des Übertrittsentscheids an die Primarschule werden die Kindergartenlehrpersonen fortan keine mehr zur Hand haben, es gibt nur noch eine Unterrichtsbestätigung. Früher hatte man die Schülerberichte in eigens dafür zur Verfügung gestellte Formulare eintragen können und es gab ein verbindliches Schriftstück, in dem die Kindergartenlehrperson den Einschulungsvorschlag festhielt. Die Eltern mussten den Vorschlag per Unterschrift entweder bestätigen oder ablehnen.

Bemerkungen zur Schullaufbahn dürfen nun erst während des Elterngesprächs eingetragen werden und dies ohnehin nur mit dem Einverständnis (!) der Eltern. Während nun also einerseits im Zuge der angestrebten Kompetenzorientierung zu befürchten steht, dass auch im Kindergarten ausufernde Kompetenzraster und Portfolios Einzug halten werden, sinkt gleichzeitig der Stellenwert der Aussagen, welche die Kindergarten-

lehrperson den Eltern mitgeben darf, gegen null!

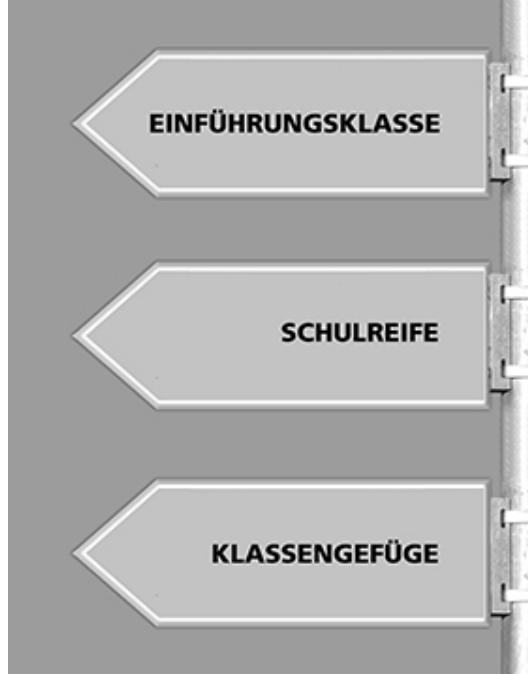
Laut neuer Laufbahnverordnung ist erst in den beiden Primarschuljahren überhaupt die Möglichkeit gegeben, den Verlauf des ersten Zyklus langsamer oder eventuell schneller zu gestalten. Ein Kind, das bisher einer Einführungsklasse zugewiesen worden wäre, würde demnach in Zukunft zweimal nacheinander die erste Regelklasse durchlaufen. Ob das für das betroffene Kind wirklich die bessere Lösung darstellt? Repetitionen jedenfalls geniessen keinen guten Ruf, zahlreiche Studien bezweifeln ihre Wirksamkeit.

Doch wieder eine verkappte Basisstufe?

Eigentlich können die neuen Vorgaben der Durchlässigkeit nur in Basis- oder Grundstufen oder durch eine flächendeckende Einführung des altersdurchmischten Lernens (AdL) funktionieren. In so einem System verlässt das Kind seine bisherige Lerngruppe dann, wenn es eben «schulreif» ist respektive den Stoff für die zweite Klasse zu bewältigen vermochte.

Die Auswirkungen eines derartigen Systemwechsels wären beträchtlich: Stabile Klassenzusammensetzungen gäbe es fortan auf der Primarstufe nicht mehr. Eine jährliche Umwälzung des Klassengefüges würde zur Regel, was ein Novum für die Unterstufen-Lehrpersonen darstellen würde und mit einiger Unruhe verbunden wäre.

Dies würde einen veritablen Paradigmenwechsel bedeuten und für die Gemeinden zu Mehrkosten führen, was im weiteren Verlauf dieses Artikels noch ausgeführt wird. Ausserdem wurde im Kanton Baselland die Basisstufe aus Kostengründen bereits verworfen. Verwiesen sei an dieser Stelle noch einmal auf den vier Jahre alten Artikel «Basisstufe durch die Hintertür»¹, der zwar im Zusammenhang mit den Orientierungspunkten für den Kindergarten entstand, nun aber im Kontext der Umsetzungshilfe neue Aktualität erfährt.



re»¹, der zwar im Zusammenhang mit den Orientierungspunkten für den Kindergarten entstand, nun aber im Kontext der Umsetzungshilfe neue Aktualität erfährt.

Und wie steht es mit den Ressourcen?

Es ist zu befürchten, dass im Eifer der Umsetzung eines neuen Lehrplanes und einer neuen Laufbahnverordnung die Schulleitungen Strukturen einführen, die gar nicht mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet werden können. Viele Gemeinden haben derzeit bereits hohe Kosten für die ICT-Infrastruktur, Schulhausrenovationen und -umbauten zu stemmen. Hinzukommen werden in naher Zukunft höhere Lohnkosten für die Kindergartenlehrkräfte, bedingt durch deren Neueinreihung in Lohnklasse 13. Hoffen die Gemeinden (fälschlicherweise) darauf, mit dem Streichen der Einführungsklassen Kosten zu sparen?

Folgendes gilt es dabei zu bedenken: Basis- und Grundstufenmodelle wurden in den entsprechenden Schulversuchen mit mindestens 150% Stellenprozenten geführt. Aufaddiert werden muss ausserdem die Unterstützung durch DaZ-Lehrpersonen, der Musikgrundkurs, die Heilpädagogin etc. Schliesslich waren fast immer zwei Lehrpersonen gleichzeitig im Zimmer, welche die Lernumgebungen betreuten.

Ebenfalls zu berücksichtigen sind Aussagen von Lehrpersonen, die in einer Basisstufe gearbeitet haben und rückblickend festhalten, dass dieses Modell

BASISSTUFE**KOMPETENZRASTER****ALTERS-
DURCHMISCHTES
LERNEN**

PIXABAY

mit weniger als 70 Arbeitsstunden pro Woche nicht realisierbar sei. Auf diese Weise verfügten alle Schülerinnen und Schüler über ein individuelles Arbeitsprogramm. Die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer derart überbordenden Individualisierung würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Klar ist jedoch: Im Rahmen eines Versuchs mag diese Arbeitsbelastung vielleicht noch tolerierbar sein, auf Dauer aber würde dies die Lehrpersonen unweigerlich kollabieren lassen.

Papier vs. Realität

Die Einführungstexte der Umsetzungshilfen lassen eindeutig die Absicht des AVS erkennen, im ersten Zyklus den Kindergarten und die 1. und 2. Primarklassen so zusammenzuführen, dass ohne vorgegebene äussere Struktur inhaltlich die Arbeit einer Grundstufe oder Basisstufe geleistet werden soll – allerdings ohne über das dafür nötige Personal oder die räumlichen Voraussetzungen zu verfügen.

Nicht geregelt ist dabei, wie, in welchem Umfang und mit welchen zeitlichen Obergrenzen die Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Primar-Unterstufe zu geschehen hat und in welchem Bereich des Berufsauftrages jener Teil festgehalten wird. Dies wird – einmal mehr – der Teilautonomie überlassen, wie z.B. die Einführung von Präsenznachmittagen, damit diese Zusammenarbeit gewährleistet werden kann. Der Mangel an Dokumenten seitens des Kindergartens soll folglich mit verordneter Teamzeit kompensiert werden. Ob das effizienter ist?

Quo vadis, Kindergarten?

Weitere Fakten aus der Baselbieter Gegenwart:

- Teilweise gegen den Willen von Eltern und Lehrkräften werden in immer mehr Gemeinden einerseits Einführungsklassen aufgegeben und andererseits auf der Unterstufe altersdurchmisches Lernen (AdL) eingeführt.
- Kindergartenteams in grösseren Gemeinden werden aufgelöst und Schulhäusern zugeordnet, auch wenn die Kindergärten mehrere Schulhäuser «bedienen».
- Zyklusthemen werden Kindergarten-themen übergeordnet, Kindergartenkonvente abgeschafft oder nur noch nach Bedarf einberufen.

Die Folge: Der Kindergarten als Schulstufe mit eigenen Gesetzmässigkeiten verschwindet nicht nur im Lehrplan 21, sondern wird auch organisatorisch auf diese Weise immer mehr geschwächt.

Viele konkrete Umsetzungsfragen löst die Baselbieter Umsetzungshilfe nicht. Sie zeigt aber die Stossrichtung, in welche das AVS den ersten Zyklus pushen will: Harmonisch und fliessend, möglichst konfliktfrei soll alles ablaufen. Die Schullaufbahn der ersten vier Jahre wird zu einer Rampe ohne eine einzige Stufe.

Die Systemfremdheit des Zyklus und des Jahrgangssystems und der Trennung von Kindergarten und Unterstufe kann die Umsetzungshilfe so aber nicht auflösen; sie bleibt ein nicht zu bewältigender Spagat. Und ob die Kinder nach so viel «fliessendem Übergang» im ersten Zyklus dann ab der dritten Primarklasse eine «Treppe» bewältigen können, ist fraglich.

Ausblick

Der LVB hat sich mit Unterstützung der AKK im Bildungsrat erfolgreich dafür eingesetzt, direkt im Lehrplan Volks-

schule Baselland eine klar erkennbare Trennschärfe zwischen Kindergarten und Primarschule zu schaffen. Basierend auf den bis dann gemachten Erfahrungen und in Übereinstimmung mit den an der PH FHNW ausgearbeiteten «Orientierungspunkte[n] Kindergarten zu sprachlichen und mathematischen Grunderfahrungen» soll in zwei Jahren dazu eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden. LVB und AKK halten eine solche Ergänzung des Lehrplans für zwingend notwendig, um die Aufgabenteilung zwischen Kindergarten und Primarschule zu definieren und auch für die Eltern transparent zu machen.

Man darf gespannt sein, wie die verschiedenen Schulleitungen bis dahin mit den Umsetzungshilfen umgehen werden und wie vor allem die Kindergarten- und Unterstufen-Lehrpersonen auf die vom AVS und den Schulleitungen geforderten (angeblich durch den neuen Lehrplan unabdingbaren) grossen Veränderungen in ihrem Unterricht reagieren und der zu erwartenden zusätzlichen zeitlichen Belastung im Berufsauftrag begegnen werden.

Die Autorin empfiehlt den Lehrpersonen Pragmatismus und eine offene und kritisch-tolerante Kommunikation zwischen den Lehrpersonen-Generationen, die in dieser Umstellung mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen aufeinandertreffen. Den Schulleitungen empfiehlt sie, die Bedenken der Lehrpersonen ernst zu nehmen, die zeitliche Belastung der Lehrpersonen genau zu beobachten und notfalls korrigierend einzugreifen.

¹ http://www.lvb.ch/docs/magazin/2011_2012/01-August/14_30_Orientierungspunkte_fuer_den_Kindergarten_LVB_1112-01.pdf

Nationalratswahlen im Herbst: Der LVB befragt Baselbieter Kandidierende

Von der LVB-Geschäftsleitung

Am 18. Oktober 2015 finden die nächsten National- und Ständeratswahlen statt. Als Serviceleistung für Mitglieder und Leserschaft hat der LVB aus jeder Baselbieter Partei, welche zu den eidgenössischen Wahlen antritt, eine Kandidierende oder einen Kandidierenden mit Bezug zum Thema Bildung ausgewählt und ihnen eine Liste mit bildungspolitischen Fragen von nationaler Bedeutung vorgelegt. Herausgekommen ist ein spannendes Panoptikum von Antworten.



Florence Brenzikofer, Grüne



Christoph Buser, FDP



Hans Furer, GLP



Andrea Heger, EVP



Caroline Mall, SVP



Martin Rüegg, SP



Elisabeth Schneider-Schneiter, CVP



Doris Vögeli, BDP



Jürg Wiedemann, Grüne-Unabhängige

Florence Brenzikofer

Die Verständigung und der Zusammenhalt in der viersprachigen Schweiz gilt es zu stärken. Deshalb soll aus meiner Sicht mit der zweiten Landessprache begonnen werden, d.h. Französisch in den deutschsprachigen Regionen.

Christoph Buser

Ich vertrete die Ansicht, dass die im Kanton Baselland gemeinsam mit anderen Kantonen eingeführte erste Fremdsprache Französisch und zweite Fremdsprache Englisch so beibehalten werden sollen.

Jürg Wiedemann

Ich befürworte klar eine zweite Landessprache, weil Französisch die schwieriger zu erlernende Sprache ist. Am Ende der Volksschule sollten alle Jugendlichen neben ihrer Muttersprache noch zwei Fremdsprachen beherrschen.

Hans Furer

Für mich ist es ganz klar die zweite Landessprache, also Französisch.

Andrea Heger

Ich favorisiere eine zweite Landessprache: 1. die Nähe zum französischen Sprachraum ist ein grosser Vorteil, da viele Kinder schon privat im Sprachgebiet waren und positive Anknüpfungsmöglichkeiten bestehen; 2. Besuche, Begegnungen und Beschaffungen von authentischem Material sind einfacher; 3. Schüler freuen sich in jetziger BL-Reihenfolge auf jede Sprache; 4. aus landespolitischer Überlegung heraus.

Fremdsprachen

Die Fremdsprachendebatte bewegt schweizweit die Gemüter. Im Vordergrund stehen dabei vor allem drei Fragen, zu denen wir Sie um Ihre Stellungnahme bitten:

1. Mit welcher Fremdsprache soll zuerst im Unterricht begonnen werden: einer zweiten Landessprache oder Englisch?

Doris Vögeli

Die Sprachenvielfalt ist ein wichtiger Teil unserer Identität und Kultur. Das Erlernen einer zweiten Landessprache ist für mich prioritär. An der 50-Jahr-Feier des Gymnasiums Münchenstein hielt ein Manager von Nestlé ein eindrückliches Plädoyer für die französische Sprache als Teil unserer Kultur und als «atout» auf dem Arbeitsmarkt. Nutzen wir also den Vorteil unserer Sprachenvielfalt.

Elisabeth Schneider-Schneiter

Im Unterricht soll zuerst mit einer zweiten Landessprache begonnen werden. Die Pflege der Landessprachen ist in der mehrsprachigen Schweiz wichtig für den Zusammenhalt in unserem Land.

Caroline Mall

Meines Erachtens sollte dies in der Kompetenz der Kantone liegen. Wir stellen heute schon fest, dass es Kantone gibt, welche Englisch vor Französisch favorisieren und umgekehrt. Die Kantone kennen ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse und können abschätzen, welche Fremdsprache ihren Kanton unterstützen könnte. Der Bund greift hier eindeutig in die Kompetenz der Kantone ein und widerspricht dem föderalen Gedanken.

Martin Rüegg

Mit einer zweiten Landessprache! Vor allem aus staatspolitischen Gründen – wir sind eine Willensnation und einen Sprachenkrieg können wir uns schlicht nicht leisten – und weil Englisch allgegenwärtig und (zu Beginn wenigstens) einfacher zu erlernen ist.

Florence Brenzikofer

Die Einführung von zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe ist erst vor einem Jahr angelaufen im Kanton Baselland. Bis jetzt habe ich gute Erfahrungen gemacht mit dem Frühenglisch ab der 5. Klasse und bin überzeugt, dass ein frühes «Sprachbad» erfolgversprechend sein kann.

Jürg Wiedemann

Die Primarlehrpersonen sind bereits mit dem 6. Schuljahr, welches sie neu unterrichten müssen, stark gefordert. Mit zwei zusätzlichen Fremdsprachen könnten viele kaum mehr den gesamten Fächerkanon in einer ausreichenden Unterrichtsqualität erteilen, was zwangsläufig für alle zu einer unbefriedigenden Situation führen kann.

Doris Vögeli

Die Primarschule dauert neu 6 Jahre. Es ist daher sinnvoll, zwei Fremdsprachen zu unterrichten.

Elisabeth Schneider-Schneiter

Ja, auf jeden Fall. Je früher die Kinder eine Fremdsprache erlernen, desto einfacher ist es für sie.

Martin Rüegg

Eher nein. Ich bin gespannt, welche Ergebnisse erste Evaluationen ergeben.

Christoph Buser

Die beiden im Kanton Baselland eingeführten Fremdsprachen Französisch und Englisch auf Primarstufe sollen vorerst beibehalten werden. Wir müssen nun zuerst Erfahrungen sammeln, um beurteilen zu können, ob es sinnvoll ist, bereits auf der Primarstufe mit zwei Fremdsprachen zu beginnen. Denn ständige Diskussionen und Richtungswechsel in dieser Thematik schaden der Bildungsqualität für unsere Kinder.

Hans Furer

Die Anforderungen an die Primarschule sind dermassen hoch, dass es falsch wäre, mit zwei Sprachen zu beginnen, obwohl Kinder in diesem Alter leicht lernen.

Fremdsprachen

2. Soll bereits auf der Primarstufe mit dem Erlernen von zwei Fremdsprachen begonnen werden?

Andrea Heger

Da neu die 6. Klasse an der Primarschule unterrichtet wird, kann ich mir das vorstellen. Ich glaube aber nach ersten Erfahrungen mit zwei Fremdsprachen, dass es sinnvoller wäre, Englisch erst in der 6. Klasse zu beginnen. Vor allem für integriert beschulte Kinder ist das jetzige System von zwei Fremdsprachen so rasch nacheinander eine Überforderung. Ich bin sehr kritisch, ob Kosten und Nutzen der jetzigen Form in ein gutes Verhältnis kommen.

Caroline Mall

Fremdsprachen sind in unserer Gesellschaft sicherlich von grosser Bedeutung. Ich bezweifle jedoch sehr, dass die Kinder nach ihrer obligatorischen Schulzeit ihre Fremdsprachenkenntnisse in der Praxis besser anwenden können, wie vermutet, wenn sie mit nur zwei Lektionen auf der Primarstufe unterrichtet werden. Viele Kinder haben bereits Mühe mit der deutschen Sprache und werden gezwungen, während der Primarschulzeit noch zwei weitere Sprachen zu erlernen. Ich bin der Meinung, aus eigener Erfahrung, dass eine Fremdsprache, welche später im Beruf zur Anwendung kommen sollte, nur durch intensive Sprachaufenthalte einen Standard erreicht, welcher in der Praxis zielführend ist. Wenn zwei (Früh-) Fremdsprachen zur Anwendung kommen sollten, dann bereits im frühkindlichen Alter. Die eingesetzten Lehrmittel sind ebenfalls sehr zu hinterfragen. Eine Überforderung von Kindern ist programmiert, dies auch auf Kosten von anderen Hauptfächern. Weniger ist mehr, und ich würde eine Fremdsprache auf der Primarstufe als sinnvoll erachten.

Florence Brenzikofer

Ich würde mir eine einheitliche Regelung für die gesamte Deutschschweiz wünschen und plädiere klar für Französisch als erste Fremdsprache.

Jürg Wiedemann

Was für die Nordwestschweiz richtig und gut ist, muss für die Innerschweiz nicht automatisch auch sinnvoll sein. Bezüglich des Fremdsprachenbeginns können deshalb regional abweichende Regelungen von Vorteil sein.

Christoph Buser

Die bisherigen Arbeiten zeigen, dass die Bestrebungen von HarmoS nicht zu der erhofften sprachregionalen Vereinheitlichung führen. So gibt es im Moment grosse Unterschiede bei den Fremdsprachen. Und ich finde, wir sollten nicht versuchen, mit dem Brecheisen eine Vereinheitlichung durchzusetzen. Regionale Annäherungen erscheinen mir deshalb realistischer als eine Vereinheitlichung in der Deutschschweiz.

Hans Furer

Gegenüber HarmoS als Konkordat bin ich skeptisch geworden. Entweder müssen die Schulsysteme regional vereinheitlicht werden oder es braucht ein eidgenössisches Schulstrukturgesetz mit inhaltlichen Freiheiten für Regionen/Kantone. Als Landrat, Mitglied der Bildungskommission, haben wir unzählige – zum Teil unnötige (und mühsame) – Diskussionen im Mikroklima Baselland geführt. Das torpediert die ursprünglichen Absichten von HarmoS.

Fremdsprachen

3. Soll es für die gesamte Deutschschweiz eine einheitliche Regelung geben oder genügen Ihrer Ansicht nach regionale Vereinheitlichungen (z.B. Nordwestschweiz, Innerschweiz, Ostschweiz)?

Doris Vögeli

Regionale Vereinheitlichungen sind sinnvoll. Entsprechenden Bedürfnissen (z.B. Grenzkantone) kann Rechnung getragen werden. Das Anstreben einer einheitlichen Regelung führt zu unnötigen, nicht zielführenden Diskussionen. Die Bedürfnisse und Interessen divergieren zu sehr.

Elisabeth Schneider-Schneiter

Das Bildungswesen ist eine verfassungsrechtliche Kompetenz der Kantone. Diese respektiere ich und hoffe, dass die Kantone in der Lage sind, möglichst einheitliche Regelungen in der Deutschschweiz zu schaffen.

Andrea Heger

Will man Umzüge innerhalb der Schweiz vereinfachen, bevorzuge ich klar eine möglichst einheitliche Regelung (Sprachreihenfolge und einheitlicher Beginn). Wenn das nicht möglich wird, muss man mindestens eine Einigung in der Reihenfolge finden. Die jetzige Form ist konträr zum «HarmoS-Trend».

Caroline Mall

Nein, dies erachte ich als nicht sinnvoll. Regionale Vereinheitlichungen bieten den nötigen freien Spielraum der Kantone. Wir neigen dazu, alles zu vereinheitlichen und schaffen die Freiräume immer mehr ab.

Martin Rüegg

Ja. Ansonsten wird ein wesentliches Harmonisierungsziel verpasst.

Florence Brenzikofer

Dieses Versprechen wurde leider nicht eingehalten. Die Einführung der Fremdsprachen und die unterschiedlichen Stundentafeln in der Nordwestschweiz zeigen es auf. In Grenzgebieten wie Fricktal-Baselland wird dieser Nachteil deutlich (in Kaiseraugst ist die erste Fremdsprache Englisch, in Augst ist es Französisch).

Jürg Wiedemann

Unter dem Deckmantel von HarmoS soll eine neue Unterrichtsphilosophie eingeführt werden, welche die Kinder gleichschaltet, eine Einheitsschule anstrebt und die Lehrpersonen in ihrer methodischen und didaktischen Freiheit stark einschränkt. HarmoS hat nichts mehr mit der Harmonisierung der Schulen zu tun. HarmoS ist gescheitert. Die Stimmbürger/-innen wurden mit leeren Versprechen verschaukelt. Mittels des repetitiv heruntergebeteten «Volksauftrags» hat die BKSD eine Vielzahl von Beschlüssen rechtfertigt, denen das Volk nicht zugestimmt hat.

Doris Vögeli

Die Bemühungen sind lobenswert, doch nicht unbedingt Realität. Es hängt sehr viel davon ab, welche Schwerpunkte die Klassenlehrperson legt und ob es sich um eine leistungsstarke Klasse handelt oder nicht. In den Lehrmitteln wäre eine gewisse Konstanz anzustreben.

Elisabeth Schneider-Schneiter

Es gibt noch Handlungsbedarf auf den verschiedenen Ebenen. Siehe auch die Ziele der EDK: http://www.edudoc.ch/static/web/edk/II_edk_d.pdf. Mit dem Stipendienkonkordat haben die Bildungsdirektoren gezeigt, dass eine schweizweite Lösung in Bildungsfragen möglich ist. Wichtig ist, dass die Kantone sich zu einheitlichen Lösungen zusammenraufen können.

Mobilität von Familien

Der Bildungsartikel und das HarmoS-Konkordat wurden der Bevölkerung primär mit dem Argument des Abbaus von Mobilitätshindernissen schmackhaft gemacht. Wie weit wurde dieses Versprechen Ihrer Meinung nach eingelöst und wo sehen Sie weiteren Handlungsbedarf?

Martin Rüegg

Die Harmonisierung ist weit vorangeschritten, aber noch nicht am Ziel, was bei der Grösse des Projekts und den föderalistischen Strukturen in unserem Land nicht überrascht. Insbesondere in der Sprachenfrage sind weitere Anstrengungen nötig. Ich würde es bedauern, wenn weitere wichtige Bausteine wie der überarbeitete Lehrplan 21 nicht oder nur teilweise zustande kämen.

Christoph Buser

Die Annäherung der Dauer und wichtigsten Ziele auf allen Bildungsstufen der obligatorischen Schulbildung ist noch in vollem Gange und die Versprechen wurden grösstenteils noch nicht eingelöst. Das sehe ich aber nicht als problematisch an, denn wir sollten in der Bildungspolitik nichts übereilen und stattdessen den Veränderungen die nötige Zeit geben. Wichtig ist jedoch auch, dass wir nicht mitten im Prozess rechtsumkehrt machen. Das bringt nur Unruhe in die Bildungslandschaft und schadet der eigentlichen Arbeit in den Schulzimmern.

Hans Furer

HarmoS ist als abstraktes Gebilde eine gute Idee. Die Umsetzung ist alles andere als optimal. Unter der Lehrerschaft ist Unruhe entstanden, die so gross ist, dass das Kerngeschäft, der Unterricht, neben Sitzungen und dauerndem Anpassungsstress, zynisch gesagt, zur Nebensache geworden ist. Das kann es nicht sein! Handlungsbedarf ist beim Verhältnis Lehrerschaft/Kanton angesagt. Wo Hektik herrscht, ist Beruhigung nötig. Wo Überbelastung besteht, ist sie abzubauen. Wo Unsicherheit verbreitet wird, sind klare und berechenbare Führungsgrundsätze gefragt.

Andrea Heger

Diese Versprechen sind noch viel zu wenig umgesetzt. Mit dem Lehrplan 21 ist man auf dem Weg. Es sind aber zu wenige Kantone einbezogen. Und was den Fremdsprachenunterricht betrifft: Diesbezüglich wurde die Mobilität in den letzten Jahren erschwert anstatt vereinfacht! Der jetzige Zustand ist so nicht verantwortbar.

Caroline Mall

Das HarmoS-Konkordat wurde dem Stimmbürger falsch verkauft. Art. 62 der Bundesverfassung wurde bis dato falsch umgesetzt und der Stimmbürger, die Lehrerschaft und die Kinder sowie die Steuerzahler haben das Nachsehen. Art. 62 sieht eine Harmonisierung des Schuleintrittsalters, der Schulpflicht, der Dauer und Ziele der Bildungsstufen vor. Wir haben in den letzten Jahren Mammut-Reformen erlassen, die weit über das Ziel von Art. 62 hinausschiessen. Deshalb: Abbau von unnötigem, bürokratischem Aufwand an den Schulen, Stärkung der Lehrerbildung in der Praxis.

Florence Brenzikofer

Nach Möglichkeit sollen behinderte Kinder integrativ geschult werden. Die Kleinklassen dürfen aber nicht flächendeckend abgeschafft werden. Der Kanton Bern hat dies vor einigen Jahren gemacht, heute stellt sich heraus, dass die komplette Abschaffung ein Fehler war.

Jürg Wiedemann

Dass Baselland zu denjenigen Kantonen gehört, welche am meisten Kinder separativ beschult, ist suboptimal und sollte schnell korrigiert werden. Integrationen, die jedoch nur noch sozialen Ansprüchen genügen und nicht mehr zum Ziel haben, das Kind auch nur ansatzweise an die Leistung seiner Mitschüler/-innen heranzuführen, sind wenig sinnvoll. Nicht funktionierende Integrationen sollen rasch abgebrochen werden.

Doris Vögeli

Ich begrüsse die Tendenz zur Integration vor Separation unter der Prämisse, dass es 1. für das Kind leistbar ist und entsprechende Fortschritte sichtbar sind, und 2. für die Lehrpersonen leistbar und zumutbar und für die gesamte Klasse tragbar ist.

Elisabeth Schneider-Schneiter

Die integrative Schulung ist meines Erachtens nicht zielführend. Sie vernachlässigt gute Lösungen für lernschwache, lernbehinderte Kinder und andererseits sind lernstarke bzw. hochbegabte Schüler unterfordert. Das Bildungsniveau sinkt insgesamt.

Martin Rüegg

Ich finde den Grundsatz nach wie vor richtig – gerade im Kanton BL, wo unerklärlich viel separiert wurde. Mir ist die Mitsprache der Lehrpersonen wichtig. Diese muss gesichert sein. Und: Die für das Gelingen notwendigen Ressourcen finanzieller und räumlicher Art müssen bereitgestellt werden. Ich bin auf die überarbeitete Landratsvorlage «Integrative Schulung» gespannt.

Christoph Buser

Ich bin skeptisch. «Integration vor Separation» trage ich zwar im Grundsatz als Leitgedanken mit. Aber ich wehre mich gegen den wachsenden politischen Druck aus Kreisen, die davon ausgehen, dass alle Kinder gleich sein müssen. Dem ist nicht so. Wir müssen darum anerkennen, dass Einführungs- und Kleinklassen eine wichtige Funktion haben und weiterhin haben werden. Auch zeigen die Kostenentwicklungen in unserem Kanton seit Annahme des Sonderpädagogik-Konkordats, dass etwas nicht stimmen kann. Es kann nicht sein, dass plötzlich so viele Kinder mehr abgeklärt werden müssen als früher

Hans Furer

Bei dieser Frage verweise ich auf mein Postulat im Landrat (2014/068: «Die Folgen des Sonderpädagogik-Konkordats sind zu prüfen»). Das Volk hat dieses im Rahmen von HarmoS akzeptiert. Mein Postulat wurde von allen Parteien mitunterzeichnet. Kleinklassen und Einführungsklassen haben bis heute Sinn gemacht. Die Entwicklungen sind für mich insofern beunruhigend, weil integrative Klassen eine enorme Anforderung an die Lehrpersonen darstellen. Hier ist ein Marschhalt nötig. Ich bin nicht gegen die integrative Schulung, aber zwischen dem Modell und der täglichen Praxis gibt es Differenzen.

Andrea Heger

Grundsätzlich bin ich für eine offene, integrierende Gesellschaft. Die Schule kann/soll einen Beitrag leisten. Mit den vorhandenen Ressourcen stösst sie aber an ihre Grenzen und kann die hohen Erwartungen kaum erfüllen. Die meist fehlende Einführungsklasse bemängle ich. Leider müssen die unterstützenden Massnahmen zu oft durch verschiedene Personen wahrgenommen werden. Die Gesamtsituation ist noch unbefriedigend.

Caroline Mall

Eine absolut falsche Entwicklung. Dies sind zwei Gefässe, welche es schwächeren Kindern ermöglichen, sich Wissen in kleineren Gruppen und in einem anderen Umfeld anzueignen und zu festigen. Wir haben heute so viele heterogene Klassen, in denen manche Kinder «untergehen». Mit der Abschaffung der KK und der EK werden wir mit einem Qualitätsabbau innerhalb des Regelunterrichtes rechnen müssen und viel Unzufriedenheit bei Kindern, Lehrpersonen und Erziehungsberechtigten schaffen. Für mich sind dies Gefässe, welche die Kinder zu einem späteren Zeitpunkt gut integrieren lassen. Also kann ich nicht wirklich von Separation sprechen.

Integration vor Separation

Mit dem Grundsatz «Integration vor Separation» hat sich das Gesicht der Volksschule in den letzten Jahren erheblich verändert. Vielerorts schaffte man Einführungs- oder Kleinklassen ab und stellte stattdessen auf integrative Schulung in der Regelklasse um. Wie beurteilen Sie die bisherigen Entwicklungen in diesem Bereich?

Florence Brenzikofer

Die Maturitätsquote ist angestiegen, ich finde nicht, dass sie zu tief ist bei uns. Das duale Bildungssystem ist eine Stärke der Schweiz und dieses soll meiner Meinung nach weiter an Attraktivität gewinnen. Die aktuell tiefe Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz ist ein Resultat des dualen Bildungssystems.

Jürg Wiedemann

Die Schweiz hat ihren Wohlstand nicht Bodenschätzen, sondern der guten Bildung der Bevölkerung zu verdanken. Die Maturitätsquote durch Veränderung der Leistungsansprüche zu verändern, zielt in die falsche Richtung. Hochqualifizierte Arbeitnehmer/-innen können wir nur hervorbringen, wenn sowohl die Volksschule als auch die tertiären Bildungsstufen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung haben.

Doris Vögeli

Die Matur in der Schweiz ist ein Leistungsausweis und ein Qualitätsmerkmal unseres Ausbildungssystems. Eine Erhöhung der Maturitätsquote birgt die Gefahr einer Anpassung des Niveaus nach unten.

Elisabeth Schneider-Schneiter

Ich begrüsse den Status quo, dieser schafft Anreize, Leistungen zu bringen. Durch die Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem stehen viele Möglichkeiten zur Verfügung.

Martin Rüegg

Unsere Berufswelt verlangt ständig besser ausgebildete Leute. Mit der Einführung der Berufs- und der Fachmaturität hat sich die Maturitätsquote in der Schweiz bereits deutlich erhöht. Eine weitere Erhöhung muss inhaltlich gut begründet sein. Vergessen wir dabei nicht, dass das Erfolgsmodell Schweiz auch auf qualitativ hoch stehende Berufslehren zurückzuführen ist.

Maturitätsquote

Von verschiedener Seite wird immer wieder moniert, die Maturitätsquote in der Schweiz – insbesondere im Vergleich mit anderen europäischen Ländern – sei zu tief. Wie stehen Sie zur Forderung nach einer Erhöhung der Maturitätsquote?

Caroline Mall

Ein falscher Vergleich. Vergleichen wir die Arbeitslosigkeit mit jenen Ländern, welche eine enorm hohe Maturitätsquote haben. Wir haben dank dem dualen Bildungssystem weltweit ein Erfolgsmodell. Wir können die Maturitätsquote nicht künstlich anheben und dadurch die Jugendarbeitslosigkeit befördern. Wir brauchen beides: Maturanden und gute Berufsausbildungen.

Christoph Buser

Ich lehne diese Forderung ab. Wir haben im Gegenteil heute zu viele Jugendliche, die den Weg des Gymnasiums wählen statt den einer Berufslehre. Der Fachkräftemangel, über welchen insbesondere auch viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU) klagen, macht deutlich, wie hoch die Nachfrage nach gut ausgebildeten Nachwuchskräften in diesen Bereichen ist. Wir brauchen gut ausgebildete Fachkräfte für die Zukunft, und da leistet der duale Bildungsweg einen entscheidenden Beitrag. Die im Vergleich mit der Schweiz hohen Maturitätsquoten im Ausland erklären sich mit dem dort fehlenden oder teilweise zwar vorhandenen, aber schwachen dualen Berufsbildungssystem. Die im Vergleich zum Ausland sehr tiefe Jugendarbeitslosenquote in der Schweiz andererseits ist ein Beleg dafür, dass wir mit unserem dualen Bildungssystem richtig liegen.

Hans Furer

Ein Problem ist, dass die gesamte EU unsere hervorragende duale Berufsbildung nicht versteht. Wenn in Frankreich 90% der Schülerinnen die Matura absolvieren, so degradiert man die Matura. Wir haben uns für tiefe Maturitätsquoten entschieden, aber für eine grosse Durchlässigkeit und weiterführende Bildungswege (Fachmatura, Fachhochschulen). Diesen Weg sollten wir konsequent weiterführen. Deshalb ist die Matura denen vorzubehalten, die wirklich studieren wollen. Leider ist der gesellschaftliche Druck (alle wollen eine hohe Ausbildung und viel verdienen) extrem hoch. Die Lehrerschaft ist hier im Sandwich. Die seit langem stattfindende Selektion nach oben ist zu verhindern. Deshalb bin ich klar gegen eine Erhöhung der Maturitätsquote.

Andrea Heger

Ich sehe für die Schweiz keinen Vorteil durch eine höhere Quote. Die Gefahr besteht, dass die Quantität die Qualität negativ beeinflusst. Zudem kennen einige der anderen Länder unser gutes Berufsbildungssystem und die damit verbundenen weiteren Wege zu einer guten/höheren Ausbildung nicht. Eine höhere Maturitätsquote ist auch kein Garant für eine tiefere Arbeitslosigkeit.

Florence Brenzikofer

Der Lehrberuf muss wieder attraktiver werden, so würden weniger Lehrerinnen und Lehrer nach kurzer Zeit aussteigen – die Finanzstrategie 2016-2019 der Baselbieter Regierung provoziert leider das Gegenteil. Es scheint mir wichtig, dass die jungen Lehrpersonen beim Start ins Arbeitsleben gut eingeführt und begleitet werden.

Jürg Wiedemann

Junglehrer/-innen sollten durch eine geringere Pflichtstundenzahl entlastet werden, damit sie mehr Zeit haben, gute Unterrichtslektionen vorzubereiten. Hilfreich für einen sanften Einstieg ist auch ein gutes Mentorsystem, wobei dieses nicht zum Nulltarif zu haben ist. Entscheidend ist aber, dass sie fachlich fundiert und spezialisiert ausgebildet sind. Nur so erlangen sie den notwendigen Respekt und damit auch Sicherheit und Souveränität.

Doris Vögeli

An der FHNW soll dem Thema Elterngespräche bzw. Konfliktmanagement mit Eltern mehr Beachtung geschenkt werden. In pädagogischen Teams können Junglehrerinnen und Junglehrer von den Erfahrungen ihrer Kolleginnen und Kollegen profitieren, «Karrieremöglichkeiten» im Lehrberuf sind zu verbessern.

Elisabeth Schneider-Schneiter

Seit Jahren findet eine Feminisierung des Bildungswesens statt. Auf Kindergarten-, Primar- und Sek I-Stufe finden sich fast nur noch Frauen mit Teilzeitpensen als Lehrpersonen. Die Frauen geben ihren Beruf auf, weil sie Familienaufgaben übernehmen. Die wenigen Männer geben ihn auf, weil er ihnen nicht die Reputation bringt, welche sie erwarten.

Christoph Buser

Ich gehe davon aus, dass dahinter unterschiedliche und oftmals sehr individuelle Überlegungen stehen. Mit den von Ihnen erwähnten Studien bin ich aber nicht vertraut.

Hans Furer

Bei den Primarlehrern (-innen): Ich habe schon als Geschäftsführer von «Schule und Elternhaus Schweiz» in den 90er Jahren gesagt, dass man für die persönliche Entwicklung und die Lohnentwicklung bei der Lehrerschaft etwas tun muss. Die gesellschaftliche Akzeptanz der Lehrerschaft hat leider abgenommen und es darf nicht sein, dass die Lehrerschaft von Eltern und Politikern dauernd kritisiert wird und zum Teil nicht mehr ernst genommen wird. Bei der Selektion der Studentinnen und Studenten ist darauf zu achten, dass nur diejenigen den Lehrberuf ergreifen, die ihn auch wirklich wollen und nicht diejenigen, die nicht genau wissen, was sie studieren wollen.

Junglehrer steigen aus

Studien zeigen, dass nicht weniger als 50% der Junglehrerinnen und Junglehrer in der Schweiz den Beruf innert 5 Jahren bereits wieder aufgeben. Worin sehen Sie die Ursachen hierfür und was könnte man Ihrer Meinung nach dagegen tun?

Andrea Heger

Einige wählen die Ausbildung als «Grundstein» für weitere berufliche Möglichkeiten. Weitere Ideen: Der Beruf ist anspruchsvoller als sein Ruf; falsche Vorstellungen; Abnahme der Gestaltungsfreiräume; Aufwand und Ertrag stimmen nicht. Mögliche Massnahmen: stärkere Praxisverankerung in der Ausbildung; gute Unterstützung in den ersten Berufsjahren; Schulpraktika vor Ausbildung; gute Eignungsabklärungen.

Caroline Mall

Die Lehrpersonen können immer weniger ihrem Berufsauftrag, nämlich Wissen vermitteln, nachkommen. Sie müssen sich mit unnötigem bürokratischem Aufwand auseinandersetzen. Ein anderes Problem sind sicherlich auch die heterogenen Schulklassen, welche individuelle Bedürfnisse bündeln. Aus meiner Sicht müssen sich auch die Erziehungsberechtigten ihrer Verantwortung etwas mehr bewusst werden und die erzieherischen Aufgaben nicht auf die Lehrpersonen abwälzen. Die Ausbildung von zukünftigen Lehrpersonen muss praxisorientierter gestaltet werden.

Martin Rüegg

Viele Lehrpersonen starten mit falschen Vorstellungen. Deshalb muss die Ausbildung möglichst praxisbezogen und -nah, aber auch schrittweise erfolgen. Die Rahmenbedingungen, welche sich ständig verschlechtert haben, müssen endlich wieder verbessert werden.

Florence Brenzikofer

Siehe meine Antwort auf die vorhergehende Frage. Die Erhöhung der Pflichtstunden, die Lohnreduktion und das Abwälzen von neuen Aufgaben an die Schule richten langfristig grosse Schäden an. Der Lehrerberuf verliert eindeutig an Attraktivität, deshalb entscheiden sich immer weniger Männer dafür, diesen Beruf zu ergreifen.

Jürg Wiedemann

Einen künstlichen Eingriff oder eine Geschlechterquote erachte ich als wenig sinnvoll. Vielmehr sollte die Attraktivität der Primarschulen als Arbeitgeber erhöht werden. Dass Primarlehrpersonen eine höhere Unterrichtspflichtstundenzahl aufgebracht bekommen und gleichzeitig auch noch signifikant weniger verdienen, ist eine Geringschätzung ihrer Arbeit und nicht mehr zeitgemäss.

Doris Vögeli

Das Berufsbild sollte gestärkt und die Bedeutung als wertvoller, wichtiger Beruf in der Gesellschaft hervorgehoben werden. Vor allem die beruflichen Perspektiven – nicht nur für Männer – sind attraktiver zu gestalten.

Elisabeth Schneider-Schneiter

Ja, das ist ein grosses Problem, welches ich bei der schulischen Erziehung meiner Kinder spüre. Diese Entwicklung führt dazu, dass Buben (v.a. solche mit getrennten Eltern) nur noch weibliche Bezugspersonen haben und die schulische und gesellschaftliche Erziehungsaufgabe fast nur noch bei Frauen liegt. Für eine ausgewogene Erziehung braucht es aber Frauen und Männer. V.a. für Buben sind männliche Bezugspersonen wichtig. Ich fordere eine Männerquote auf Kinder- und Primarschulstufe und damit diese realisiert werden kann, braucht es eine bessere Bezahlung. Evtl. wäre es auch richtig, die vielen Teilzeitpensen zu hinterfragen.

Feminisierung

Der Lehrerberuf hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten eine hochgradige Feminisierung erfahren; insbesondere auf der Primarstufe unterrichten kaum noch Männer. Was könnte man Ihrer Meinung nach dafür tun, um das Verhältnis zwischen den Geschlechtern an den Schulen wieder ausgeglichener gestalten zu können?

Martin Rüegg

Ich glaube, es braucht eine Doppelstrategie: Die Schule muss für Männer (wieder!) und die ausserschulische Berufswelt für Frauen attraktiver gestaltet werden. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben: Immer mehr Männer wollen sich in der Familienarbeit einbringen und immer mehr Frauen mit guter Ausbildung verlangen nach besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Christoph Buser

Ich sehe es insbesondere als Aufgabe der Pädagogischen Hochschulen, junge Männer genauso wie junge Frauen für eine Ausbildung für den Lehrerberuf auf Primarstufe anzusprechen. Wir sehen Geschlechtsrollen-Stereotypen auch in anderen Berufen, zum Beispiel im Handwerk und in technischen Berufen. Hier haben die Berufsverbände auch vor Jahren begonnen, beide Geschlechter gleichermaßen anzusprechen und mehr junge Frauen für diese Berufe zu motivieren. Das ist eine langfristige Arbeit und ich bin sicher, dass wir in den kommenden Jahren eine bessere Durchmischung in allen Berufen haben werden. Jedoch entscheidet schlussendlich jeder/jede für sich, welcher Beruf ihm/ihr am besten gefällt.

Hans Furer

Ursache der Feminisierung bei den Primarlehrern ist die Lohnentwicklung und mangelnde berufliche Perspektiven. Zudem ist der Beruf ideal (geworden!) für Teilzeit. Die Entwicklungsmöglichkeiten auf der Primarschulstufe fehlen: einmal Primarlehrerin – immer Primarlehrerin. Hier muss ein «Mehr» gefordert werden, denn in jedem Beruf sollte man sich entwickeln können, ohne ihn wechseln zu müssen.

Andrea Heger

1. Den Ist-Zustand nicht dramatisieren, um interessierte Männer nicht abzuschrecken und die Frauen nicht zu diskreditieren. 2. Bei Werbebildern für die PHs bewusst Männer und Frauen im Berufsalltag zeigen. 3. Unterrichtende Sek-Lehrer befragen, weshalb sie sich nicht für die Primar entschieden haben und allenfalls die genannten Aspekte verändern.

Caroline Mall

Wir müssen versuchen, die Attraktivität des Lehrerberufes wieder zu stärken, mehr Werbung für diesen einzigartigen und wertvollen Beruf machen. Ich kann mir gut vorstellen, dass oft die Respektlosigkeit von Schülerinnen und Schülern den Lehrkräften zu schaffen macht. Die Erziehungsberechtigten müssen in diesen Prozess miteinbezogen werden. Hier sollten wir ebenfalls ansetzen, damit die Lehrperson in ihrer Kompetenz mehr Unterstützung findet.

Florence Brenzikofer
Ja.

Jürg Wiedemann

Schulleiter sind Vorgesetzte mit Weisungsbefugnissen und keine «Kumpels». Sie haben heute aber zu viel Macht, was von einigen in den letzten Monaten auf verwerfliche Art missbraucht wurde: Lehrpersonen, welche die SP-Bildungspolitik mit ihrem dogmatischen Systemwechsel öffentlich kritisierten, wurden unter Druck gesetzt und mit Maulkorb belegt. Das ist schleunigst abzustellen.

Doris Vögeli

Die Schulleiter sind mit anspruchsvollen Führungsaufgaben konfrontiert. Sie müssen die Verantwortung für die Schule nicht nur in fachlicher und personeller Hinsicht wahrnehmen, sondern auch für die Schulentwicklung und -qualität sorgen. Es braucht zur Leitung einer Schule klare Führungsstrukturen und -persönlichkeiten. Ich begrüsse daher den Systemwechsel.

Elisabeth Schneider-Schneiter

Je mehr Bildungsadministration gefordert wird, desto mehr braucht es derartige Führungshierarchien. Warum sich nicht einmal Gedanken darüber machen, dass die Bildungsausgaben wieder vermehrt in die direkte Bildung der Kinder gesteckt wird, statt in die eigene Bürokratie?

Christoph Buser

Ich finde die Idee im Grundsatz richtig, dass unter dem Schulleiter-System eine klare betriebliche Führung einer Schule bzw. einer Schuleinheit geschaffen wurde. Auch dass die Schulleiter die pädagogische Qualität sichern, das Personal führen und für die Budget- und Infrastrukturplanung verantwortlich zeichnen, ist zu begrüssen. Problematisch ist meines Erachtens aber die Tatsache, dass laut einer Studie von Stephan Huber, Leiter des Instituts für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie an der Pädagogischen Hochschule Zug, rund 16 Prozent der Schulleiter vor einem Burnout stehen.

Geleitete Schulen

Mit der Einführung von Geleiteten Schulen hat man die Hierarchieverhältnisse an Schweizer Schulen in den vergangenen Jahren stark verändert. Der Schulleiter ist nicht mehr Primus inter pares, sondern im eigentlichen Sinne der Chef der Lehrpersonen. Hat sich dieser Systemwechsel aus Ihrer Sicht bezahlt gemacht?

Hans Furer

Jein! Da der Schulleiter/die Schulleiterin meistens aus dem Kollegium kommt, ist der Wechsel zum «Chef» schwierig. Bewährt hat sich dies alles noch nicht, aber für mich ist es Fakt, dass man die Verwaltung einer grossen Schule nicht mehr einem externen Rektorat mit zwei bis drei Angestellten übergeben kann. Es braucht Führungsstrukturen im Schulhaus selber. Führung heisst aber auch Kompetenzen delegieren. Wer nur zum Erfüllungsgehilfen des Amts für Volksschulen wird, kann sich nicht als Chef delegieren.

Andrea Heger

Ich sehe nichts Negatives. Die Klärung der Strukturen und Rollen (z.B. Leitung des Konvents) fand ich hilfreich.

Caroline Mall

Das kann nicht abschliessend mit Ja oder Nein beantwortet werden. Ein Schulleiter muss mannigfaltige Fähigkeiten haben, da er sich auf verschiedenen Ebenen bewegt. Ein guter Schulleiter muss nicht demonstrieren, dass er die Herrschaft über die Lehrpersonen hat, sondern er sollte Vertrauen schaffen und versuchen, ein gutes Bindeglied zwischen Gemeinde, Kanton, Lehrpersonen, Schülerinnen und Schüler sowie Erziehungsberechtigten zu sein. Die Ausbildung zum Schulleiter sollte daher auch überprüft werden.

Martin Rüegg

Im Grundsatz ja. Aber das Gelingen hängt nicht nur an Strukturen, sondern ist auch von den Persönlichkeiten, ihrer Professionalität und ihrem Führungsverständnis abhängig. Eine echte Mitsprache der Lehrpersonen muss gewährleistet sein.

Florence Brenzikofer

Ich würde an dieser Lohnsystematik festhalten. Ich bin dagegen, dass Lehrpersonen für die gleiche Arbeit in unterschiedlichen geographischen Regionen anders entlohnt werden. Ein Bonussystem lehne ich ebenfalls ab.

Jürg Wiedemann

Das Lohnsystem in Bezug auf die Erfahrungsstufen erachte ich als gut. Unbefriedigend ist, dass für die Lohnklasseneinteilung nicht die Qualität der Ausbildung die massgebende Rolle ist, sondern die Anzahl Fächer, für welche die Lehrperson eine Unterrichtsbefähigung besitzt.

Doris Vögeli

Das Lohnsystem ist transparent und nachvollziehbar.

Elisabeth Schneider-Schneiter

Das ist ein System, welches bei allen Staatsangestellten so angewendet wird. Beim Bund wird eine solche Systematik zurzeit überprüft. Bei Lehrpersonen wird eine Einstufung nach Leistungskriterien vermutlich schwierig sein.

Martin Rüegg

Ich finde sie nach wie vor richtig und korrekt. Lehrpersonen haben kaum Aufstiegschancen respektive die Möglichkeit, in ein anders Berufsfeld zu wechseln. Dafür aber hoheitliche Funktionen, die häufig mit grossen Belastungen verbunden sind.

Christoph Buser

Ziel einer Personalstrategie muss es sein, die Mitarbeitenden anforderungs-, markt- und leistungsgerecht zu entlohnen und sehr gute Leistungen auch als solche zu belohnen. Es scheint unfair zu sein, wenn Mitarbeiter, die sich überdurchschnittlich einsetzen, dafür nicht auch mehr Lohn erhalten und andere Mitarbeiter, die über die Jahre die gleiche Arbeit erledigen und sich nicht neu erfinden, nur aufgrund der Dauer des Anstellungsverhältnisses mehr verdienen. Auch erschöpft sich mit der Zeit der Mehrwert, den die Berufserfahrung bringt, weshalb sich ein Lohnanstieg mit den Jahren aus meiner Sicht nicht mehr einfach aufgrund der Erfahrung verargumentieren lässt. Ich würde deshalb eine Anpassung der Lohnsystematik hin zu einer leistungsbezogeneren Beurteilung begrüssen. Nichtsdestotrotz: Gerade im Bildungsbereich ist es sehr schwierig, ein Lohnsystem zu erarbeiten, dass all den Anforderungen gerecht wird und das sich dann auch noch ohne zu viel Eigendynamik kantonsweit umsetzen lässt.

Lohnsystematik

Viele Lehrpersonen werden Ihrer Anstellung gemäss einer Lohnklasse zugewiesen, welche in eine bestimmte Anzahl Erfahrungsstufen unterteilt ist. Mit zunehmender Berufserfahrung steigt der Lohn an. Wie beurteilen Sie diese Lohnsystematik?

Hans Furer

Was ist die Alternative? Würde man Erfahrung und Leistung beurteilen und bei «Transfers» von einer Schule in die andere Löhne zahlen, würde dies zu Ungerechtigkeiten führen, die wohl niemand will. Bei einem neuen System würden auch die Frauen unter Druck kommen, weil in der Schweiz zwischen den Löhnen von Frauen und Männern immer noch 10 bis 20 % unerklärbare Lohnunterschiede bestehen. Fazit: Ein anderes System führt in des Teufels Küche, es ist eine Wahl zwischen Pest und Cholera.

Andrea Heger

Jedes Lohnsystem hat Vor- und Nachteile. Grundsätzlich begrüsse ich ein System, wo nicht jährlich oder bei einer Neuanschaffung um den Lohn «gefeilscht» wird. Dort zählt oft «Verkaufstalent» und nicht nur Leistung. M.E. stimmt aber der ES-Anstieg nicht mit dem Zuwachs an Fähigkeiten überein. Die Steigung müsste vor allem in den ersten Jahren sehr schnell wachsen und dann abflachen.

Caroline Mall

Ich finde, diese Praxis hat sich bewährt.

Florence Brenzikofer

Unsere Schule ist sprachenlastig. Wichtig ist, dass bei der Beförderung die naturwissenschaftlichen Fächer und die Sprachfächer gleichwertig zählen.

Jürg Wiedemann

Wenn Biologie, Chemie und Physik als Einzelfächer verschwinden und zu einem Sammelfach zusammengefasst werden, so akzentuiert sich dieses Problem weiter. Die Schüler/-innen erhielten im Zeugnis nur noch eine Note. Die naturwissenschaftlichen Fächer, welche für unsere Pharma- und Chemieindustrie in besonderem Masse wichtig wären, würden marginalisiert. Die Folge ist ein klarer Bildungsabbau.

Doris Vögeli

Eine Grundausbildung soll möglichst breitfächerig gehalten sein. Die musische, sportliche, handwerkliche Seite hat ihren berechtigten Anspruch im Lehrplan. Um den Naturwissenschaften und der Technologie mehr Gewicht zu verleihen, bestünde die Möglichkeit, semesterweise Blöcke zu schaffen, die ein vertieftes Arbeiten ermöglichen und zu einem höheren Wissensgrad führen.

Elisabeth Schneider-Schneiter

Ja, diese Aussage deckt sich voll und ganz mit meiner Erfahrung. Die sogenannten MINT-Kompetenzen kommen viel zu kurz. Wir sollten unsere Kinder bereits im Kindergarten MINT-entsprechend ausbilden. Unser Fachkräftemangel hängt damit zusammen, dass wir es während Jahren verpasst haben, unsere Kinder in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik zu sensibilisieren.

Sprachenlastigkeit

Immer wieder hört man, die heutige Volksschule sei zu sprachenlastig und schenke den Naturwissenschaften und der Technologie zu wenig Beachtung. Die Sprachenlastigkeit benachteilige überdies tendenziell die Jungen. Wie stehen Sie zu dieser Aussage?

Martin Rüegg

Ich teile diese Ansicht. Der Kanton BL hat das Problem erkannt und Massnahmen zur Stärkung der MINT-Fächer ergriffen (mehr Lektionen auf allen Stufen, neue Unterrichtsmaterialien, Stärkung des Aus- und Weiterbildungsangebots).

Christoph Buser

Der Fachkräftemangel in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen zeigt auf, dass sich offensichtlich nicht genug junge Menschen, und zwar junge Frauen und Männer, in der Schweiz für einen naturwissenschaftlichen oder technischen Berufsweg entscheiden. Wir müssen deshalb bereits in der obligatorischen Schule beginnen, bei Schülerinnen und Schülern einen besseren Bezug zu Naturwissenschaften und Technologie zu erreichen und den sogenannten MINT-Fächern eine grössere Beachtung schenken. Ich glaube jedoch nicht, dass Sprachenlastigkeit oder auch Mathematiklastigkeit eines der beiden Geschlechter benachteiligt.

Hans Furer

Gegenüber dieser Aussage bin ich skeptisch. Hingegen ist die Nordwestschweiz fokussiert auf Lifescience. Allein Roche und Novartis machen 100 Milliarden Umsatz pro Jahr. Wir brauchen Naturwissenschaftler, Laboranten, Techniker und es ist richtig, in der Nordwestschweiz auf diese Fächer den Finger bewusst zu legen.

Andrea Heger

Das sehe ich nicht ganz so. Es besteht allerdings das Risiko, dass ich als Frau und nun für zwei Fremdsprachen Ausgebildete das nicht ganz neutral sehe.

Caroline Mall

Die Naturwissenschaften werden mit dem neuen Fach MINT gestärkt, und ich denke, dass dies ein gute Entwicklung ist und ein Gleichgewicht zur Sprachenlastigkeit schafft.

Florence Brenzikofer

Eine leidenschaftliche Lehrperson, die über das nötige Fachwissen verfügt und motiviert ist, ihr Wissen an junge Menschen weiterzugeben.

Jürg Wiedemann

Eine gute Lehrperson strahlt eine natürliche Autorität aus, ist fachlich fundiert ausgebildet und sattelfest, bietet anspruchsvollen Unterricht, ist menschlich und geht auf seine Schützlinge ein, fordert und bleibt fair.

Doris Vögeli

Verständnis im Sinne von Ermutigung für die Kinder; Freude am Beruf; nicht Kumpel, sondern Leader sein (Führen durch Vorbild); transparentes und konsequentes Handeln.

Elisabeth Schneider-Schneiter

Starker Charakter, Durchsetzungsvermögen, Intelligenz und Neugierde.

Christoph Buser

1. Motivation und Engagement.
2. Das Beherrschen des didaktisch-methodischen Handwerkszeugs.
3. Die Strenge und Sportlichkeit eines Trainers.
4. Das Bewusstsein, dass auch der Berufsbildungsweg ein sehr guter Bildungsweg ist – auch für P-Schülerinnen und -Schüler.

Hans Furer

Sattelfest sein in den zu unterrichtenden Fächern und eine sehr hohe soziale Kompetenz gegenüber Kindern und Jugendlichen sowie gegenüber den Eltern.

Gute Lehrpersonen

Was sind Ihrer Ansicht nach die wichtigsten Merkmale einer guten Lehrperson?

Andrea Heger

Sie hat Freude an dem, was sie tut (Unterricht und Freizeit) und kann diese übertragen; sie hat Wissbegierde und Entdeckerfreude; sie ist selbstkritisch; jedes Schulkind fühlt sich individuell wahrgenommen und wichtig; sie fördert ein gutes «Klassenklima»; sie ist Vorbild; sie hat Humor; sie führt klar/transparent/berechenbar und sehr wertschätzend; sie hat grosses Fachwissen; sie stellt hohe fachliche Anforderungen.

Caroline Mall

Die Schülerinnen und Schüler motivieren und ihre Fähigkeiten optimal stärken. Wissen den Schülerinnen und Schüler zu vermitteln, und zwar mit viel Begeisterung und sie auf das reale Berufsleben oder höhere Schulen vorbereiten. Die Lehrperson sollte eine wichtige Person für Schülerinnen und Schüler darstellen und Vertrauen innerhalb des Klassenverbundes schaffen. Eine Bezugsperson, die in guter Erinnerung bleibt.

Martin Rüegg

Wenn die Antwort so einfach wäre wie die Frage ... Eine gute Lehrperson verfügt m.E. nicht nur über hohe fachliche (Wissen) und methodische Kompetenzen (Strukturierung des Unterrichts, Methodenvielfalt), sondern auch über hohe persönliche (Selbstbewusstsein, Leistungsfähigkeit) und soziale (Fairness, Toleranz, schafft gutes Lernklima) Kompetenzen.

Florence Brenzikofer

Vielfalt - Qualität – Menschlichkeit.

Jürg Wiedemann

Hohe Unterrichtsqualität mit engagierten und motivierten Lehrpersonen, umfangreiche finanzielle Ressourcen, drei Sek-Leistungszüge für die verschiedenen Ansprüche in sämtlichen Promotionsfächern (ausser in Sport).

Doris Vögeli

Die Durchlässigkeit der Ausbildungsmöglichkeiten vom Kindergarten bis zur Universität; das duale Bildungssystem; die Verflechtung von Wissen (Können) und dessen Anwendbarkeit (Kompetenz).

Elisabeth Schneider-Schneiter

1. Eine starke öffentliche Schule/Hochschule eröffnet Chancengleichheit.
2. Durchlässigkeit des Bildungssystems auf den verschiedenen Stufen.
3. Duales Bildungssystem als Erfolgsmodell der Schweiz.

Christoph Buser

1. Das duale Berufsbildungssystem mit all seinen verschiedenen Lehrberufen und genügend Lehrstellen.
2. Der offene Zugang, der Chancengleichheit ermöglicht.
3. Die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Ausbildungswegen.

Hans Furer

1. Als Multikultination gelingt es uns, Kinder aus unterschiedlichsten Kulturen in unser Bildungssystem und damit in unsere Gesellschaft zu integrieren.
2. Die Lehrpersonen verfügen über sehr hohe Berufskompetenzen.
3. Als Land ohne Ressourcen wissen wir, dass die Ausbildung unserer Bewohner (-innen) den wichtigsten «Rohstoff» darstellt.

Andrea Heger

Durchlässigkeit; duales Bildungssystem; breite Sprachkenntnisse (Fremdsprachen, hoher Alphabetisierungsgrad).

Caroline Mall

Das duale Bildungssystem, die Durchlässigkeit und die optimalen Standorte der Fachhochschulen und Universitäten.

Qualitätsmerkmale

Was sind Ihrer Meinung nach die 3 grössten Qualitätsmerkmale des schweizerischen Bildungssystems?

Martin Rüegg

Die Durchlässigkeit, das duale Bildungssystem, staatliches Schulsystem.

Florence Brenzikofer

Strukturunterschiede:

- Dauer der Schulzeit
- Einführung Fremdsprachen

Jürg Wiedemann

Die angestrebten Bildungsreformen wurden von Phantasten und Schreibtischtätern ohne Praxisbezug ausgearbeitet. Ein ernsthafter Einbezug der Lehrpersonen, welche diese Reformen tragen müssten, ist nicht gegeben. Das Kerngeschäft verkommt zur Nebensache.

Doris Vögeli

Die schleichende Anpassung des Bildungsniveaus nach unten; die unverhältnismässige administrative Belastung durch den Kanton sowie dessen teils mangelnde Unterstützung der Schulleitungen und Lehrpersonen; der ständige Erneuerungswahn im Bildungswesen.

Elisabeth Schneider-Schneiter

1. Integratives Schulsystem wird den einzelnen Bedürfnissen nicht gerecht.
2. Feminisierung des Bildungswesens.
3. Sparprogramme auf kantonaler und Bundesebene.

Martin Rüegg

Das zunehmende Diktat der Ökonomisierung (Vergleichstests, Evaluationen), der zunehmende Spardruck, die noch ungenügende Harmonisierung.

Problemfelder

Was sind Ihrer Meinung nach die 3 grössten Problemfelder des schweizerischen Bildungssystems?

Christoph Buser

1. Dass wir ein top aufgestelltes duales Berufsbildungssystem haben, sich jedoch die Politik nicht bewusst ist, dass wir dieses Berufsbildungssystem gleich wie den universitären Weg pflegen und gleichwertig behandeln müssen.
2. Dass wir mit HarmoS zu rasch vorwärts machen und dabei das ganze Bildungssystem überfordern.
3. Dass Lehrerinnen und Lehrer im Verhältnis zu viel Zeit für Administration benötigen, statt diese Zeit in die tatsächliche Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen investieren zu können.

Hans Furer

1. Die Schule wird immer mehr verpolitisiert, was mit den verschiedenen Abstimmungen über das HarmoS-Konkordat und der Diskussion um die Einführung einer Fremdsprache an der Primarschulen zusammenhängt. Ich sage nicht, welche Partei dieses Feuer besonders schürt ...
2. Statt den Beruf des Lehrers gesellschaftlich aufzuwerten, wird alles unternommen, um diesen Beruf dauernd zu kritisieren. Dass die Lehrerschaft sich oft blossgestellt fühlt, verstehe ich. Nicht nur der LCH und seine Sektionen müssen Imagewerbung betreiben, sondern auch wir als Gesellschaft.
3. Weil im Bildungswesen (das die Kantone bezahlen) viel Geld steckt und die Kantone in den letzten Jahren ein finanzielles Dauerproblem gehabt haben (Baselland ganz besonders!), ist der Spardruck sehr hoch. Man läuft Gefahr, das Bildungswesen unter dem finanziellen Aspekt kaputt zu reorganisieren.

Andrea Heger

Heterogenität und Individualisierungsbedarf, «Reformitis» (zu viele und teilweise nicht zu Ende gedachte Reformen); latente Gefahr der zu starken Gewichtung von Rankings und daraus resultierend die Gefahr des «learning to the test».

Caroline Mall

Unnötige Reformen und Regulierungen, zum Teil unnötige, zu wenig auf die Lehrpersonen zugeschnittene Weiterbildungen, die 15% zu 85% stimmen in keinem Verhältnis und sind nicht umsetzbar, Hilflosigkeit durch die zunehmende Heterogenität.

Christoph Buser
Hier passe ich.

Florence Brenzikofer

Während meiner Schulzeit in den 80er Jahren hatte ich viele unterschiedliche Lehrertypen. Die Sekundarschulzeit hat mich nachhaltig am stärksten geprägt und von den Lehrpersonen waren es einerseits mein damaliger Englischlehrer – cool, jung, offen – und auf der anderen Seite mein Klassenlehrer, er war sehr streng und konservativ.

Jürg Wiedemann

Lehrperson, die sich durch fundierte Fachkompetenz, riesiges Engagement und grosse Wertschätzung gegenüber ihren Schützlingen zeigten und damit Vorbilder waren.

Doris Vögeli

Viele Lehrpersonen sind bei mir in sehr guter Erinnerung geblieben. Grundsätzlich diejenigen, die uns Schülerinnen und Schülern mit einer ermutigenden, offenen Haltung gegenüberstanden und auch mal einen Scherz verstanden.

Elisabeth Schneider-Schneiter

Mein Mathematik- und Turnlehrer im Progymnasium. Im Turnen hatte ich immer eine 6.

Persönliche Frage

Zum Abschluss eine persönliche Frage: Welche Lehrperson aus Ihrer eigenen Schulzeit hat Sie am nachhaltigsten geprägt und warum?

Martin Rüegg

Mich haben «gute» (so mache ich es auch mal), aber auch «schlechte» (so ganz sicher nicht) Lehrpersonen geprägt – Namen nenne ich keine!

Hans Furer

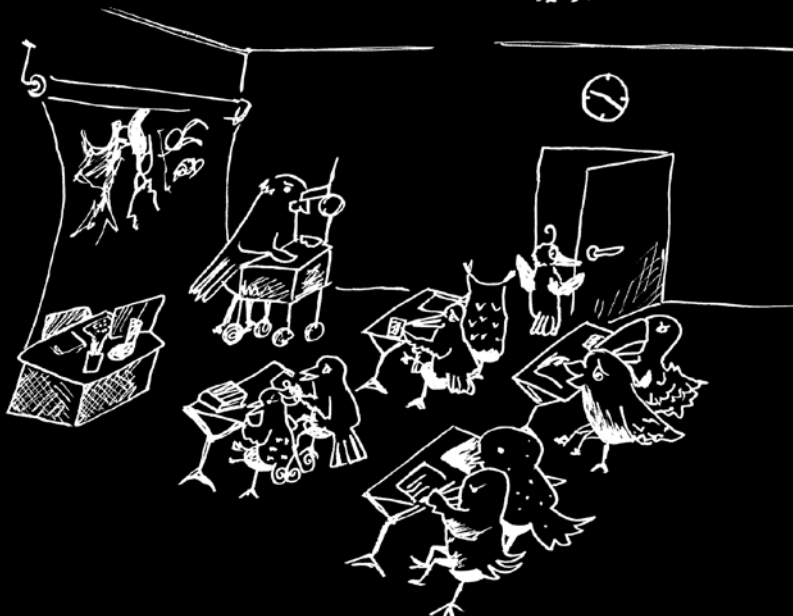
Mein Lateinlehrer, der ein Herr alter Schule war, hatte klare Regeln, ein bestimmtes Auftreten und war sehr leistungsorientiert. Unser Englischlehrer zeigte sich schülernah: Er diskutierte mit uns über den FCB, liess uns während der schriftlichen Prüfungen alleine im Zimmer (die Noten kamen erstaunlicherweise nicht anders heraus, obwohl man hätte spicken können). In der Unterstufe des Gymnasiums beeindruckte mich unsere warmherzige Deutschlehrerin, die ihre Schülerinnen und Schüler quasi als «ihre» Kinder betrachtet hatte und viel Empathie zeigte. Auf einen Nenner gebracht: Leistungsorientierung, Toleranz und soziale Kompetenz (Warmherzigkeit) durfte ich intensiv erleben.

Andrea Heger

Mein Primarlehrer der 4. und 5. Primar. Er erfüllt meine zuvor angeführten Anforderungen/Kriterien. Er konnte mit seiner persönlichen Begeisterung und Beharrlichkeit bei mir Freude an Dingen (z.B. Sport, Lesen) wecken, die ich vorher nicht gehabt hatte. Er förderte uns nicht nur fachlich, sondern auch in unserer Persönlichkeitsentwicklung: Das ist wohl das Nachhaltigste.

Caroline Mall

Walter Kälin. Er hat uns auf das reale Leben vorbereitet.



*Classroom Walkthrough -
Fokus "individualisierendes Lernen"*

LVB-Informationen

Neues Schuljahr, neue Mitarbeitende, neue LVB-Mitglieder!

Jedes neu beginnende Schuljahr bringt in der Regel auch neue Gesichter an die einzelnen Schulen. Der LVB ist darauf angewiesen, dass sich seine Mitglieder dafür einsetzen, Kolleginnen und Kollegen davon zu überzeugen, unserem Berufsverband beizutreten, der im Sinne einer stufenübergreifenden Solidargemeinschaft die Interessen aller Baselbieter Lehrerinnen und Lehrer vertritt. Die Rechnung ist ganz einfach: Je mehr Mitglieder wir zählen, desto schlagkräftiger sind wir!

Es sei einmal mehr in Erinnerung gerufen: Der LVB ist die einzige Institution im Kanton Baselland, welche sich ausschliesslich den Anliegen der Lehrerschaft widmet. Ausserdem sind die LVB-Amtsträger (Geschäftsleitung und Kantonalvorstand) weiterhin aktiv als Lehrpersonen im Einsatz, sodass die Gefahr einer Abgehobenheit vom Berufsalltag gar nicht erst entstehen kann.

Wir bitten Sie deshalb, auch an Ihrer Schule neue LVB-Mitglieder anzuwerben! Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Entschädigung für Nutzung privater Informatikmittel wird eingeführt

Ein weiteres Thema, mit dem der LVB seit vielen Jahren immer wieder bei der Regierung vorstellig geworden ist, ist der historisch gewachsene, aber höchst ungerechte Umstand, dass Lehrkräfte ohne jegliche Entschädigung ihre private IT-Ausrüstung für schulische Zwecke einsetzen.

Nun endlich macht die Regierung einen zwar sehr kleinen Schritt, der aber zumindest in die richtige Richtung geht. Im Protokoll der Regierungssitzung vom 30. Juni 2015 heisst es:

Verordnung über Schulvergütungen an den Schulen des Kantons Basel-Landschaft

Der Regierungsrat beschliesst:

I. Die Verordnung vom 15. März 2005¹ über Schulvergütungen an den Schulen des Kantons Basel-Landschaft wird wie folgt geändert:

§ 14a Auslagenersatz für die Nutzung privater Informatikmittel

¹ Für die Nutzung privater Informatikmittel als Arbeitsinstrumente erhalten die Lehrpersonen der Sekundarstufen I und II pro Schuljahr einen Pauschalbeitrag.

² Der Pauschalbeitrag beträgt pro Schuljahr:

- a. CHF 200.-- bei einem Pensum von 51 bis 100%;
- b. CHF 100.-- bei einem Pensum von 15 bis 50%;
- c. CHF 50.-- bei einem Pensum von weniger als 15%.

³ Voraussetzungen für die Ausrichtung des Beitrags sind die Einhaltung der Mindestanforderungen für den Einsatz privater Geräte, welche durch das Steuergremium Schulinformatik (SGSI) erlassen werden, sowie die Unterzeichnung der entsprechenden Weisung.

II. Keine Fremdänderungen.

III. Keine Fremdaufhebungen.

IV. Inkrafttreten Diese Änderung tritt am 1. August 2015 in Kraft.

Rechtsstreit zwischen LVB und SWCH gütlich beigelegt

Von 1969 bis 1992 unterhielten der Verein Schule und Weiterbildung Schweiz (SWCH) und der LVB ein gemeinsames Sekretariat. Während 20 dieser 23 Jahre beschäftigten beide Vereine den Sekretär je zu 50%. Obwohl der gemeinsame Sekretär für beide Vereine arbeitete und sich beide Vereine auch sämtliche Sekretariatskosten immer anteilmässig geteilt haben, war bei der BLPK nur der LVB als Arbeitgeber dieses Sekretärs gemeldet.

Im Zuge der BLPK-Reform sah sich nun der LVB mit einer Ausfinanzierungsforderung in der Höhe von ursprünglich rund 250'000 Fr. konfrontiert, der definitive Betrag belief sich schliesslich auf 224'829 Fr. Um diesen Betrag fristgerecht per 31.12.2014 bezahlen zu können, hat der LVB bei der BLKB einen Kredit in der Höhe von 150'000 Fr. aufgenommen, der binnen 10 Jahren zurückgezahlt werden muss, und die verbleibende Summe aus der Rechtsschutzkasse bezahlt. Das Vorgehen wurde an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 27. Mai 2014 so beschlossen.

Gleichzeitig wandte sich der LVB mit der Forderung an den SWCH, die Hälfte der Ausfinanzierungskosten zu übernehmen. Die zum Teil mit harten Bandagen geführte rechtliche Auseinandersetzung darüber endete schliesslich am 10. Juni 2015 mit einem Vergleich zwischen beiden Parteien: Der SWCH bezahlte dem LVB 58'000 Fr. an die Ausfinanzierungssumme, und ausserdem wurde der gemeinsame Sekretär per 1. Juli 2015 bei der BLPK zu je 50% dem SWCH und dem LVB zugeordnet, so dass beide Vereine für künftige Verpflichtungen zu gleichen Teilen verantwortlich sein werden. Angesichts der geringen Aussichten, auf dem Rechtsweg eine bessere Lösung zu erreichen (immerhin liegt die Pensionierung des Sekretärs über 20 Jahre zurück), sieht die LVB-Geschäftsleitung in diesem mittlerweile vollzogenen Vergleich das bestmögliche Ergebnis. Ein besonderer Dank gilt dem LCH, der für den grössten Teil der Anwaltskosten aufgekomen ist, die dem LVB in diesem Rechtsstreit erwachsen sind.

Werden Sie LVB-Delegierte! Ein spannendes und wichtiges Amt zugleich!

Bedingt durch eine Reihe an (Früh-)Pensionierungen und anderweitig bedingte Rücktritte galt es im vergangenen Jahr, zahlreiche LVB-Delegiertensitze neu zu besetzen. In vielen Fällen ist dies gelungen und wir freuen uns speziell darauf, alle neuen Delegierten anlässlich der nächsten Delegiertenversammlung vom 23. September 2015 ein erstes Mal in Muttenz begrüssen zu dürfen.

Noch sind einige Delegiertensitze vakant, wie Sie dieser Liste entnehmen können:

Regionalsektion Arlesheim: 2 freie Sitze
 Regionalsektion Binningen: 2 freie Sitze
 Regionalsektion Liestal: 1 freier Sitz
 Regionalsektion Sissach: 1 freier Sitz
 Regionalsektion Waldenburg: 4 freie Sitze

Verbandssektion BLVSS: 3 freie Sitze
 Verbandssektion GBL: 5 freie Sitze
 Verbandssektion LMS: 2 freie Sitze
 Verbandssektion LVHS: 3 freie Sitze
 Verbandssektion VIBG: 2 freie Sitze
 Verbandssektion VSF: 1 freier Sitz
 Verbandssektion VTGHK: 1 freier Sitz

Für die LVB-Geschäftsleitung sind die Delegierten wertvolle persönliche Kontakte, die auch Informationen in ihre Kollegien weitertragen und aus erster Hand erfahren, was der LVB alles macht. Einen jederzeit aktuellen Überblick über die Delegierten der einzelnen Sektionen finden Sie online auf <http://www.lvb.ch/de/Kontakt/Delegierte.php>

Mit dem Amt verbunden sind lediglich zwei Termine pro Jahr: die Delegiertenversammlungen in MuttENZ jeweils mittwochs um 19.30 Uhr; einmal im Frühling und einmal im Herbst. Die Geschäftsleitung ist immer darum bemüht, diese Anlässe attraktiv zu gestalten, regelmässig sind bekannte Referenten zu Gast wie zuletzt z.B. Prof. Allan Guggenbühl, Prof. Mathias Binswanger oder Prof. Roland Reichenbach.

Im Weiteren stellen die Delegiertenversammlungen eine ausgezeichnete Möglichkeit dar, in direkten Kontakt und Austausch mit den politischen Entscheidungsträgern des Kantons Baselland zu kommen. So wird sich am 23. September die neue Bildungsdirektorin Monica Gschwind den Fragen der Anwesenden stellen. In jedem Fall sind diese Veranstaltungen weitaus mehr als ein zähes Abarbeiten statutarischer Geschäfte. Im Falle einer Verhinderung sind die Delegierten gebeten, sich beim Aktuariat abzumelden oder eine Stellvertretung aus der eigenen Sektion zu schicken.

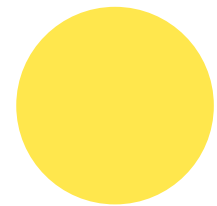
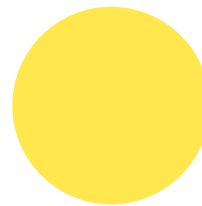
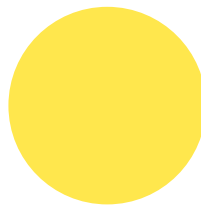
Keinesfalls zu unterschätzen ist der Einflussbereich der Delegiertenversammlung gemäss LVB-Statuten:

20.2 Die Delegiertenversammlung übt die Aufsicht über die Tätigkeit des Kantonalvorstands (KV) aus.

20.3 Ihr obliegen

- a) Statutenänderungen
- b) Entgegennahme des Jahresberichts
- c) Abnahme der Jahresrechnung und des Revisionsberichts
- d) Genehmigung des Budgets
- e) Festsetzung der Jahresbeiträge und allfälliger zweckgebundener Beiträge
- f) Wahl der KV-Mitglieder gemäss 22.1 und aus diesem Kreis des Präsidenten bzw. der Präsidentin des LVB.
Dabei ist aus jeder Verbandssektion mindestens ein Vertreter bzw. eine Vertreterin zu wählen.
- g) Wahl der LVB-Delegierten bei LCH
- h) Beschlussfassung über angefochtene Einzelausschlussentscheide des KV
- i) Beschlussfassung über Aufnahme oder Ausschluss von Verbandssektionen
- k) Beschlussfassung über gewerkschaftliche Massnahmen.

Bei Fragen oder Interesse an diesem Amt können Sie sich gerne an unsere Geschäftsstelle wenden: info@lvb.ch



Berichte von Pensioniertenanlässen

Von Karl Hofstätter



Veloreise «Von Basel nach Mainz» oder 436 km nordwärts bei südlich-heissen Temperaturen

Teilnehmende: Bachmann Martin, Braun Erich, Brunner Bruno, Buss Ferdi, Herzog Christian, Hofstätter Karl, Honnegger Jürg, Huber Marcel, Isenring Doris, Ochsner Walter, Recher Hansueli, Schinz Marc und Zuberbühler Rico

1. Tag: Gemeinsamer Treffpunkt und Start in Weil am Rhein – entlang des Canal d'Alsace – Petite Camarque Alsacienne – Kembs – Besichtigung der romanischen Kirche (11. Jh.) von Ottmarsheim – Neuf-Brisach/Vaubans geometrisch angelegter Festungsbau – Breisach am Rhein/Münsterberg mit Denkmal zur deutsch-französischen Freundschaft und Versöhnung. Übernachtung im «Breisacher Hof».

Wetter: einige feine Regenspritzer zum Abschied von der Schweiz, danach trocken und sonnig; ca. 66 km gefahren.

2. Tag: Breisach am Rhein – dem Kaiserstuhl entlang – Rust – Kehl. Abwechslungsreiche Fahrt auf dem Damm (unbefestigt und staubig), zwischen Rhein und Auenwäldern mit unzähligen Tümpeln und Seitenarmen des Rheins, vorbei an Staustufen, vielen Bootshäfen und einigen Fähren – Umleitungsstrecke für Velotouristen führt uns in lange und kühlende Grüntunnels der Auenwälder, Durchqueren von kiesig-sandigen Furten und erhol-sames Pedalen entlang des Flüsschens Taubergiessen und durch das Naturbiotop Nonnenweiher. Übernachtung im «Hotel ates». Wetter: sonnig, etwas Wind, ideales Velowetter; ca. 94 km gefahren.

3. Tag: Kehl – Gamsheim/Rhein- nau – Wörth (gegenüber von Karlsruhe).

Tage werden ständig wärmer – früherer Start – Überquerung des Rheins nach Strasbourg auf der «Passerelle des deux Rives» (Symbol für deutsch-französische Freundschaft). Eine Gruppe der deutschen Grenzpolizei auf der Fussgängerpasserelle unterstützt uns bei unserem Gruppenfoto – kühles Fahren durch lange und schattige Auenwälder und gut befestigte Dammstrassen – Rufe von Kuckuck und Pirol – Besuch der Fischtreppe an der Doppelschleuse Gamsheim/Rheinbau (Beobachtung von aufsteigenden Fischen unter Wasser durch drei grosse Glasfenster hindurch!) – schnelles Vorankommen auf Autoteststrecken, vorbei an Chemiefabriken und durch grosse Kieswerke – Schnakenplage.



Übernachtung im «Hotel zum Hirsch». Wetter: noch sonniger und sehr warm; ca. 96 km gefahren.

4. Tag: (Feiertag) Würth – Speyer – Gernersheim – Ludwigshafen.

Fronleichnam und Sonne = Ausflugs- tag mit Frühstart: Wir schlängeln uns durch das zahlreiche Freizeitpublikum auf den Velowegen – vorbei an Bades- seen, es kuckuckt aus den Auen und Dammwiesen werden geheut. Speyer: Pause mit Musikdarbietungen im Park am grossen romanischen Kaiserdom und eindruckliche Besichtigung (Kryp- ta und Kaisergräber). Besuch des Ju- denhofs (rituelles Reinigungsbad) und Entspannung in der verkehrsfreien Ma- ximilienstrasse.

Übernachtung im «Best Western».

Wetter: sehr heiss; ca. 84 km gefahren.

5. Tag: Ludwigshafen – Worms – Nierstein – Ludwigshöhe – Mainz.

Früher Start – BASF Ludwigshafen und am Tor 13 (!!!) des Werksgeländes der erste Plattfuss ... – für Reparaturprofi Marc eine Routineübung – alles fährt dem Schatten nach – Worms: geführter Besuch des ältesten jüdischen Fried- hofs in Europa, Besichtigung des Wormser Doms. Etwas kühlere Fahrt- strecke direkt am Rhein, oft holprig und sandig von früheren Überflutun- gen, stündliche Trinkpausen – Bewäs-

serungsanlagen allenthalben – Wein- dörfer – vor Mainz kurzer Anstieg zur Ludwigshöhe: schöne Aussichtsfahrt im Schatten der Rebbergmauern.

Wir geniessen den Abschlussabend an der Mainzer Rheinpromenade.

Übernachtung im «Hotel Mainzer Hof» – Christian und Marc verabschie- den sich.

Wetter: Sonne brennt, über 33 Grad, heissester Tag in Deutschland im Rhein- Main-Gebiet; ca. 88 km gefahren.

6. Tag: Die Stadt Mainz und die Heimreise mit ICE bis Basel plus individuelle Heimfahrt.

Besuch der Mainzer Innenstadt mit dem Velo: Besichtigung der 1000-jäh- rigen Kathedrale und deren Kreuz-

gang und der Stiftskirche St. Stephan, die von den Glasfenstern Marc Chagalls in ein fantastisches bläuliches Licht ge- taucht ist. Bummel im Zentrum um den Marktplatz und vorbei am 9 Meter ho- hen Fastnachtsbrunnen mit 200 bron- zenen Figuren von Till Eulenspiegel über Hanswurst bis zum Geldbeutel- wäscher.

Wetter: nächtliche Gewitter und son- nig; ca. 8 km gefahren.

Das grossartige Wetterglück, eine un- fallfreie Fahrt und eine gute Kamerad- schaft liessen diese Veloreise zu einem nachhaltigen Erlebnis werden. Auch die gegenseitige Hilfsbereitschaft in allen Velosituationen führte zu einer harmonischen und entspannten Atmo- sphäre in unserer Gruppe. Anstrengen- de Passagen bei Hitze, Staub und Schotter konnten stets mit humorvol- ler Aufmunterung bewältigt werden.

Ein herzlicher Dank für diese spannen- de Velotour gebührt Rico Zuberbühler, der alles aufgegleist und bestens in die Wege geleitet hat. Auch haben viele unterstützende Aktivitäten der Grup- penmitglieder zum erfreulichen Gelin- gen dieser Radtour beigetragen. Alle Teilnehmenden können mit positiven Erinnerungen auf eine erlebnisreiche Velowoche zurückblicken – kurz ausge- drückt: Es war cool und heiss zugleich.



«Bekenntnisse des Schulentwicklers Felix Walldorf» Achter Teil

Eine Fortsetzungsgeschichte von Michael Weiss



«Ihr EKG zeigt keine besonderen Auffälligkeiten», beschied mir der Notarzt, noch bevor wir uns auf den Weg ins Spital machten. «Aber Ihrer Tachykardie möchte ich trotzdem auf den Grund gehen. Auch wenn kein Anlass zu unmittelbarer Sorge besteht.»

So fuhren wir denn – ohne Blaulicht und Sirene – ins Kantonsspital, wo man mich in der Notfallabteilung auf ein Bett legte und rund um mich herum die Vorhänge schloss. Ich muss gestehen, dass ich mir eine Notfallbehandlung anders vorgestellt hätte. Nachdem man mir eine Infusion gesteckt und mich an das Puls- und Blutdruckmessgerät angeschlossen hatte, liess man mich erst einmal liegen. Alle anderen Patienten, die ich zwar nicht sehen, dafür aber umso besser hören konnte, schienen an dringenderen Beschwerden zu leiden.

Nach etwa einer halben Stunde nahm mir schliesslich eine deutsche Assistenzärztin etliche Dosen Blut ab. Mein Puls lag weiterhin deutlich über 100, doch das schien niemanden wirklich zu interessieren. Die Assistenzärztin bat mich, mich im Bedarfsfall mithilfe des Knopfes zu melden, der an einem Kabel auf mein Bett herunterhing, und widmete sich sogleich wie das übrige Personal wieder den Patienten mit Nierensteinen, ausgerenkten Armen, Platzwunden und Alkoholvergiftungen.

Stunden vergingen, ohne dass irgendjemand nach mir geschaut hätte.

Durch einen Spalt im Vorhang sah ich das gegenüberliegende Fenster. Es dämmerte bereits. Meine innere Unruhe legte sich langsam, der Pulsmesser zeigte noch Werte im

Bereich von 90 Schlägen pro Minute an. Schliesslich begann ich sogar einzunicken.

Ich schreckte wieder auf, als sich plötzlich und ganz unerwartet der Vorhang öffnete. Eine neue junge Ärztin, begleitet von einem noch jüngeren Kollegen, trat ein. «Ihre Werte sind normal – soweit, wie sie schon vorliegen: Blutzucker, Sauerstoffsättigung, Entzündungswerte, Troponin, Cholesterin, Leukozythen ...», erklärte Sie mir in bestem Hochdeutsch. Die Schilddrüsenwerte stünden noch aus, ergänzte ihr Kollege mit einem leicht schwäbischen Akzent.

Jedenfalls, und da hätten sie Rücksprache mit dem diensthabenden Oberarzt genommen, bestehe kein Grund, mich momentan noch länger dazubehalten, zumal ja auch im EKG keine Auffälligkeiten erkennbar gewesen waren. Man werde mich jedoch zeitnah für ein Belastungs-EKG und eine Ultraschalluntersuchung aufbieten. Bis dahin solle ich jegliche körperliche Anstrengung vermeiden. Eine generelle Krankschreibung sei aber nicht nötig.

Bereits wollten sich beide wieder von mir verabschieden. Im letzten Moment gelang es mir, sie darauf hinzuweisen, dass ich immer noch an einer Infusion hing. Diese würde mir, entgegnete die junge Ärztin, die Stationschwester abnehmen.

Noch einmal vergingen 20 Minuten, bis die Stationschwester Zeit fand, mich von meiner Verkabelung zu befreien.

Es war mittlerweile Viertel vor acht, und obwohl ich ja offiziell nicht krankgeschrieben war, zog ich es vor, an diesem Tag zuhause zu bleiben. Dass die Ärzte mir körperliche Anstrengung verboten hatten, beunruhigte mich. Ich fühlte mich elend und schwach und zu nichts mehr fähig.

Jasmin, die mittlerweile allein zu Hause war, schilderte ich kurz den Stand der Dinge. Sie vermied es, meine gesundheitliche Situation zu bewerten, und meinte, man müsse nun halt die weiteren Untersuchungen abwarten.

Meine Abwesenheit in der Schule entschuldigte ich mit einer akuten Darmgrippe. Daraufhin legte ich mich ins Bett und holte den in der Nacht verpassten Schlaf nach.

Bereits am Nachmittag fühlte ich mich deutlich besser. Ich erledigte meine E-Mail-Korrespondenz und beschloss, am darauffolgenden Tag wieder zur Arbeit zu gehen. Wir würden dann das Kollegium der Sekundarschule Hochmatt aus dem bernischen Benzdorf zu Besuch haben, welches sich unsere Limowelten ansehen würde, und da durfte ich als

Rektor nicht fehlen, obwohl mehrheitlich Toni den Anlass organisiert hatte.

Unsere Besucherinnen und Besucher, die bereits gegen 9 Uhr eintrafen, wurden zunächst in die Aula geführt, wo man ihnen in einem Film die Vorzüge unserer Limowelten erklärte. Der Film war zu grossen Teilen eine Adaption jenes Films, den ich seinerzeit in Moostborn zu sehen bekommen hatte, aber den kannten unsere Gäste ja nicht; und spätestens beim Hinweis darauf, dass unser Film ganz selbstständig von einer Schülergruppe aus unserer Pilotklasse gedreht worden sei, hatten wir die Sympathien auf unserer Seite. Dass das Drehbuch von Toni und mir verfasst worden war, musste an dieser Stelle ja nicht zwingend erwähnt werden.

Es war nun an mir, die Gäste an unserer Schule willkommen zu heissen und mich für das Interesse zu bedanken:

«Liebe Lehrerinnen und Lehrer der Sekundarschule Hochmatt!

Wer hätte vor 30 Jahren vorausgesehen, dass es heute möglich sein würde, sich praktisch jede Information, die einen interessiert, mithilfe eines Geräts zu beschaffen, das jedermann und jede Frau, ja selbst jedes Kind überallhin mitnehmen kann? Ein Gerät, das es uns erlaubt, an jedem Ort der Welt mit jeder anderen Person jederzeit in Kontakt zu bleiben?

Die Welt um uns herum verändert sich in einem nie dagewesenen Tempo. Berufe, denen heute noch die Zukunft zu gehören scheint, wird es vielleicht in wenigen Jahren schon nicht mehr geben, weil die entsprechenden Arbeiten durch intelligente Maschinen erledigt werden können. Die Herausforderungen, denen sich die Menschen in der Zukunft zu stellen haben werden, sind völlig unabsehbar. Klar ist einzig, dass nur diejenigen, die sich an immer neue Ausgangslagen anzupassen vermögen, überhaupt eine Chance haben werden, sich zu behaupten.

Unser heutiges Schulsystem liefert unseren Schülerinnen und Schülern auf die Fragen von morgen die Antworten von gestern. Es sind *unsere* Antworten, die wir unseren Schülerinnen und Schülern geben, weil *wir selbst* in der Welt von gestern aufgewachsen und stehen geblieben sind. Sie helfen unseren Schülerinnen und Schülern in der Welt von morgen aber nicht mehr weiter.

Genau hier setzt unser Projekt des Lernens in Motivationswelten an: In diesem Unterrichtsmodell sind es die Schülerin-

nen und Schüler, welche die Fragen stellen, und sie sind es auch, die nach den Antworten suchen. Neue Antworten auf neue Fragen; Antworten, die auch wir als Lehrerinnen und Lehrer nicht kennen, auch gar nicht kennen müssen, denn unsere Aufgabe ist es nicht länger, Schülerinnen und Schülern Antworten auf vor langer Zeit gelöste Rätsel und nicht mehr relevante Fragen zu liefern, sondern sie bei der Suche nach Antworten auf die Fragen der Zukunft zu begleiten.

Beim Lernen in den Motivationswelten, oder wie wir kurz sagen: in den Limowelten, ist die Beziehung zwischen Schülerinnen und Schülern auf der einen und den Lehrerinnen und Lehrern auf der anderen Seite ähnlich wie die zwischen einem Sportler und seinem Coach. Stefan Edberg, Boris Becker oder Magnus Norman könnten heute kein einziges Spiel an einem Profiturnier mehr gewinnen, ja selbst wenn sie heute noch dazu in der Lage wären, so zu spielen wie zu ihren besten Zeiten, hätten sie gegen die heutigen Topspieler keine Chance. Dennoch begleiten sie die aktiven Profis und führen diese zu Erfolgen, die ihre eigenen sogar noch übersteigen.

Wir sind davon überzeugt, mit unserem Schulprojekt die Schülerinnen und Schüler fit für eine unbekannte Zukunft zu machen. Sie sollen zu den Gewinnern dieser Zukunft gehören. Das, und nichts weniger, ist der Anspruch, den wir mit den Limowelten verfolgen.»

Auf meine Ansprache folgend erläuterten Alexandra und Jan, die innerhalb des Kollegiums zu den glühendsten Anhängern der Limowelten zählten, was sie aus Sicht der Unterrichtenden an dem Konzept besonders schätzten, und schliesslich durften sich auch noch einige handverlesene Schülerinnen und Schüler dazu äussern. Danach baten wir die anwesenden Gäste, ihre weiteren Fragen auf farbigen Zetteln zu notieren, bevor wir uns vor Ort in eine der Limowelten begaben.

Während dieser Zeit konnten Toni und ich die Zettel sichten und allzu kritische Fragen aussortieren. Den Zeitplan hatten wir von Anfang an so konzipiert, dass nicht alle Fragen würden beantwortet werden können, und für den Notfall hatten wir sogar noch eine Sammlung von wohlwollenden Fragen vorbereitet, die wir den Fragen unserer Gäste hätten beimischen können.

Da sich die kritischen Fragen jedoch grossmehrheitlich auf die Affäre mit dem Enthauptungsvideo konzentrierten, mussten wir gar nicht auf den Notfallplan zurückgreifen. Im Gegenteil: Ich nahm zu der Affäre Stellung, erklärte, welche Lehren wir daraus gezogen hätten und wie wir zu

verhindern gedachten, dass etwas Derartiges noch einmal vorkommt – und bediente damit das Bedürfnis nach einer kritischen Auseinandersetzung. Das hatte dann auch zu genügen; weitere kritische Fragen beantworteten wir keine mehr.

Der Schulleiter unserer Gastschule bedankte sich in breitem Berndeutsch für unsere Vorstellung der Limowelten und zeigte sich überzeugt, dass sein Kollegium inspiriert nach Benzdorf zurückkehren würde. Offensichtlich war der Anlass ein Erfolg.

Mich darüber zu freuen, gelang mir allerdings nicht. Hatte ich mich während meiner Rede und auch in den darauffolgenden Gesprächen mit unseren Gästen noch einigermaßen wohl gefühlt, so ergriff mich, kaum dass sie abgefahren waren, erneut ein heftiges Unwohlsein. Mir wurde schwindlig, mein Herz begann wieder zu rasen und meine Beine fühlten sich so schwach an, als würde ich im nächsten Moment kollabieren. Drauf und dran, mich erneut ins Spital zu begeben, sagte ich mir schliesslich, dass man dort wohl nichts Neues herausfinden würde und zwang mich zurück an meine Arbeit.

Die permanente Angst vor einem plötzlichen Zusammenbruch blieb während der folgenden Tage mein ständiger Begleiter, und immer wieder verfiel ich in einen panikartigen Zustand, den ich kaum unter Kontrolle bringen konnte. Das «zeitnahe» Aufgebot für eine umfangreichere kardiologische Untersuchung liess eine Woche auf sich warten.

Schliesslich musste ich dann aber doch zum Belastungs-EKG antreten, und mir war zumute, wie wenn ich zur Schlachtbank geführt worden wäre. Ich nahm im Wartezimmer Platz.

Wieder vergingen 30 Minuten des Wartens.

«Herr Walldorf?»

Ich blickte auf und sah in ein Gesicht, das mir bekannt vorkam. Eine junge Frau von höchstens 25 Jahren schaute mich freundlich an.

«Kennen Sie mich noch?», fragte sie mich, nachdem mein Blick ungebührend lang auf ihrem Gesicht verharret hatte.

«Wenn Sie so fragen, muss ich fast annehmen, dass Sie eine Schülerin von mir waren.»

«Corinne Weber», half sie mir auf die Sprünge. «Damals

noch Corinne Binder. Von 1997 bis 2001 war ich Ihre Schülerin. In der Klasse 4e.»

Ich strengte mein Gedächtnis an. Woran ich mich erinnern konnte, war, dass Corinne bei mir jeweils ganz links aussen in der zweiten Reihe gesessen hatte. Vom Verhalten her muss sie unauffällig gewesen sein, sonst hätte ich mich wohl noch besser an sie erinnert. Ob sie eine gute Schülerin gewesen war, konnte ich überhaupt nicht mehr sagen. 2001. Wenn sie 2001 die Sekundarschule verlassen hatte, musste sie jetzt schon knapp 30 Jahre alt sein.

«Geht es Ihnen gut?», fragte ich sie. Sie bejahte. «Ich will mich nicht beklagen. Und Ihnen? Unterrichten Sie immer noch?»

«Nur noch wenig», entgegnete ich. «Ich bin inzwischen Schulleiter geworden.»

«Gratuliere! Das ist sicher ein spannender Job! Allerdings ... zurzeit wohl auch ziemlich nervenaufreibend. Jedenfalls, was man so lesen konnte in den Zeitungen.»

«Ja, leider. Und damit hängt es wohl auch zusammen, dass ich jetzt hier bin.»

«Nun, wir untersuchen ja jetzt, was Ihnen denn genau fehlt. Ich mache alles bereit, und in Kürze wird Frau Bunke dazukommen.»

«Frau Bunke?»

«Ja, unsere Kardiologin.»

«Ich hatte gedacht, dass Sie die Kardiologin wären!»

Sie lächelte. «Nein, ich bin Pflegefachfrau.»

Ich versuchte mich zu erinnern, ob die 4e eine E- oder eine P-Klasse gewesen war, kam aber zu keinem Ergebnis.

Corinne öffnete eine Schublade. «Ich bringe jetzt die Elektroden bei Ihnen an. Würden Sie sich bitte obenherum freimachen?»

Es war mir zwar etwas peinlich, mich vor einer ehemaligen Schülerin zu entkleiden, ich zog aber dennoch wie geheissen mein Hemd aus.

«Ich muss Sie noch rasieren», stellte Corinne mit einem Blick auf meinen nackten Oberkörper fest. Mein Gefühl von

Peinlichkeit steigerte sich noch einmal massiv, aber ich versuchte, mir nichts anmerken zu lassen.

Obwohl es einige Zeit dauerte, bis alle Elektroden angeschlossen waren, erschien Frau Bunke immer noch nicht. Erneut hiess es also warten.

«Wie ist denn so die Arbeit in einem Spital?», wollte ich von Corinne wissen. «Vermutlich ja auch nicht frei von Stress, so wie die Gesundheitskosten unter Druck sind.»

«Nun ja, natürlich haben wir immer zu wenig Personal, und da gibt es manchmal schon sehr stressige Phasen, wenn zum Beispiel gerade mehrere Notfälle gleichzeitig eingeliefert werden. Die Arbeitszeiten mit den immer wieder wechselnden Schichten verlangen einem auch einiges ab. Aber das weiss man ja alles, wenn man einen solchen Beruf ergreift. Und wenn man gerne mit Patienten arbeitet, macht einem das auch nichts aus, beziehungsweise man nimmt es in Kauf. Aber was einen wirklich aufreibt», sie senkte ihre Stimme, «was man sich als Aussenstehender gar nicht vorstellen kann, das ist die unendliche Ineffizienz eines solchen Spitalbetriebs. Was hier alles an bürokratischen Leerläufen vor sich geht, das ist nicht mehr normal. Wie viele Prozent der Gelder, die für die Bildung ausgegeben werden, kommen Ihrer Meinung nach denn wirklich bei den Kindern an?»

«Vorsichtig geschätzt, würde ich sagen, sicher mindestens drei Viertel. Wahrscheinlich sogar noch mehr.»

«In einem Spital können Sie froh sein, wenn es ein Viertel des Geldes ist, das wirklich bis zu den Patienten kommt. Der Rest verschwindet in der Verwaltung.»

«Wie ist denn das möglich?»

«Schauen Sie sich einmal die Hierarchien in einem Spital an! Da muss jeder Vorgesetzte immer wieder legitimieren, dass es seine Stelle gibt. Also wird permanent umstrukturiert, evaluiert und reorganisiert. Und mit jedem Mal werden die Abläufe noch unsinniger. Ich könnte Ihnen da Geschichten erzählen ...»

Doch weiter kam sie nicht, denn in diesem Moment erschien Frau Bunke in der Tür. Sie blätterte in etwas, was wohl meine Krankenakte sein musste.

«So, Herr Walldorf», setzte sie, wie ich schon fast erwartet hatte, in reinstem Hochdeutsch und im Übrigen mit äusserster Bestimmtheit an. «Sinustachykardie, Blutwerte so-

weit normal. Frau Weber, haben Sie alles vorbereitet? Gut. Herr Walldorf, Sie treten jetzt in die Pedale. Die Anzeige hier gibt Ihnen das Tempo vor. Wenn Sie sich unwohl fühlen, melden Sie sich.»

Ich fühlte mich von Anfang an äusserst unwohl, aber angesichts des resoluten Auftretens von Frau Bunke getraute ich mich nicht, irgendetwas zu sagen, sondern strampelte los.

Anfangs ging alles sehr leicht, und so hatte ich Zeit, mir Gedanken darüber zu machen, ob man im Gesundheitswesen die in den Spitalverwaltungen versickernden Gelder wohl damit wieder einspart, dass man das Ausbilden der Ärzte den Deutschen überlässt. Allmählich erhöhte aber Frau Bunke den benötigten Kraftaufwand. Ich begann zu schwitzen, später zu keuchen, und doch spürte ich, dass ich durchhielt. Schliesslich war es nach einer Viertelstunde Frau Bunke, die entschied, dass sie genug gesehen habe.

«Kommen Sie mit. Wir machen jetzt den Ultraschall!»

Sie führte mich in einen abgedunkelten Raum. Das Verfahren war mir von Jasmins Schwangerschaft her noch bekannt. Allerdings hatte ich auf den Bildern von Benjamin jeweils überhaupt nichts erkennen können. Umso überraschter war ich, mit welcher Genauigkeit ich nun jedes Detail meines Herzes auf dem Bildschirm betrachten konnte.

Frau Bunke schaute auf den Monitor, tippte und klickte und bewegte das Ultraschallgerät von einem Ort zum anderen.

«Ihr Herz ist völlig gesund», sagte sie schliesslich. «Wir machen jetzt noch ein 24-Stunden-EKG, aber ich erwarte nicht, dort etwas Auffälliges zu finden. Wenn doch, würden wir Sie benachrichtigen. Gehen Sie zurück ins Zimmer 14, Frau Weber wird das EKG anschliessen.»

Erneut verkabelt und mit einer Aufzeichnungsbox in der Hosentasche verliess ich das Spital. Ich fühlte mich erleichtert, so sehr, dass ich, zum ersten Mal seit Jahren, meine Joggingsschuhe hervorholte und eine längere Runde drehte – immerhin hatte mich Corinne ermuntert, mich während der kommenden 24 Stunden auch körperlich zu betätigen.

Leider hielt das positive Gefühl nicht lange an. Ich wusste zwar inzwischen, dass ich körperlich gesund war, aber die Anfälle von Panik und äusserster innerer Anspannung verfolgten mich weiterhin und machten mir das Leben zur Qual.

Mir wurde immer bewusster, dass die Lösung des Problems

an einer anderen Stelle zu finden war: Ich musste als Schulleiter der Sekundarschule Sulzwil zurücktreten. Nur, wie sollte es dann beruflich weitergehen? Wieder als Lehrer zu arbeiten, kam für mich nicht in Frage.

Ich vereinbarte, mich mit unserer Schulratspräsidentin zu einem Nachessen zu treffen.

«Julia», begann ich, «nach allem, was vorgefallen ist, bin ich nicht mehr davon überzeugt, dass ich der Richtige bin, um die Sekundarschule Sulzwil weiterhin zu führen. Wie siehst du das?»

«Wir haben die Situation auch schon im Schulrat besprochen. Einerseits haben wir alle den grössten Respekt vor dem, was du an unserer Schule aufgebaut hast. Andererseits ist da – auch wenn es selbstverständlich nicht dein

Verschulden ist – die Geschichte mit deinem Sohn, die nicht nur medial viel Staub aufgewirbelt, sondern auch die Stimmung im Kollegium vergiftet hat. Da befindest du dich tatsächlich in einem äusserst schwierigen Rollenkonflikt.»

«... der aber auch weiter bestehen würde, wenn ich wieder ausschliesslich als Lehrer arbeiten würde.»

«Es kann auch nicht angehen, dass du jetzt den Kopf für etwas hinhalten musst, das dir gar nicht anzulasten ist. Wir brauchen Leute wie dich, die die Schule voranbringen. Und ausserdem: Wer würde sich noch getrauen, deine Nachfolge anzutreten, wenn wir dich jetzt fallen liessen?»

«Nun, das wäre wohl tatsächlich etwas ungeschickt und letzten Endes kontraproduktiv für die Zukunft unserer Schule. Aber was schwebt dir denn konkret vor?»

Ausgezeichneter Service und günstige Prämien für LCH-Mitglieder



Jetzt Prämie
berechnen
und Offerte
einholen!

Exklusiv versicherbare Zusatzleistungen in der Haushaltversicherung:

- Rechtsschutz für Strafverfahren wegen Nichterfüllung der Aufsichtspflicht
- Schulreise Assistance

<https://partner.zurich.ch/lch>

0848 807 804

Mo – Fr von 8.00 – 17.30 Uhr

Exklusive Telefonnummer für LCH-Mitglieder

LCH
DACHVERBAND
LEHRERINNEN
UND LEHRER
SCHWEIZ

ZURICH[®]

«Ich habe die Sache dann auch noch mit Elsbeth besprochen. Sie ist genauso der Meinung, dass du dir herausragende Verdienste um die Schulentwicklung in diesem Kanton erworben hast. Und es ist ihr ein Anliegen, dass deine Pionierarbeit weitergeführt werden kann.»

«In welchem Sinne?»

«Elsbeth plant, in der Bildungsdirektion eine neue Stelle zu schaffen. Einen Leiter Schulentwicklung, der die Schulentwicklung im ganzen Kanton steuert und koordiniert.»

«Ernsthaft?»

«Ja. Und bei der Besetzung dieser neuen Stelle denkt sie ganz explizit an dich.»

«Das sind ja ... Das sind ja unglaubliche Neuigkeiten! Und auf welches Datum hin beabsichtigt sie diese Stelle zu schaffen?»

«Auf Beginn des neuen Schuljahres, also per 1. August 2015.»

«Das ist ja in nur gerade zwei Monaten! Da müsste jetzt aber alles sehr schnell gehen.»

«Der Gesamtregierungsrat entscheidet am nächsten Dienstag, ob die Stelle bewilligt wird. Soviel ich mitbekommen habe, sollte das nicht mehr als eine Formsache sein.»

«Das würde natürlich wirklich einige Probleme auf einen Schlag lösen.»

«Einerseits das, aber andererseits bin ich persönlich davon überzeugt, dass es für den Kanton ein Riesengewinn wäre, wenn du diese Stelle besetzen würdest.»

Angesichts meiner gegenwärtigen Verfassung fiel es mir zwar schwer, das zu glauben, aber ich behielt diesen Gedanken für mich.

«Nun ja», entgegnete ich schliesslich, «vorstellen kann ich mir das schon, und reizen würde es mich auch. Und dass sich andere Schulen auch einmal ein wenig innovativer zeigen sollten, ist ja eine Tatsache. Insofern, ja, ich denke, es macht wohl wirklich Sinn, wenn ich mich auf diese Stelle hin bewerbe.»

«Grossartig! Ich bin mir sicher, dass sich auch Elsbeth darüber freuen wird!»

Zuhause besprach ich die Angelegenheit mit Jasmin. Auch sie war sofort überzeugt davon, dass dies die beste Lösung wäre.

Wie von Julia angekündigt, wurde die Stellenausschreibung unmittelbar nach der nächsten Regierungsratssitzung online publiziert. Die Bewerbungsfrist war sehr kurz gehalten, und das Stellenprofil war ganz offensichtlich auf mich zugeschnitten. Erfahrung mit schulischen Reformen einerseits und Vertrautheit mit den kantonalen Verhältnissen andererseits, dazu Führungserfahrung – wer ausser mir kam da sonst noch in Frage?

Ich schickte meine Bewerbungsunterlagen ab, und nur eine Woche später teilte mir Frau Flückiger persönlich mit, dass die Wahl des Regierungsrates einstimmig auf mich gefallen sei.

Fortsetzung im nächsten lvb.inform.

Alle bisher erschienen Kapitel können Sie hier nachlesen:
<http://www.lvb.ch/de/Aktuell/Magazine/Serien.php>



Der letzte Schrei: Flug übers Kuckucksnest

Von Roger von Wartburg

Im Innenhof der geschlossenen Anstalt der Psychiatrischen Klinik Randlingen treffen beim Spaziergang am Ufer des Weiher vier Männer aufeinander, die sich nie zuvor gesehen haben. Miss-träuisch beäugen sie sich, bevor der augenscheinlich Älteste unter ihnen ungefragt zu reden beginnt:

«Damit Sie es gleich wissen: Ich gehöre nicht hierher, das kann ich Ihnen sagen! Ich bin ein Opfer skandalöser Vorgänge! Mein Name ist Laduner, Robert Laduner, Doktor Robert Laduner, Gründer der Laduner Maschinenbau AG, die kennen Sie bestimmt alle. Jedenfalls habe ich vor ein paar Monaten einen Herzanfall erlitten. Nach dem Spitalaufenthalt verbrachte ich sechs Wochen in der Reha am Vierwaldstättersee. Todlangweilig, das kann ich Ihnen sagen! Ich wollte zurück in mein Haus. Und zurück in meine Firma. Trotz meiner 81 Jahre bin ich dort noch immer jeden Tag vor Ort, um nach dem Rechten zu sehen. Und wissen Sie, was die Ärzte mir gesagt haben? Das ginge jetzt nicht mehr, mein Gesundheitszustand liesse das nicht mehr zu! Unglaublich, so etwas, nicht wahr? Auf Drängen meiner Frau habe ich mich dann dazu breitschlagen lassen, eine Wohnung in einem Altersheim zu mieten. Die schlechteste Entscheidung meines Lebens, das kann ich Ihnen sagen! Ich war dort schrecklich unglücklich, ich wollte nach Hause, war verzweifelt. Die dumme Kuh von Heimleiterin hat versucht, mich zu beschwichtigen, hat mit mir geredet wie mit einem Schuljungen. Da bin ich explodiert und habe sie angebrüllt: «Wenn Sie mich nicht nach Hause zurückgehen lassen, dann mache ich morgen einen schönen Spaziergang auf die Randlinger Fluh und stürze mich in die Tiefe! Und meine Frau, die nehme ich mit!» Das war wohl ein Fehler. Schon meine Mutter hatte mir als kleiner Junge immer gesagt, meine Unbeherrschtheit würde mich eines

Tages in Teufels Küche bringen. Innert kürzester Frist wurde ich per Gutachten als unzurechnungsfähig, urteilsunfähig und eine Gefahr für mich und meine Umwelt eingestuft. Und nun bin ich hier. «Fürsorgerische Unterbringung», nennen die das. In Wahrheit bedeutet es Zwangseinweisung. Mich. Doktor Robert Laduner. Zwangseingewiesen.»

«Seien wir mal ehrlich», mischt sich der neben Laduner stehende Mann ein, «an Ihrer Situation sind Sie schon selber schuld. Sie können doch nicht einfach damit drohen, ihre Frau umzubringen! Das geht doch nicht! Ich aber, ich bin wirklich vollkommen unschuldig an meiner Lage. Ich bin Musiker, Harfenist im St. Galler Sinfonieorchester. Dreyer ist mein Name, Sebastian Dreyer. Schuld an dem Schlamassel ist einzig und allein meine Partnerin. Meine Ex-Partnerin. Verlassen hat sie mich. Vorletzte Woche. Knall auf Fall. Einfach so. Aus dem Nichts. Ich kam von der Orchesterprobe – Mozart, Köchelverzeichnis 299 – nach Hause. Und fand ihren Brief. Nichtssagend, floskelhaft, kalt. Ich konnte es nicht fassen. Mit einem Mal stand ich völlig neben mir. Wie in einem Film konnte ich mir selber dabei zusehen, wie ich unsere Weinflaschen, eine nach der anderen, aus dem Küchenfenster auf die Strasse hinunterwarf, wo sie mit lautem Getöse zerbarsten. Wir hatten sonst immer gemeinsam ein Glas Wein getrunken, wenn ich von der Probe nach Hause kam, müssen Sie wissen. Irgendwann standen zwei Polizisten und ein Notfallarzt gleichzeitig vor der Türe. Das war bestimmt die Jutzeler aus dem ersten Stock, die die gerufen hat. «Selbst- und Fremdgefährdung», kreuzte der Arzt auf dem Formular an. Dieser Trottel. Ich bin Musiker. Eine empfindsame Seele. Ein Künstler. Sensibel, hochsensibel. Man kann mich nicht einfach so verlassen. Nicht so. Nicht so.»

«Da hätten Sie die Weinflaschen aber lieber ausgetrunken», wirft der Dritte im Bunde mit einem Augenzwinkern ein, «dann hätten Sie wenigstens etwas davon gehabt!» Jugendlich sieht er aus, Anfang, höchstens Mitte zwanzig, blond, gescheiteltes Haar, sportlich. «Ich heisse Schül, Vinzenz Schül. Ich bin Wirtschaftsstudent. HSG. Diesen Sommer absolvierte ich ein Praktikum in der Investment-Abteilung einer amerikanischen Bank in Zürich. Ein Traum! Wissen Sie, wie schwierig es ist, an so einen Praktikumsplatz heranzukommen? Nein, das wissen Sie natürlich nicht, wie sollten Sie auch? Bei uns an der HSG, da reißen sich die Studenten um solche Plätze, verstehen Sie? Als bezahlter Praktikant kann man dort in drei Monaten bis zu 12'000 Euro verdienen. Und dieses Geld, dieses Geld ist wie ein Versprechen, das die Bank dir gibt: Wenn du gut bist und dich anstrengst, dann kriegst du nach dem Studium einen Job. Aber nur die Besten. Die Allerbesten. Nur die Harten kommen in den Garten, verstehen Sie? Ich war immer schon fleissig, ehrgeizig. Ich mag Konkurrenz. Nein, ich mag es, mich gegen Konkurrenz durchzusetzen, verstehen Sie? Ich bin härter als die anderen, ausdauernder, hartnäckiger, kann mich länger konzentrieren als sie. Meine Familie erwartet von mir, dass ich herausrage. Das tat sie immer schon. Wir sind nicht 08/15, verstehen Sie? Fünfzehn Stunden am Tag arbeitet man als Praktikant bei so einer Bank. Sieben Tage die Woche. «All-Nighter» nennen wir uns, verstehen Sie? Und die Vorgesetzten, die Mentoren, die registrieren das ganz genau. Die sehen, was du zu leisten imstande bist. Die sehen, dass du bereit bist, Grenzen zu überschreiten mit deinem Einsatz für die Firma. Das ist so geil, das können Sie sich gar nicht vorstellen! Nur letzte Woche muss irgendwas schiefgelaufen sein. Am frühen Donnerstagmorgen sei ich, nur mit einer Unterhose bekleidet, auf der

Bahnhofstrasse herumgelaufen und hätte Passanten verbal bedroht, hat man mir erzählt. Ich kann das nicht glauben. Ich kann mich auch nicht daran erinnern. Meine Theorie ist die: Einer der anderen Praktikanten, wahrscheinlich der Caplaun, hat das geplant, um sich mir gegenüber einen

Professionsentwicklung. Professionsentwicklung. Professionsentwicklung. Qualitätsmanagement. Selbstevaluation. Fremdevaluation. Da bin ich irgendwann, mitten in dem Vortrag, aufgestanden und habe gesagt, es tue mir leid, aber ich würde nicht an das glauben, was da erzählt werde. Und

seinen Schülern, ihn zu *sehen* und – allen Schwankungen des schulischen Alltags zum Trotz – zu erkennen, dass der da vorne es gut mit ihnen meint und dass sie bei ihm tatsächlich etwas lernen können. *Sie* da vorne auf der Bühne aber, sie hätten davon mit Sicherheit nicht die geringste Ahnung. Und dann habe ich angefangen zu lachen. Kein fröhlich-unbekümmertes Lachen. Aber trotzdem lauthals. Und hörte nicht mehr auf. Ich fuhr mit dem Auto nach Hause und lachte unentwegt. Daheim sass ich im Wohnzimmer und lachte weiter. Die ganze Nacht hindurch konnte ich nicht aufhören zu lachen. An Schlaf war nicht zu denken. Am nächsten Tag ging es im gleichen Stil weiter. Nach 20 Stunden des Lachens ohne Unterbruch ging ich ohne Voranmeldung zu meinem Hausarzt. Ich setzte mich ins Wartezimmer und lachte. Als ich hereingebeten wurde, konnte ich ihm meine Geschichte nicht erzählen – das Lachen hinderte mich daran. Da liess er mich hierher überweisen. Seit heute Morgen lache ich nicht mehr. Das muss an den Medikamenten liegen, die sie mir verabreichen.»



HEINZ ANTON MEIER

Vorteil zu verschaffen. Der hat mir bestimmt etwas in mein Getränk gemischt oder so. Ja, so muss es gewesen sein. Ganz sicher. Der Caplaun war's. Wenn ich den in die Finger kriege ...»

«Beeindruckend, Ihre Geschichten, meine Herren», meldet sich der Einzige, der bisher nur geschwiegen hat, zu Wort. «Mein Fall ist im Vergleich dazu wohl eher unspektakulär. Ich bin Lehrer, Matto ist mein Name, Piero Matto. Vorige Woche habe ich eine verordnete Weiterbildung besucht. Ich weiss gar nicht mehr, die wievielte in den letzten paar Jahren. Immer dieselbe Thematik: Professionsentwicklung. Methodenwirksamkeit. So ist's richtig, so ist's falsch. So ist's richtig, so ist's falsch. Richtig – falsch. Richtig – falsch. Selbstorganisiertes Lernen. Individualisierendes Lernen. Das ist die Zukunft.

dass ich nicht so tun könne, als ob ich es glaubte. Dass beim Lehren der Mensch, das menschliche Gegenüber unendlich viel wichtiger sei als einzelne Methoden. Und dass ein guter Lehrer, wie ein guter Künstler, neben der Leidenschaft für seine Unterrichtsinhalte noch etwas ganz Bestimmtes habe, etwas Spezielles, das gewisse Etwas, auf das die Schüler reagieren. Etwas, das sich nicht erfassen, schuladonisieren, methodisieren, banalisieren lässt. Man kann es Aura nennen. Oder Ausstrahlung. Charisma vielleicht. Es ist aber nicht gleichzusetzen mit Extravaganz oder Showtalent, denn auch ganz ruhige, introvertierte Zeitgenossen können es haben. Dieses Etwas ermöglicht es dem Lehrer, seine Schüler zu *sehen* und mit ihnen in *einen* echten zwischenmenschlichen Kontakt zu treten. Und es ermöglicht

Die anderen drei schauen etwas ungläubig drein, betretene Gesichter, hörbares Räuspern. Da fasst Doktor Laduner sich ein Herz: «Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, Herr Matto, aber ... Also meine Schwiegertochter, die ist auch Lehrerin und erzählt hin und wieder von ihrer Arbeit. Was ich sagen will, ist ... Also ich bin überzeugt, für uns drei besteht durchaus Hoffnung, wir sind im Grunde ja harmlos, aber Sie ... Ich fürchte, man wird Sie hier nicht mehr rauslassen!»

Kontakte

Lehrerinnen- und Lehrerverein
Baselland LVB
4133 Pratteln

Kantonalsektion des LCH
Dachverband Lehrerinnen
und Lehrer Schweiz

Website www.lvb.ch
info@lvb.ch

Präsident
Roger von Wartburg
Rebgutstrasse 12
4614 Hägendorf
Tel 079 261 84 63
roger.vonwartburg@lvb.ch

Geschäftsführer & Vizepräsident
Michael Weiss
Sonnenweg 4
4133 Pratteln
Tel 061 973 97 07
michael.weiss@lvb.ch

Aktuariat
Gabriele Zückert
Rheinstrasse 51
4410 Liestal
Tel 061 599 48 51
gabriele.zueckert@lvb.ch

Beratung & Rechtshilfe
Isabella Oser
Brombergstrasse 42
4244 Röschenz
Tel 061 763 00 02
isabella.oser@lvb.ch

Publikationen & Pädagogik
Philipp Loretz
Bürenweg 6
4206 Seewen
Tel 061 911 02 77
philipp.loretz@lvb.ch